

ödp

<i>Forschungsprojekt zur Steuerpolitik: Wir verschenken Milliarden</i>	34
<i>Öffentliche Beschaffung: Ungenutzte ökologische Potenziale</i>	42
<i>ÖDP-Bundesparteitag: Neuer Bundesvorstand gewählt</i>	56

Das ÖDP-Journal

Nr. 173 März 2017

Ökologie Politik

GRUNDEINKOMMEN – PRO & CONTRA



UMSCHAU

Ökolumne: US-Wahl – Demokratie und Manipulation	4
Umwelt & Gesellschaft	5
Bücher	8

TITELTHEMA: GRUNDEINKOMMEN PRO & CONTRA

Pro I: Revolution ohne Blutvergießen von Johannes Stirnberg	10
Pro II: Ein Wahlkampf-Knüller von Dr. Manfred Link	12
Pro III: Extremistisches Gedankengut? von Paul Holmes	14
Pro IV: Sapere aude! von Jörg Reiners	16
Pro V: Vom Haben zum Sein von Dr. Ulrich Schachtschneider	18
Pro VI: Leistung humanisieren, Herrschaft abbauen von Dr. Peter Hiltner	20
Pro VII: Ein Bericht aus der Zukunft von Norbert Peter	22
Contra I: „Wir brauchen gute Arbeit, nicht keine Arbeit“ Interview mit Thomas Vašek	24
Contra II: „Ein sozialpsychologischer Großversuch“ Interview mit Bernhard Suttner	26
Contra III: „Dass es zu wenig Arbeit gibt, ist ein Märchen“ Interview mit Dr. Johannes Resch	28
Contra IV: „Die soziale Unwucht wäre nicht beseitigt“ Interview mit Prof. Dr. Christoph Butterwegge	30
Contra V: „Neoliberale Fehlentwicklungen würden bleiben“ Interview mit Gerd Zeitler	32

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

Forschungsprojekt „Steuergerechtigkeit und Armut“: Wir verschenken Milliarden von Dr. Jörg Alt SJ	34
---	----

GESUNDHEITSPOLITIK

Multiple Chemikaliensensitivität (MCS): Ignoranz und fehlende Aufklärung von Gertraud Hofmann	38
---	----

KOMMUNALPOLITIK

Öffentliche Beschaffung: Ungenutzte Potenziale von Katharina Horn und Sonja Haider	42
--	----

AUSLAND

Türkei: Von der Republik zur Autokratie von Prof. Dr. Klaus Buchner	44
--	----

ÖDP INTERN

An alle Mitglieder von Gabriela Schimmer-Göresz	46
Neues aus dem Bundesverband von Dr. Claudius Moseler	47
Neues aus dem Europaparlament von Prof. Dr. Klaus Buchner	48
Verbände	49
Neues aus der ÖDP	56
Presseticker	64
Leserbriefe	67
Impressum	67

Foto: Günther Hartmann
Titelfoto: Petra Berk/pixelio.de

Liebe Leserinnen und Leser,

ein (bedingungsloses) Grundeinkommen – es ist in aller Munde! Zuletzt auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos auf verschiedensten Podien diskutiert, in Finnland seit Anfang des Jahres getestet, hat sich auch in unserer ÖDP ein sehr aktiver Bundesarbeitskreis formiert. Dieser wurde durch den 50. Bundesparteitag beauftragt, ein Konzept für ein „humanökologisches Grundeinkommen“ (HöGE) auf dem kommenden Bundesparteitag im Mai 2017 zur Diskussion zu stellen. Sogar als Wahlkampfschlager soll das humanökologische Grundeinkommen der ÖDP im Bundestagswahlkampf eingesetzt werden, wenn die Partei es denn will ...

Ein Grundeinkommen, also ein unabhängig von Arbeit, Not oder Versicherungsleistung vom Staat ausgezahlter Geldbetrag, soll die Menschen von einer hoch entwickelten Sozialbürokratie entlasten, die Kreativität der Mensch fördern, ihnen mehr Zeit schenken und den gesellschaftlichen Fokus auf die sozialen Arbeiten am Menschen richten.

Wer selbst einmal Arbeitslosengeld II seit den Agenda-Reformen bezogen hat, der weiß sehr gut, wie bürokratisch, kalt, unwürdig und finanziell unzureichend das derzeitige System der Grundsicherung in Deutschland ist. Und wer die Journaille liest, wird mit Horrorszenarien konfrontiert, die den massenhaften Verlust von Arbeitsplätzen für die nächsten Dekaden durch den massenhaften Einsatz von Robotern und künstlicher Intelligenz prophezeien. Was wirklich kommt – wir wissen es noch nicht! Fakt ist aber, dass auch das derzeitige System enorme Schwachstellen aufweist und Armut, teilweise über Generationen vererbt, ganz augenscheinlich nicht ausreichend zu verhindern weiß.

Diese Probleme soll nun ein Grundeinkommen beseitigen oder zumindest besser als bisher in den Griff bekommen. Die Finanzierung ist dabei nur einer der fragwürdigen Punkte. Selten verlaufen die Fronten in einer politischen Diskussion dabei so seltsam ab wie bei diesem Thema. Weder bei den Gewerkschaften noch bei den Unternehmern ist man sich über Notwendigkeit und Wirkung einig.

Und wie verhält sich die ÖDP? Die Diskussion über das Grundeinkommen in diesem Heft ist daher hochaktuell, nicht nur wegen der gesellschaftlichen Diskussion, nein, auch als Vorbereitung für den anstehenden Bundesparteitag im Mai. Wir haben in- wie externe Befürworter und Kritiker zu Wort kommen lassen. Beide bringen sehr plausibel ihre Argumente vor.

Sie, liebe Leserinnen und Leser, sollten sich dieser Diskussion in jedem Fall stellen und sich zum Grundeinkommen eine Meinung bilden. Ein einfaches „Weiter so“, da sind sich viele Experten einig, wird in jedem Fall zu großen sozialen Problemen in der Zukunft führen.

Wir wünschen eine spannende Lektüre und eine faire Diskussion.

Es grüßen Sie herzlich

Pablo Ziller



Pablo Ziller
Stellv. Verantwortlicher
Redakteur

Günther Hartmann



Günther Hartmann
Verantwortlicher
Redakteur



Ökolumne von Ulrich Brehme

US-Wahl: Demokratie und Manipulation

Die Wahl von Donald Trump zum neuen Präsidenten der Weltmacht USA hat viele Beobachter überrascht. Da gewann ein reicher, alter Mann, der vor der Wahl viel Wirres und Widersprüchliches erzählt und getwittert hat. In einer Untersuchung seiner Wahlkampf-Reden wurde festgestellt, dass 76 % seiner Aussagen gelogen und nur 2 % wirklich wahr waren. So behauptete er mehrfach, der menschengemachte Klimawandel wäre eine Erfindung der Chinesen. Er trat für Zölle ein, bewunderte Putin und stellte die NATO infrage. Trump appelliert an die frustrierte Mittelschicht und verbreitet bewusst Verschwörungstheorien. Sein wichtigster Berater war Stephen Bannon, Chef der extrem rechten Onlinezeitung „Breitbart News“. Die kultiviert vor allem nationalistische Verschwörungstheorien. Jetzt ist er Trumps Chefstrategie im Weißen Haus.

Bannon sitzt auch im Board von Cambridge Analytica. Das ist eine Firma, die durch Netzüberwachung die Benutzerprofile von 230 Mio. Amerikanern gewonnen hat und ihr Geld mit Datenhandel für Onlinewerbung verdient. Sie betreibt individuelle Manipulation, indem jedem einzelnen Menschen genau das versprochen wird, was er sich politisch gerade wünscht. Das Neue daran ist der Einsatz eines psychologischen Filters zur Klassifizierung

der Einstellungen der einzelnen Wähler anstelle demografischer Kriterien. Die Daten dazu wurden über Persönlichkeitstests erhoben. Die Nutzer werden nach fünf Faktoren bewertet: Verletzlichkeit, Durchsetzungsfähigkeit, Offenheit für Neues, Perfektionismus/Leichtsinn und Rücksichtnahme. Anhand dieser Merkmale kann man sehr genau sagen, welche Bedürfnisse und Ängste ein Mensch hat und wie er sich verhalten wird.

Trump's Werbeagentur sortierte seine Aussagen nach Persönlichkeitstypen und schickte jedem potenziellen Wähler genau die drei Aussagen, die er wahrscheinlich gerne hören möchte. Die Wähler der Demokratischen Partei wurden mit entsprechend passenden Argumenten gegen Clinton versorgt, damit sie nicht zur Wahl gehen. Viele Anhänger von Bernie Sanders nahmen es Trumps Gegenkandidatin Hillary Clinton übel, wie sie mithilfe der Parteiführung Sanders in den Vorwahlen abservierte. Es ist kaum vorstellbar, dass Trump und Bannon die im Wahlkampf erprobten Strategien nicht weiter einsetzen werden. Bereits bei der Brexit-Abstimmung wurde diese Technik von den EU-Gegnern durch Cambridge Analytica eingesetzt. Inzwischen sollen auch italienische, französische und deutsche Populisten – die AfD! – bei Trumps Dienstleistern

Interesse signalisiert haben. Zum Einsatz kamen auch sogenannte „Social Bots“. Sie dienen dazu, die Stimmung aufzuheizen. Das sind Computerprogramme, die in sozialen Netzwerken eigenständig nach Themen suchen, Beiträge weiterverbreiten und Kommentare dazu abgeben, die so aussehen wie Beiträge von echten Nutzern. Auch sie wurden während des Brexit-Referendums und im US-Wahlkampf massiv eingesetzt.

Trump behauptete im Wahlkampf, eine Mauer an der Grenze nach Mexiko errichten zu wollen, um im Staat Michigan zu gewinnen. Dort wollte der Autokonzern Ford sein Werk in Wayne schließen, um die Produktion nach Mexiko zu verlagern. Trump forderte deshalb auch hohe Strafzölle für importierte Autos aus Mexiko. Ford knickt bereits ein, noch bevor Trump überhaupt sein Amt im Weißen Haus angetreten hatte. Trump wettete im Wahlkampf außerdem gegen das Wallstreet-Establishment und gegen die Verbindungen der Clintons dorthin. Tatsächlich hat die Finanzkrise Amerika tief erschüttert und hunderttausende Menschen verloren ihre Häuser und damit ihre Altersversicherung, die von Banken mit fragwürdigen Krediten finanziert worden waren. Nach der Wahl bestellt Trump jedoch selber einen Investment-Banker von Goldman Sachs zum Finanzminister. Die von Trump angekündigten Steuersenkungen werden die Staatseinnahmen stark verringern.

Für die Globalisierung, den Datenschutz, die Sicherheit, Umwelt- und Sozialstandards sollte die EU, in der Deutschland ja die führende Position innehat, eine unabhängige europäische Vision als Konsequenz gegenüber dem Populismus behaupten. ■

Umwelt & Gesellschaft von Ulrich Brehme

Christenverfolgungen nehmen weltweit zu

Massaker an Christen im arabischen Raum (Syrien, Irak), in Südostasien (Pakistan, Indonesien, Philippinen) und in Afrika (Nigeria, Mali, Eritrea, Kenia, Libyen, Zentralafrikanische Republik, Tschad und Sudan) häuften sich in den letzten Jahren dramatisch. Die von Samuel Huntington vor 20 Jahren in seinem Buch „Kampf der Kulturen“ vorhergesagten „Bruchlinienkonflikte“ sind dort inzwischen grausame Realität. Egal ob repressive islamische Regime oder Terrormilizen: Tausende von Christen wurden getötet oder unter grausamen Bedingungen interniert. Europa schaut bislang weg.

» <http://tinyurl.com/z2acx76>

Windkraft bringt Erneuerbare Energien voran

Die Erneuerbaren Energien deckten 2016 ungefähr 32 % des Bruttostromverbrauchs in Deutschland. Einen deutlichen Zuwachs verzeichnete vor allem die



Foto: Katharina Wreland Müller/pixelio.de

Stromerzeugung aus Windkraft offshore: Sie stieg um fast 57 % von 8,3 Mrd. kWh im Jahr 2015 auf etwa 13 Mrd. kWh. Die Stromerzeugung aus Wind onshore dagegen ging trotz eines Zubaus von Windkraftanlagen um fast 6 % auf rund 67 Mrd. kWh zurück. Grund waren schlechte Windverhältnisse. Mit einem Anteil von fast 35 % an der Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien bleibt die Windenergie an Land weiterhin die stärkste Quelle, gefolgt von der Photovoltaik mit 20 %.

» <http://tinyurl.com/hgyqc87>

Bundesregierung beschenkt Atomkonzerne

Die Bundesregierung entschied, dass die Rückstellungen der Atomkonzerne in Höhe von etwa 23,5 Mrd. Euro an den Bund übergehen. Bei diesem Betrag handelt es sich voraussichtlich nur um einen Bruchteil der



Foto: Daniel Bleyenberg/pixelio.de

Gesamtkosten. Alles, was bei der Zwischen- und Endlagerung über die Rückstellungen hinausgeht, muss dann vom Staat – also dem Steuerzahler – übernommen werden. Die Verantwortung der Betreiber reduziert sich auf die Entsorgung und den Abriss der AKWs.

» <http://tinyurl.com/jy35q2v>

EU will Vorrang für Kohle- und Atomstrom

Nach einem Bericht der britischen Zeitung „Guardian“ plant die Generaldirektion Energie der EU-Kommission, im Zuge der neuen Erneuerbaren-Energien-Richtlinie den Einspeisevorrang für Photovoltaik und Windkraft abzuschaffen. Der Einspeisevorrang ist der zentrale Baustein der Energiewende. Würde der Vorrang gekippt, könnten Kohle- und Atomstrom wie früher das Netz verstopfen und den Zugang von Solar- und Windstrom blockieren.

» <http://tinyurl.com/zo8md7r>

Nitrat aus Landwirtschaft belastet Gewässer

Die Hauptursache für den schlechten Zustand vieler Flüsse, Seen, Küstengewässer und unseres Grundwassers sind die hohen Nährstoffbelastungen aus der Landwirtschaft. Dies führt zu einem gravierenden Verlust an biologischer Vielfalt und zu gesundheitlichen

Schäden. Bereits 2012 forderte die EU-Kommission die Bundesregierung zum konsequenten Handeln auf. Doch bis heute wurde die Anpassung von Grenzwerten, Bilanzierungsvorgaben und Kontrollen verzögert. Umweltverbände fordern eine schärfere Düngeverordnung.

» <http://tinyurl.com/znmwrl7>

EU-weite Kampagne für mehr Bodenschutz

Der Flächenverbrauch in Europa schreitet voran, und doch gibt es noch kein Gesetz, das den Boden schützt und verteidigt. Über 400 Organisationen fordern deshalb nun genau dies. Sie haben sich zu der Kampagne „People4Soil“ zusammengeschlossen, die von der EU dafür besondere Normen verlangt. Bis September 2017



will die Kampagne europaweit 1 Million Unterschriften sammeln, damit der übermäßigen Versiegelung, Degradation, Erosion und Verseuchung konsequent Einhalt geboten wird.

» www.people4soil.eu

Manifest gegen das Schweigen der Philosophen

„Alternative Fakten“ nennt Donald Trump seine Halb- und Unwahrheiten. Die „Liebe zur Wahrheit“ ist Ursprung der Philosophie – doch die Philosophen schweigen heute, schreiben abstrakte Texte, die nur noch andere Philosophen verstehen. Eine philosophische Praxis, wie sie Sokrates lebte, indem er auf dem Marktplatz die Menschen zum Denken anregte, gibt es nicht mehr. Die Zeitschrift „Hohe Luft“ will dies ändern, veröffentlichte ein „Philosophisches Manifest“



und fordert unter anderem Philosophie als Pflichtfach an Schulen.

» <http://tinyurl.com/zt2ct4p>

Konzernkonzentration im Lebensmittelbereich

Der „Konzernatlas 2017“ zeigt: Immer weniger Konzerne bestimmen weltweit über einen immer höheren Anteil der Lebensmittelherstellung. Fünf der zwölf kapitalintensivsten Übernahmen börsennotierter Konzerne in den Jahren 2015 und 2016 fanden im Agrar- und Ernährungsbereich statt. Finden die weiteren derzeit geplanten Mega-Fusionen statt, würden drei Konzerne mehr als 60% des globalen Marktes für kommerzielles Saatgut und für Pestizide beherrschen.

» <http://tinyurl.com/hc85qqp>

Acht Milliardäre so reich wie halbe Menschheit

Die soziale Ungleichheit ist nach einer Studie von Oxfam größer als je zuvor: Die acht reichsten Männer der Welt besaßen 2016 zusammen 426 Mrd. Dollar – und damit mehr als die gesamte ärmere Hälfte der Weltbevölkerung. Das reichste Prozent der Weltbevölkerung besitzt 50,8% des weltweiten Vermögens und damit mehr als die restlichen 99% zusammen. Die zunehmende Konzentration von Reichtum liegt auch daran, dass Konzerne ihre



Gewinne in Steueroasen verschieben und Staaten in einen ruinösen Wettlauf um Niedrigsteuersätze treiben.

» <http://tinyurl.com/gt2cjub>

Bundesregierung subventioniert Umweltschädigung

Die umweltschädlichen Subventionen in Deutschland sind weiterhin sehr hoch und liegen bei 57 Mrd. Euro – dies zeigt eine aktuelle Studie des Umweltbundesamts (UBA). Über 90% dieser Subventionen belasten das Klima und konterkarieren so die Anstrengungen zum Klimaschutz. Der größte Teil der umweltschädlichen Subventionen entfällt mit 28,6 Mrd. Euro auf den Verkehrssektor, der zweitgrößte mit 20,3 Mrd. Euro auf die Energiebereitstellung und -nutzung.

» <http://tinyurl.com/glaemy3>



Vielfalt der Tierarten zunehmend bedroht

Laut der WWF-Jahresbilanz war 2016 für Menschenaffen, Löwen und Giraffen ein schlechtes Jahr: Die Bestände sind weiterhin rückläufig, die Bedrohungen nehmen zu. Wilderei, Lebensraumverlust, Klimawandel und Übernutzung – darunter leiden auch viele andere Tierarten und mit ihnen die biologische Vielfalt weltweit. So zeigt der Living-Planet-Index des WWF auch 2016 steil nach unten. Seit den 1970er-Jahren wurde ein Minus von 58% gemessen. Damit haben sich die über 14.000 in dem Index erfassten Tierbestände mehr als halbiert.

» <http://tinyurl.com/gtkhtog>

„Fake News“ stammen meist aus USA und UK

Die Bundesregierung sorgt sich wegen mutmaßlicher „Fake News“ aus Russland und fürchtet durch sie eine Beeinflussung der nächsten Bundestagswahlen. Eine Untersuchung von „BuzzFeed“ ergab jedoch, dass die meisten gar nicht aus Russland kommen, sondern aus



den USA und dem United Kingdom: von Breitbart, Huffington Post, Daily Express, Daily Mail und anderen. Viele der auffälligen Fake-News-Medien gehören zum Imperium des australisch-amerikanischen Medienmoguls Rupert Murdoch. Und Breitbart wurde bis vor Kurzem von Steve Bannon geleitet, den Donald Trump zu seinem Chefstrategen und zum Mitglied des Nationalen Sicherheitsrats ernannte.

» <http://tinyurl.com/ljcktg4>

BITTE PROTESTIEREN! von Edgar Guhde



Foto: Martin Claussen/pixelio.de

Kein Hai-Gefängnis in Sinsheim!

Im badischen Sinsheim plant ein Investor den Bau des größten Hai-Aquariums Europas: „Shark City“. Bis zu 40 verschiedene Hai-Arten will er dort zur Schau stellen. Besucher sollen die Möglichkeit erhalten, begleitete Tauchgänge in den Becken zu unternehmen. Auch ein „Touch-Becken“ zum Anfassen der Tiere soll geplant sein. Die Eröffnung soll bereits im Jahr 2018 sein.

Haie sind hoch entwickelte und äußerst intelligente Tiere. Sie in einem Aquarium artgerecht zu halten, ist nicht möglich. Deshalb gibt es bei vielen Hai-Arten keine Nachzuchten. Die Betreiber von „Shark City“ werden daher auf Wildfänge zurückgreifen, was sie auch schon eingestanden haben. Je nach Empfindlichkeit der Hai-Art sterben viele Tiere bereits beim Fang oder während des Transports.

Bitte werden Sie aktiv! Schreiben Sie dem Sinsheimer Oberbürgermeister Jörg Albrecht eine persönliche E-Mail. Bitten Sie ihn, den Bau von „Shark City“ zu verhindern: oberbuergemeister@sinsheim.de

Bücher

Umweltkrise & Digitalisierung

Stephan R. Meier

NOW

Du bestimmst, wer überlebt
Science-Fiction-Thriller
Penguin, Januar 2017
432 Seiten, 13,00 Euro
978-3-328-10049-2



Überbevölkerung, schwindende Ressourcen und zunehmende Umweltverschmutzung führen dazu, dass eine neue Weltordnung eingeführt wird: 1% der Menschheit darf weiterhin in der Zivilisation leben, die zunehmend in ein „Paradies auf Erden“ perfektioniert werden soll. Die anderen 99% werden von ihr ausgeschlossen, fallen ohne elektrischen Strom rasch in einen Zustand der Anarchie und kämpfen nur noch ums nackte Überleben. Wer bei den 1% bleiben darf und wer zu den 99% muss, das entscheidet der Super-Algorithmus „NOW“. Er sammelt rund um die Uhr sämtliche Daten aller Menschen und wertet sie aus.

Angst & Demokratie

Paul Verhaeghe

Autorität und Verantwortung

Kunstmann, September 2016
260 Seiten, 24,00 Euro
978-3-95614-127-0



Wie konnte Egoismus zur Tugend, Genuss zur Pflicht und Solidarität zum Unwort werden? Warum wird in seit Jahrzehnten von Aufklärung und Demokratie geprägten Gesellschaften plötzlich die Sehnsucht nach autoritären Führerfiguren bedrohlich groß? Der belgische Psychoanalytiker geht dem rasanten Wertewandel auf den Grund und untersucht das Phänomen „Autorität“. Autoritäten erleichtern die Orientierung und sind deshalb unverzichtbar. Entscheidend ist die Art der Autorität. Neben vertikaler Autorität gibt es auch eine horizontale. Die geht einher mit einer Wiederbelebung der Demokratie und einer Rückgewinnung der Macht der Märkte durch die Politik.

Werbung & Gemeinwohl

Christian Kreiß

Werbung – nein danke

Warum wir ohne Werbung viel besser leben könnten
Europa, September 2016
352 Seiten, 24,90 Euro
978-3-95890-059-2



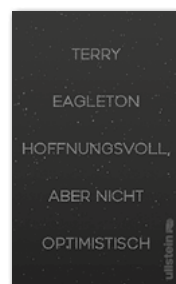
Wie sind die Ziele und Wirkungen von kommerzieller Werbung aus volkswirtschaftlicher Sicht zu beurteilen? Wenn es ihr vor allem um Desinformation und die fortwährende Erzeugung immer neuer Bedürfnisse geht, ist sie eine Verschwendung von Ressourcen wie Zeit, Geld, Kreativität, Energie und Rohstoffen. Das Buch präsentiert eine fundierte wissenschaftliche Diskussion über den Sinn und Unsinn von Werbung und beleuchtet die kaum vorhandene Behandlung des Themas in der aktuellen Volkswirtschaftslehre.

Dasein & Hoffnung

Terry Eagleton

Hoffnungsvoll, aber nicht optimistisch

Ullstein, September 2016
256 Seiten, 20,00 Euro
978-3-550-08127-9



Hoffnung ist nicht dasselbe wie Optimismus, lautet eine der Kernthesen im Buch des englischen Literaturwissenschaftlers: Optimismus ist mehr eine angeborene Veranlagung, Hoffnung dagegen eine erlernbare Tugend. Optimismus ist banal, eine „moralische Hornhautverkrümmung“, Hoffnung hingegen erfordert Reflexion, klares Denken und mutiges Handeln. Eagleton schildert die Geschichte der Hoffnung von der Antike über das Judentum und Christentum bis hin zu Walter Benjamin und Ernst Bloch – und versucht daraus eine unserer heutigen Zeit gemäße Daseinshaltung zu entwickeln.

Digitalisierung & Alltag

Gerd Pfitzenmaier

Leben auf Autopilot

Warum wir der Digitalisierung nicht blind vertrauen sollten
oekom, September 2016
144 Seiten, 12,95 Euro
978-3-86581-813-3



Die Digitalisierung verspricht uns neue Annehmlichkeiten, die unser Leben erleichtern: Kühlschränke, die selbstständig Essen ordern; Armbänder, die unsere Gesundheitswerte messen und an Krankenkassen schicken; Autopiloten, die unfallfrei fahren. Lauern hinter all diesen Annehmlichkeiten auch Risiken? Wie verändert sich unser Denken und Fühlen, wenn wir unsere Entscheidungsfreiheit zunehmend an künstliche Intelligenzen abtreten? Das Buch plädiert dafür, die Versprechungen kritisch zu hinterfragen und nicht alles umzusetzen, was technisch möglich ist.

Integration & Stadtentwicklung

Daniel Fuhrhop

Willkommensstadt

Wo Flüchtlinge wohnen und Städte lebendig werden
oekom, August 2016
224 Seiten, 17,95 Euro
978-3-86581-812-6



Wo sollen die Flüchtlinge wohnen? In „Flüchtlingshäusern“ am Stadtrand? Müssen wir – auch angesichts der legalen Zuwanderung aus anderen EU-Staaten und den Versäumnissen der Vergangenheit – nun vor allem schnell und billig bauen, Klimaschutzziele aufgeben, neue Großsiedlungen errichten? Es stehen in Deutschland genug Häuser leer. Regionale Ungleichheiten – hier aussterbende Kleinstädte, dort boomende Metropolen – könnten durch eine kluge Politik abgemildert werden und unsere Städte sich zu weltoffenen, lebendigen Orten der Begegnung entwickeln.

Politik & Postwachstumsökonomie

Erhard Eppler, Niko Paech

Was Sie da vorhaben, wäre ja eine Revolution ...

Ein Streitgespräch über Wachstum, Politik und eine Ethik des Genug
oekom, November 2016
208 Seiten, 14,95 Euro
978-3-86581-835-5



Zwei in ihrer jeweiligen Generation wichtige Vordenker einer ökologischen Wende – Eppler ist Jahrgang 1926, Paech Jahrgang 1960 – diskutieren über den richtigen Weg zwischen Notwendigem, Wünschenswertem und Durchsetzbarem: Ist „grünes

Wachstum“ eine mögliche Lösung oder muss die Wirtschaft unbedingt schrumpfen? Genügt die Energie- oder brauchen wir darüber hinaus auch noch eine Lebensstilwende? Auf wen kommt es mehr an: auf den Bürger oder auf die Politik, auf die Zivilgesellschaft oder auf die Parteien?

Ungerechtigkeit & Umweltzerstörung

Stephan Lessenich

Neben uns die Sintflut

Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis
Hanser, September 2016
224 Seiten, 20,00 Euro
978-3-446-25433-6



Die Abhängigkeits- und Ausbeutungsverhältnisse unserer globalisierten Wirtschaft führen dazu, dass es uns materiell noch relativ gut geht, sehr vielen Menschen anderswo dagegen umso schlechter. Um in unserer eigenen Gesellschaft die Konflikte kleinzuhalten, lagern wir soziale Ungerechtigkeit und Umweltzerstörung systematisch aus. Dieser Vorgang ist sowohl in unserem Wirtschaftssystem als auch in unserem persönlichen Verhalten angelegt. Die freien Märkte sorgen in den seltensten Fällen für Win-win-Situationen, stattdessen sind sie meist ein Nullsummenspiel: Der Gewinn des einen ist der Verlust der anderen.

Entschlusskraft & Engagement

Heribert Prantl

Was ein Einzelner vermag

Politische Zeitgeschichten
Süddeutsche, Oktober 2016
416 Seiten, 24,90 Euro
978-3-86497-352-9



Vierzig Geschichten porträtieren Frauen und Männer, bekannte und unbekannt, selbstgewisse und selbstkritische, die durch ihr Engagement etwas verändert haben. Es wird deutlich, dass die Probleme der modernen Gesellschaft zwar groß und komplex sind, aber nicht zu groß und zu komplex. Es stimmt nicht, dass das Übernehmen von Verantwortung eine aussichtslose Sache ist. Selbst anzupacken und nicht darauf zu warten, dass irgendjemand anderes etwas tun wird, ist die Haltung, auf die es ankommt.

Pro I

Revolution ohne Blutvergießen

Immer wieder wird versucht, die Idee eines Grundeinkommens als realitätsferne Utopie abzubügeln. Dabei hat sie ihre Reife zur Umsetzung längst erreicht. Und die dramatischen gesellschaftlichen Fehlentwicklungen, die der Neoliberalismus seit Jahrzehnten hervorbringt, schreien geradezu nach der Einführung eines Grundeinkommens, das die Existenz aller Bürger sichert.

von Johannes Stirnberg

Wer bereit ist, sich ernsthaft, ohne Vorurteile mit der Idee Grundeinkommen zu befassen, wird sehr bald erkennen, dass es sich um eine tiefgrün-

„Der Mensch ist noch sehr wenig, wenn er warm wohnt und sich satt gegessen hat, aber er muss warm wohnen und satt zu essen haben, wenn sich die bessere Natur in

Digitalisierung, Automatisierung und Globalisierung werden viele heute noch gut bezahlte Arbeitnehmer in die Arbeitslosigkeit drängen.

dige Idee handelt, die in unserer Gesellschaft ein selbstbestimmtes und gutes Leben für alle ermöglichen würde. Denn unsere wirtschaftliche Existenz ist heute davon abhängig, ob wir einer Erwerbsarbeit nachgehen bzw. nachgehen können. Für nicht in Reichtum Hineingeborene gilt die Devise: Wir brauchen eine (Erwerbs-)Arbeit, um ein Einkommen zu haben.

Der Unternehmer und Vordenker der Grundeinkommensidee, Götz W. Werner, dreht diese Aussage um und sagt: „Wir brauchen ein Einkommen, um arbeiten zu können.“ Schon der große deutsche Dichter Friedrich Schiller schrieb:

ihm regen soll.“ Auch dies ist ein deutliches Plädoyer für ein Grundeinkommen. Und Ludwig Erhard, der „Vater der Sozialen Marktwirtschaft“, meinte: „Jedes System, das

dem Individuum nicht in jedem Falle die freie Berufs- und Konsumwahl offen lässt, verstößt gegen die menschlichen Grundrechte... und richtet sich, wie die Erfahrung lehrt, zuletzt gerade gegen diejeni-

gen sozialen Schichten, zu deren Schutz die künstlichen Eingriffe gedacht waren.“ Erhard hätte die sogenannte „Sozialreform Hartz IV“ sicher nicht mitgetragen.

Auch wenn zurzeit die sinkenden – und leider auch geschönten – Arbeitslosenzahlen von der Bundesregierung in den Vordergrund gestellt werden, bedeutet dies nicht, dass wir auf eine Vollbeschäftigung zusteuern, die allen Menschen die Lebensexistenz sichert. Im Gegenteil: Fortschreitende Digitalisierung, Automatisierung und auch Globalisierung werden mittelfristig viele heute noch gut bezahlte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in die Arbeitslosigkeit und in den Hartz-IV-Bezug drängen. Wenn wir allerdings das System grundlegend ändern und Hartz IV sowie andere Transferleistungen durch ein Grundeinkommen ersetzen, wird eine Stigmatisierung der Betroffenen verhindert.

Unklare Kriterien für Leistung und Gerechtigkeit

Wir müssen uns dazu auch selbst vom Leistungszwang und von dem subjektiven Dogma der Leistungsgerechtigkeit befreien. Unsere Gesellschaft verbindet Leistung momentan meist nur mit bezahlter Erwerbsarbeit. Dieses zu enge Verständnis von Arbeit und Leistung

Wir müssen uns selbst vom Leistungszwang und von dem subjektiven Dogma der Leistungsgerechtigkeit befreien.

gilt es zu erweitern. Um was? Um Familie und Erziehung, um Pflege und Betreuung von Angehörigen und Nachbarn, um ehrenamtliche Tätigkeiten im Sozialbereich und bei der Hospiz-Bewegung, um poli-

tisches und gesellschaftliches Engagement – und vieles mehr.

Nach welchen Kriterien wird heute überhaupt Leistung bewertet? Wer leistet mehr für das Gemeinwohl unserer Gesellschaft: der Kranken- und Altenpfleger, die Erzieherin, der Müllwerker, der Ingenieur in der Rüstungsindustrie, der Vorstand einer Investment-Bank?

Was ist gerecht? Ist es gerecht, wenn das eine Kind in eine „Hartz-IV-Familie“ hineingeboren wird und das andere Kind in eine reiche Familie? Die Chancengleichheit, auch wenn sie von der Politik immer wieder behauptet wird, ist real einfach nicht vorhanden. Ist es gerecht, wenn ein etwas weniger talentierter Mensch mit seiner Erwerbsarbeit nicht einmal genug

Lohn zum Leben erhält, während ein etwas höher talentierter Mensch als Manager das 40-Fache als Gehalt erhält? Ist es gerecht, wenn Löhne und Gehälter aus Erwerbsarbeit sowie Gewinne von Freiberuflern und Selbstständigen mit Einkommen-

kreis Humanökologisches Grundeinkommen (BAK-HöGE) erstellten Fibel „Grundeinkommen für Mensch und Umwelt“ vom 9. November 2016 ausführlich erklärt und um die humanökologische Dimension erweitert. Die Fibel stellt

Ein „Humanökologisches Grundeinkommen“ (HöGE) ist keine linke und schon gar keine kommunistische Ideologie.

steuersätzen bis zu 45% besteuert werden, die Erträge von Kapitalanlegern dagegen nur mit 25%?

Die eben genannten Beispiele sollen nicht dazu dienen, eine Gleichmacherei einzufordern. Sie sollen nur zum Nachdenken anregen. Ein „Humanökologisches Grundeinkommen“ (HöGE) ist keine linke und schon gar keine kommunistische Ideologie. Das Kapital soll nicht abgeschafft, sondern wieder mehr in die Verantwortung für Mensch und Umwelt eingebunden werden.

Fibel „Grundeinkommen für Mensch und Umwelt“

Bei den Diskussionen zum Grundeinkommen wird immer wieder über den Begriff „bedingungslos“ gestritten. Er bezeichnet vier Kennzeichen, die ein Grundeinkommen von einer Grundsicherung deutlich unterscheiden:

- finanzielle Absicherung zur Ermöglichung eines menschenwürdigen Daseins und gesellschaftlicher Teilhabe
- lebenslanger individueller Rechtsanspruch
- ohne Bedürftigkeitsprüfung
- ohne Zwang zur Arbeit oder zu anderen Gegenleistungen

Diese vier Kennzeichen werden in der vom ÖDP-Bundesarbeits-

den aktuellen Konsens dar, auf den sich der BAK-HöGE nach langen, harten, aber fairen Diskussionen geeinigt hat. Darin erläutert sind auch die Rahmenbedingungen und Begleitmaßnahmen, die ein Grundeinkommen sowohl bei seiner Einführung als auch bei seiner dauerhaften Durchführung benötigt. Der aktuelle Stand der Fibel ist sicher noch nicht perfekt. Alle ÖDP-Mitglieder können sich mit Vorschlägen an ihrer Weiterentwicklung beteiligen. Für den Bundestagswahlkampf genügt das aktuelle HöGE-Konzept aber schon vollauf, um der ÖDP ein Alleinstellungsmerkmal zu verleihen! ■

ONLINETIPPS

ÖDP-Bundesarbeitskreis
„Humanökologisches
Grundeinkommen“
<http://tinyurl.com/z8rlukb>

Fibel „Grundeinkommen für
Mensch und Umwelt“
<http://tinyurl.com/jmyx37j>

Netzwerk Grundeinkommen
www.grundeinkommen.de

archiv-grundeinkommen.de
www.archiv-grundeinkommen.de

Woche des Grundeinkommens
www.woche-des-grundeinkommens.eu

Unconditional Basic Income
Europe
www.basicincome-europe.org

UBI and Degrowth Conference
2016
www.ubi-degrowth.eu

Basic Income Earth Network
www.basicincome.org

Johannes Stirnberg, Jahrgang 1945, Einzelhandelskaufmann und Bilanzbuchhalter, war Leiter des Rechnungswesens in einem Industrieunternehmen und ist bis heute als Dozent tätig. Seit 2011 ist er in der „Aachener Initiative Grundeinkommen“, seit 2016 im Netzwerkrat des „Netzwerks Grundeinkommen“ aktiv. 2015 trat er in die ÖDP ein und ist seit 2016 Vorsitzender ihres Bundesarbeitskreises „Humanökologisches Grundeinkommen“.



stirnberg@grundeinkommen.de

Pro II

Ein Wahlkampf-Knüller

Es gibt verschiedene Grundeinkommensmodelle. Sie differieren vor allem in der Höhe und in der Finanzierung. Beim „Humanökologischen Grundeinkommen“ jedoch hat das ÖDP-Grundsatzprogramm Pate gestanden. Beide haben das gleiche Ziel: Gutes Leben für alle! Damit könnte die ÖDP bei der Bundestagswahl 2017 über ein Instrument verfügen, das nur sie im Wahlkampf spielen kann.

von Dr. Manfred Link

Die ÖDP ist eine Programm-Partei. Ihr Programm basiert auf Anerkennung und Einhaltung der Menschenrechte, die von den Vereinten Nationen in der „Allgemeinen Erklärung der Men-

kann er wertvolle Zeit gewinnen, um sich verstärkt seiner Familie zu widmen (besonders der Erziehungs- und Pflegearbeit), um sich weiterzubilden, um sich in lokalen Energiewende-Initiativen zu enga-

verhindert Armut und trägt damit zu mehr sozialer Gerechtigkeit bei. Allein 1,2 Mio. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssten nicht mehr auf Hartz-IV-Niveau aufstocken, da ihr Grundeinkommen schon existenzsichernd ist. Angehörige der Mittelschicht brauchen wenig Angst vor sozialem Abstieg zu haben, weil der wesentliche Lebensunterhalt immer gesichert ist. Gerade diese Angst stärkt zusammen mit einem tiefen Misstrauen gegenüber den etablierten Parteien das „rechte Lager“ – ein Phänomen, das auch bei der US-amerikanischen Präsidentenwahl festzustellen war.

Das HöGE ist ein klares Signal gegen die ständige Beschleunigung des Erwerbsalltags und die damit einhergehende drohende Überforderung.

schenrechte“ festgelegt wurden. Ein „Humanökologisches Grundeinkommen“ (HöGE) unterstützt besonders die Erfüllung des Rechts auf Arbeit, des Rechts auf freie Berufswahl, des Rechts auf soziale Sicherheit, des Rechts auf Wohlfahrt, des Rechts auf Bildung, des Rechts auf Teilhabe am kulturellen Leben sowie des Rechts auf Erholung und Freizeit.

gieren, um moderne Formen der Selbstversorgung zu praktizieren, um ehrenamtliche Tätigkeiten auszuüben. Dies ist ein klares Signal

Eine vom Marktforschungsinstitut YouGov im Jahr 2016 durchgeführte Umfrage ergab eine Zustimmung von 73 % für ein Grundeinkommen.

gegen die ständige Beschleunigung des Erwerbsalltags und die damit einhergehende drohende Überforderung.

Schaffung von Sozialer Gerechtigkeit

Das ÖDP-Grundsatzprogramm bezeichnet Soziale Gerechtigkeit „als Voraussetzung für ein nachhaltiges, stabiles Sozialsystem und ein friedliches Miteinander“. Das HöGE

Das HöGE stellt deshalb auch eine Waffe gegen den immer stärker aufkommenden Populismus und Nationalismus dar. Die Angst verliert durch eine staatliche Existenzsicherung einen Teil ihres Schreckens.

Katalysator für ökologisches Steuersystem

Das ÖDP-Grundsatzprogramm sieht im Steuersystem „ein entscheidendes Mittel bei der Umsetzung

Begriffsdefinition: Humanökologisches Grundeinkommen (HöGE)

Die Deutsche Gesellschaft für Humanökologie definiert den Begriff „Humanökologie“ folgendermaßen: „Humanökologie bezieht sich auf die Interaktionen zwischen Gesellschaft, Mensch und Umwelt. Ihr Kern ist eine ganzheitliche Betrachtungsweise, die physische, kulturelle, wirtschaftliche und politische Aspekte einbezieht.“ Das vom ÖDP-Bundesarbeitskreis entwickelte und geforderte „humanökologische Grundeinkommen“ ist deshalb zwar wie die anderen Grundeinkommensmodelle eine Antwort auf massive Arbeitsplatzverluste durch Rationalisierung, Digitalisierung sowie Globalisierung und „bedingungslos“, unterscheidet sich von ihnen aber dadurch, dass es eng mit den Zielen „Umweltschutz“, „Nachhaltigkeit“ und „Entschleunigung“ verknüpft ist.

einer Ökologisch-Sozialen Marktwirtschaft“. Eine ökologische Steuerreform belohnt durch eine Verteuerung des Energie- und Rohstoffverbrauchs sowie der Schadstoffemissionen nachhaltiges Verhalten und leitet so einen Strukturwandel in Richtung nachhaltiges Wirtschaften ein. Zudem sollen bisher vorhandene Ungerechtigkeiten einschließlich Steuerschlupflöchern beseitigt, Finanztransaktionen besteuert und die Großverdiener mehr zur Kasse gebeten werden. Das HöGE steht dazu in einem direkten Bezug. Es dient quasi als Katalysator für ein ökologisches Steuersystem.

Antwort auf Digitalisierung der Arbeitswelt

In den ÖDP-Parteiprogrammen spielen aktuell Klimawandel und Klimaschutz eine große Rolle, noch nicht aber die Prognosen von Zukunftsforschern, die uns innerhalb der nächsten zehn Jahre ein exponentielles Technikwachstum vorhersagen. Der breite Einsatz von künstlicher Intelligenz wird etwa die Hälfte der heutigen, vorwiegend vom Mittelstand besetzten Arbeitsplätze bedrohen – Stichwort: Industrie und Dienstleistung 4.0. Durch

die Einführung des HöGE wird bei einer herausziehenden Massenarbeitslosigkeit die Landung etwas weicher. Es ist in diesem

Angehörige der Mittelschicht brauchen wenig Angst vor sozialem Abstieg zu haben, weil der wesentliche Lebensunterhalt immer gesichert ist.

Zusammenhang auch erstaunlich, wie viele Unternehmensführer sowie andere als neoliberal bekannte Persönlichkeiten zurzeit einem vom Staat gewährten Grundeinkommen das Wort reden.

Wichtiges Thema im Bundestagswahlkampf

Etablierte Parteien jedoch betreiben diesbezüglich eine Vogel-Strauß-Politik. Von wenigen Ausnahmen abgesehen (z.B. Dieter Althaus, CDU), lassen sowohl die Parteien der Großen Koalition als auch die AfD und FDP bisher keine offiziellen Aktivitäten in Bezug auf ein Grundeinkommen erkennen. Dies ist umso verwunderlicher, weil eine vom Marktforschungsinstitut YouGov im Jahr 2016 durchgeführte Umfrage bei den Befragten eine Zustimmung von 73 %

für ein Grundeinkommen ergab. Grüne, Linke und Piraten, die sich mit dem Thema intensiv beschäftigen, haben es entweder noch nicht in ihr Wahlprogramm aufgenommen oder keinen klaren Bezug zu ihrem Parteiprogramm herstellen können. Das ist die große Chance der ÖDP!

Wenn die ÖDP das HöGE in ihr Bundesparteiprogramm aufnimmt, dann hat sie damit einen Renner im Bundestagswahlkampf. Dann ist die ÖDP nicht nur eine von sehr wenigen Parteien auf dem Stimmtzettel, die ein selbst ausgearbeitetes Grundeinkommensmodell anbietet, sondern vor allem auch die einzige Partei, die das passende Programm dazu liefert. Ein nicht zu

unterschätzendes Alleinstellungsmerkmal – zumal das Grundeinkommen in den Medien zunehmend als Thema aufgegriffen und erörtert wird! ■

Dr. Manfred Link, Jahrgang 1941, Dipl.-Kaufmann und Dipl.-Politologe, war beruflich als Leitender Angestellter in einem Großunternehmen tätig und befindet sich heute im Ruhestand. 2014 trat er in die ÖDP ein und ist inzwischen Beisitzer im Bundesvorstand sowie im Landesvorstand Bayern, zudem Mitglied in den Bundesarbeitskreisen „Humanökologisches Grundeinkommen“ und „Familie, Soziales, Gesundheit“.



manfred.link@oedp.de

Pro III

Extremistisches Gedankengut?

Die ÖDP ist eine Partei der politischen Mitte. Im Februar 1989 beschloss ihr Bundesparteitag eine klare Abgrenzung gegenüber dem Rechtsextremismus. Eine Abgrenzung gegenüber dem Linksextremismus war aufgrund ihres wertkonservativen Selbstverständnisses nie notwendig. Eine wichtige Frage lautet nun: Ist die Idee des Grundeinkommens der politischen Mitte zugehörig?

von Paul Holmes

Ist die Idee eines Grundeinkommens eine linke oder eher eine rechte Idee? Diese Frage lässt sich gar nicht so einfach beantworten. Denn historisch betrachtet reicht

listen und Marxisten schwer vereinbar. Das liegt zum einen daran, dass diese die Betonung auf den Arbeiter und die Arbeit legten – um nicht zu sagen: sie irrational vergötzten

staatliche Kontrolle, Lenkung und Erziehung.

Rechts

Da die Linke sich immer als internationale Bewegung sah, wurde als ihr Gegenpol der Nationalismus gesehen. Ist dies im Zeitalter der Globalisierung, also im Zeitalter international operierender Konzerne, heute noch sinnvoll? Betrachtet man als Hauptwesenszug der Linken die Sehnsucht nach einem starken Staat, dann ist der Gegenpol die Sehnsucht nach einem schwachen Staat. Die ist beim Neoliberalismus am ausgeprägtesten. Doch da der Neoliberalismus nicht als politische Partei daherkommt, sondern sich unter dem Deckmäntelchen der Volkswirtschaftslehre in die Programme von SPD, Grünen, CDU und CSU eingeschlichen hat, ist heute das Erstellen einer politischen Landkarte schwierig.

Nur bei der AfD fällt die Einordnung leicht, denn sie ist sowohl neoliberal als auch nationalistisch. Ihr Nationalismus greift das Unbehagen und die Angst vor dem sozialen Abstieg auf und transformiert sie in Verachtung und Hass gegen bestimmte Gruppen. Es ist interessant zu beobachten, dass es erst innerhalb dieses Denkschemas zutrifft, ein Grundeinkommen als völlig konträr auszuschließen.

– und ein Grundeinkommen dieses Selbstverständnis und damit auch die Existenzgrundlage von Arbeiterbewegung und Gewerkschaften unterhöhlt. Zum anderen erhöht ein Grundeinkommen die Freiheit

die Idee bis ins 16. Jahrhundert zurück, war aber immer der Vorschlag einzelner Querdenker und weniger das Anliegen breiter politischer Bewegungen oder etablierter politischer Lager. Zudem hat sich seit 1989 die politische Landschaft ziemlich verändert und ist viel unübersichtlicher geworden, sodass das früher klare Links-Rechts-Schema heute oft fragwürdig erscheint.

Links

Auch wenn es bei der heutigen Partei „Die Linke“ eine „Bundesarbeitsgemeinschaft Grundeinkommen“ gibt, ist die Einführung eines Grundeinkommens mit dem Selbstverständnis klassischer Sozialisten

des Einzelnen und mindert somit den Einfluss des Staates auf ihn. Sozialisten wollten aber immer einen starken Staat. Sie misstrauen dem mündigen Bürger und der Familie, setzen stattdessen auf eine stärkere

Wie aber steht die neoliberale Theorie zum Grundeinkommen? Ihr Vordenker Milton Friedman brachte in den 1970er-Jahren eine „negative Einkommensteuer“ ins Gespräch, die sich allerdings ab ei-

nem gewissen Niveau in eine positive Einkommensteuer verwandelt. Und als im März 2016 die schwedische Bank Nordea die Einführung eines „Helikoptergeldes“ von 1300

zusammengeschraubt. Die Technologie des „Digital-Twinning“ gestattet vom Schreibtisch aus die wenigen noch erforderlichen Entwürfskorrekturen während des

trierter Partei weiß, dass sich Homo faber so einfach nicht abschaffen lässt. Um sich aber weiterhin human entwickeln zu können, bedarf es einer Neukapitalisierung, denn die bisherigen Quellen wie z.B. Hedgefonds gehören zusehends der Welt der Vollautomatisierung. Neukapitalisierung heißt: ein Recht auf ein Grundeinkommen.

Es würde handgefertigte Schuhe, reparierbare Waschmaschinen, heimgezüchtetes Gemüse und bezahlbare Maßanzüge hervorbringen, die wegen ihrer Einmaligkeit Robotern und 3-D-Druckern nicht zugänglich sind. Diese Branche krebst derzeit noch herum, weil es ihr an

Die Großkonzerne der Zukunft dominieren schon jetzt die Landschaft und stehen unter großem Druck, die Rendite zu erhöhen.

Euro pro Monat für alle EU-Bürger propagierte, fand EZB-Chef Mario Draghi dies angeblich „sehr interessant“. Von verschiedenen Unternehmern und Managern kommen in letzter Zeit ähnliche Anregungen. Die Gründe hierfür dürften volks- bzw. betriebswirtschaftlicher Art sein, fallen aber allein deswegen in der Betrachtung nicht aus.

Mitte

Die Einführung eines Grundeinkommens zu fordern, entspringt nicht bestimmten ideologischen Positionen, sondern ist das logische Ergebnis einer nüchternen Betrachtung unserer gesellschaftlichen Realität. Sie ist eine pragmatische Antwort auf die Herausforderungen unserer Zeit – und von daher weder links noch rechts, sondern eine Position der politischen Mitte.

Sachzwang

Wo die „Notwendigkeit“ eines Grundeinkommens herrührt, sei anhand aktueller Entwicklungen in der Baubranche aufgezeigt. Der Autor ist gelernter Bauingenieur und nimmt an Tagungen der Baubranche teil. Diese stellen eine Zukunft dar, die aus wenigen „Entscheidern“ und viel (kapitalisierter) „Assistenten“ besteht. Gebäude werden in Fabrikhallen von Robotern vorgefertigt, an die Baustelle gebracht und von sehr wenigen Bauarbeitern

Baus. Die globalen Kapitalinteressen arbeiten sehr eng mit der Bundesregierung zusammen, um die Vollautomatisierung der Bauindustrie – Fachbegriff: „Building Information Modelling“ (BIM) – voranzu-

Um sich weiterhin human entwickeln zu können, bedarf es einer Neukapitalisierung. Neukapitalisierung heißt: Recht auf ein Grundeinkommen.

treiben. Das Gleiche ist in anderen Industrien weiter fortgeschritten.

Dieser Prozess ist schon im Gange und nicht aufzuhalten. Krankenhäuser und Flüchtlingsunterkünfte sind schon jetzt Fertigbauten. In Großbritannien und Skandinavien hat diese Baumethode bei Familienhäusern einen beträchtlichen Marktanteil gewonnen – Tendenz: steigend. Dabei ist die Bauindustrie in der Übernahme der neuen Technologie unter den Industriezweigen weltweit „Schlusslicht“. Deutschland gilt wiederum im sogenannten „Industrie-4.0-Wandel“ als Nachzügler.

Mensch

Kurz: Wir sind dabei, Homo faber abzuschießen. Die Großkonzerne der Zukunft dominieren schon jetzt die Landschaft und stehen unter großem Druck, die Rendite zu erhöhen. Die ÖDP als menschenzen-

Kapital fehlt. Ihr steht eine Renaissance bevor, wenn Homo faber die Grundbedürfnisse abgedeckt bekommt und somit Start-up-Initiatorin, -Initiator, -Mitarbeiterin oder -Mitarbeiter werden kann – dank des Rechts auf Grundeinkommen. ■

Paul Holmes, Jahrgang 1956, studierte zuerst Philosophie und Germanistik, dann Bautechnologie und ist seit 1986 als Bauprojektant tätig, 2000 der ÖDP beigetreten, war er von 2000 bis 2006 Mitglied im Kreisvorstand München-Mitte, von 2002 bis 2004 Beisitzer im Landesvorstand Bayern und von 2006 bis 2016 Mitglied im Bundesschiedsgericht. Seit 2016 ist er Mitglied im Bundesarbeitskreis „Humanökologisches Grundeinkommen“.



j.p.holmes@gmx.de

Pro IV

Sapere aude!

Ein Gespenst geht um: das Grundeinkommen. So wie ein ins Wasser geworfener Stein Wellen schlägt, bewirkt diese Idee ein Umdenken. Doch in unserer „postfaktischen“ Zeit bestimmen nicht Tatsachen und Argumente den Diskurs, sondern Ideologien und Glaubenssätze. Die Losung der Grundeinkommensbewegten muss deshalb die des großen Aufklärers Immanuel Kant sein: Sapere aude! Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen!

von Jörg Reiners

Seien wir ehrlich: Die allermeisten Menschen leben ein fremdbestimmtes Leben. Zunächst prägen uns die Eltern, dann Schule und Ausbildung. Hier bekommen wir das beigebracht, was mehr anderen als uns selbst zugu-

im Weltraum“ ein starkes Symbol: In der Anfangssequenz bemüht sich ein Urzeitmensch mit einem Oberschenkelknochen ein Tier zu erlegen. Er schlägt so heftig auf es ein, dass ihm der Knochen aus der Hand gleitet, vom Körper des

terium zu kommen, unternehmen außergewöhnliche Anstrengungen, um es zu enträtseln. Philosophisch Bewanderte entdecken Parallelen zu Platons Höhlengleichnis. Wie gelingt es dem Aufgeklärten, die Unmündigen aufzuklären, wenn diese an ihrem Glauben festgekettet sind? Wie gelingt es einem Wissenden, die Ketten der Glaubenden zu lösen? Ein schweres Unterfangen! Das einzige Werkzeug hierfür sind Argumente, ist Aufklärung. Sie muss bei der angeborenen Neugierde Resonanz erzeugen. Wir müssen unsere Welt wieder wie die Kinder betrachten: mit unbändigem Forscherdrang! Wir müssen

The winner takes it all! Ohne Fleiß kein Preis!

Wir werden gedrillt zu funktionieren. Das lässt uns den Maschinen ähnlich werden.

tekommt. Der vormals freie Bereich der Alma Mater, der Ansatz einer humanistischen Gesamtbildung, ist zu einer Sortieranlage verkommen, die ökonomischen Interessen statt menschlichen Bedürfnissen dient. Diese Verschulung der Universität tötet Utopien, derer wir dringend bedürfen. Sind wir dann in den Hamsterrädern und Tretmühlen der Erwerbsarbeit, geben uns Vorgesetzte und Kunden den Takt vor. Unser Leben wird bestimmt von Renditewünschen und Rentensicherung. Wir führen das Leben, das schon unsere Eltern und Großeltern geführt haben. Es ist nur die Modernität der Gegenstände, die uns einen Wandel vorgaukelt.

Der britische Filmregisseur Stanley Kubrick schuf dafür in seinem berühmten Film „2001 – Odyssee

Tiers abprallt und in die Luft fliegt. Schnitt. Ein in seiner Gestalt dem Knochen ähnliches Raumschiff schwebt durchs Weltall. Kubricks

Und nun stehen wir in Konkurrenz zu wirklichen Maschinen! Wir werden diesen Kampf verlieren – und das ist auch gut so.

Botschaft: Unsere Instrumente haben sich drastisch geändert, nicht aber unser Wesen.

Aufbruch in unentdecktes Land

In Kubricks Film symbolisiert eine tiefschwarze Stele das Ungewohnte, Unbegreifbare, menschlicher Erfahrung Entzogene. Neugierig, wie die Menschen nun mal sind, bemühen sie sich, hinter dieses Mys-

den Versuch wagen, unsere Utopien als Spielzeug in einem Überraschungsei zu betrachten, das es auspacken gilt.

Mathematisierung der Welt

Hand aufs Herz: Was bestimmt unser Leben immer mehr? Kalender, Uhren, Tabellen, Rankings, Benchmarks, Castings! Vergleichbarkeit ist angesagt. Nur die schnellsten

und besten Hamster überleben. Aber wer definiert die Skalen? Wer bestimmt, ab wann ein Mensch gut genug ist? Bis in den kleinsten Bereich ist unser Dasein analysiert, ist

Lassen wir die Arbeit doch die Maschinen machen und nutzen unsere Zeit für das Eigentliche: für das Leben selbst!

jede Winzigkeit auf ihre Optimierungsmöglichkeit hin durchleuchtet. Effizienz und Perfektion sind das Gebot der Stunde. Wir haben fit zu sein und uns stetig weiterzubilden. The winner takes it all! Ohne Fleiß kein Preis! Wir werden gedrillt zu funktionieren. Das lässt uns den Maschinen ähnlich werden. Und nun haben wir plötzlich den Salat: Wir stehen in Konkurrenz zu wirklichen Maschinen! Wir werden diesen Kampf verlieren – und das ist auch gut so. Lassen wir die Arbeit doch die Maschinen machen und nutzen unsere Zeit für das Eigentliche: für das Leben selbst!

Leben mit Vollkasko

Warum mathematisieren wir unser Leben? Es ist unsere Sucht nach Sicherheit, nach Planbarkeit, unsere Angst vor unliebsamen Überraschungen – ein Relikt aus der Urzeit, als wir viele natürliche Feinde hatten und oft Beute statt Jäger waren. Inzwischen haben wir unser Leben aber auf eine Kulturstufe hin optimiert, die uns mehr Schaden als Nutzen zufügen kann. Rückgängig machen lässt sich diese Entwicklung nicht mehr. Wir müssen damit leben. Aber wie? Haben wir in unserer bisherigen Kulturgeschichte unsere Gerätschaften und Instrumente „verschlimmbessert“, so drohen wir nun selbst zu In-

strumenten zu werden: Mittel zum Zweck in einem System, das sich längst nicht mehr mit menschlichen Maßstäben erfassen lässt. Wir sind gut beraten, uns von diesem

System zurückzuziehen, um wieder zu uns selbst zu gelangen. Dafür müssen wir die vielen Tretmühlen und Hamsterräder verlassen, um genügend Kraft für das Gehen eigener Wege zu haben.

Wir müssen die vielen Tretmühlen und Hamsterräder verlassen, um genügend Kraft für das Gehen eigener Wege zu haben.

Ein vorsichtiges Drehen an einigen Stellschrauben genügt nicht. Hier geht es um einen fundamentalen Prozess. Es wird Umbrüche geben, Rückschläge, Irrwege, Irritationen. Damit sich Menschen auf den Weg hin zu einer neuen Kultur und Gesellschaft machen, bedarf es einer Halteleine: Die ist das Grundeinkommen! Nur wer weiß, dass er auf seinem Weg nicht zur Fressbeute wird, findet den Mut, zu Neuem aufzubrechen.

Emanzipation von uns selbst

Es besteht die Gefahr, dass die meisten Menschen das Grundeinkommen nur zur Fortsetzung ihres gewohnten Lebens nutzen wollen. Umso wichtiger ist es, das Instrument „Grundeinkommen“ so zu gestalten, dass es die Menschen motiviert, sich von ihrem bisherigen Lebensstil zu emanzipieren. Deshalb richten sich weite Kreise der

gesellschaftlichen Linken auf die sogenannten „emanzipatorischen Grundeinkommensmodelle“ aus und bedienen sich in ihrer Argumentation nur ungerne der Sprachweil Denkregelung des Systems, das sie überwinden wollen. Denn das Grundeinkommen ist nicht das Ziel von Politik, sondern erst deren Beginn!

Das Wort „Politik“ hat seinen Ursprung im antiken Griechenland. „Polis“ bedeutet weit mehr als nur Stadtraum, nämlich: Lebensraum. Eine Polis funktioniert nur, wenn jeder Mensch „bei sich selbst“ ist und keiner Fremdbestimmung unterliegt. Um zu uns selbst zu fin-

den, müssen wir uns zunächst von unserem von außen aufoktroierten Selbst emanzipieren. Erst dann wird ein Grundeinkommen das bewirken können, was wir von ihm erhoffen: die Rückgewinnung des Humanen! ■



Jörg Reiners, Jahrgang 1963, arbeitete selbstständig in der Touristikbranche, ging infolge des Terroranschlags 9/11 insolvent, studierte

Medienwissenschaft und Philosophie und ist heute als freier Journalist tätig. In der Partei „Die Linke“ ist er Sprecher der Landesarbeitsgemeinschaft Grundeinkommen in NRW, im parteiunabhängigen Netzwerk Grundeinkommen Mitglied des Netzwerkrats.

reiners@grundeinkommen.de

Pro V

Vom Haben zum Sein

In den gesellschaftlichen Debatten zum Grundeinkommen blieb die Frage nach seiner Wirkung auf Wachstum und Beschleunigung bisher weitgehend ausgeklammert. Dabei hat es gerade hier einiges zu bieten. Es würde einen Prozess in Gang setzen, bei dem das Leitbild „Produktivismus“ – die Herstellung möglichst vieler Produkte und Dienstleistungen – zugunsten des neuen Leitbilds „Zeitwohlstand“ zurückgedrängt wird.

von Dr. Ulrich Schachtschneider

Ein Übermaß an Produkten, Konsum und Ereignissen hindert uns daran, Zeit als unsere wichtigste Ressource für das, was wir für ein gutes Leben wichtig finden, einzusetzen: für entspannende und kreative Muße, für freie Persönlichkeitsentfaltung oder für echte Freundschaften. Dabei ist die Idee auch in der herkömmlichen Ökonomie nicht neu. Schon John

muss den Druck zu ökonomischen Aktivitäten von jedem Einzelnen nehmen. Das geht am besten mit einem bedingungslosen Grundeinkommen.

Finanzierung über Öko-Abgaben

Doch wie kann dieses gestaltet werden, ohne neue Konsumorgien zu ermöglichen und ohne Wachs-

heit ökonomischer Basis-Sicherheit und dem Gefühl größerer sozialer Anerkennung in der Gesellschaft werden mehr Menschen neue ressourcenleichtere Lebensformen der Kooperation und des Wenigers ausprobieren und schätzen lernen. Heute trauen sich das nur ein paar Avantgardisten.

Vielfältige Postwachstumslebensstile

Das Wichtigste aber: Mit einem solchen „Ökologischen Grundeinkommen“ sind verschiedene Lebensstile möglich, die alle ökologisch korrekt sind. Man kann 20 Stunden in der Industrie – deren Produkte mehr als heute ökologischen Anforderungen genügen werden – als Spezialist arbeiten und ergänzend 10 Stunden subsistent oder gemeinschaftlich tätig sein. Man kann aber auch nur 5 Stunden erwerbstätig sein und 35 Stunden in Gemeinschaft selber produzieren. Grundeinkommen ist Zeitwohlstand – innerhalb und außerhalb der Erwerbsarbeit. In beiden Sphären können wir eher das machen, was uns gefällt – was immer es ist.

Welche Anteile industrieller, lokaler oder subsistenter Arbeit dabei herauskommen, wissen wir nicht im Voraus und brauchen es in einer offenen Gesellschaft auch nicht zu wissen. Was wir aber sicher wissen: Unser ökologischer Fußabdruck wird dabei begrenzt – durch die Öko-Steuern. Die Finanzierung des Grundeinkommens wird durch die erhoffte Ressourceneinsparung indes nicht angegriffen. Die Steuersätze auf problematische Ressourcennutzungen müssen nur kontinuierlich ansteigen. So bleibt der Anreiz zur Entwicklung weitergehender technischer und kultureller Alternativen dauerhaft er-

halten und die finanzielle Basis des Grundeinkommens gesichert.

Epochaler Wandel der Existenzweise

Das Grundeinkommen ist ein gastliches Umfeld für den Wandel der Existenzweise: vom „Haben“ zum „Sein“, wie Erich Fromm das 1976 in seinem berühmten Buch postulierte. Dieser Wandel muss sich gerade auch in der Sphäre der Erwerbsarbeit entwickeln können. Mit der größeren Wahlfreiheit im Rücken lassen sich dort größere Ansprüche ans „Sein“ wie etwa Partizipation und Selbstverwirklichung stellen. Deren Realisierung darf allerdings nicht durch eine Verschärfung wettbewerbsbedingter Zeitknappheit wieder erschwert werden. Auch deshalb ist es nötig, das Verhältnis von Steuern auf Arbeits(zeit)einsatz und Ressourcenverwendung zugunsten letzterer zu verändern. Darauf ist im Konzept des „Humanökologischen Grundeinkommens“, dem – insbesondere in seiner Begründung als Förderer einer freien Postwachstumsgesellschaft – voll zuzustimmen ist, zu achten.

Mit der Finanzierung des Grundeinkommens über Öko-Steuern lässt sich Gelassenheit, (zeitaufwendige!) Qualität und Partizipati-

ourcen, arbeiten möchte, kann dies tun. Er ist aber ökonomisch dazu weniger gezwungen, wenn Arbeitszeit nicht mehr der allein entscheidende Kostenfaktor im Wettbewerb ist. Das Grundeinkommen ist ein Bremspedal gegen die Beschleunigung in der Erwerbsarbeit, das benutzt werden kann.

Freiheit, Gleichheit, Nachhaltigkeit

Ein „Ökologisches Grundeinkommen“ kombiniert das „grüne“ Ziel ökologischer Nachhaltigkeit mit dem „roten“ Ziel materieller und sozialer Gleichheit und dem liberalen Ziel erweiterter individueller Freiheit. Prinzipiell ist also ein hegemonialer sozialer Block aus verschiede-

Mit einem „Ökologischen Grundeinkommen“ sind verschiedene Lebensstile möglich, die alle ökologisch korrekt sind.

nen gesellschaftlichen Gruppen mit unterschiedlichen politischen Philosophien als Unterstützer für ein Grundeinkommen denkbar. Deshalb gibt es heute schon eine starke Unterströmung für diese radikale Reformidee. In der Schweiz etwa stimmten im Juni 2016 ein Viertel

BUCHTIPP

Ulrich Schachtschneider
Freiheit, Gleichheit, Gelassenheit
Mit dem Ökologischen Grundeinkommen aus der Wachstumsfalle
oekom,
September 2014
152 Seiten, 16,95 Euro
978-3-86581-693-1



Grundeinkommen kann zunächst das Prinzip der Bedingungslosigkeit der Teilhabe aller an den Er-

trägen von Natur und Gesellschaft verankert werden, um es dann sukzessive zu erweitern und damit soziale Sicherung langsam in Richtung Bedingungslosigkeit zu wandeln. ■

Wer Postwachstum möchte, muss den Druck zu ökonomischen Aktivitäten von jedem Einzelnen nehmen.

Maynard Keynes erwartete für seine „Urenkel“ die „wirtschaftlichen Möglichkeiten“ einer wöchentlichen Arbeitszeit von 15 Stunden. Zum „guten Leben“ jenseits der Wachstumsspirale gehört allerdings elementar eine Basis-Lebenssicherheit. Je weniger diese gewährleistet ist, desto mehr ökonomische Aktivitäten werden nur aus purer Existenzangst erhofft, initiiert und aufrechterhalten – kosten sie ökologisch, sozial und individuell, was sie wollen. Wer Postwachstum möchte,

tumsschübe nötig zu haben? Indem wir es über Öko-Abgaben auf problematische Umweltnutzungen und -verschmutzungen finanzieren! Dadurch wird ein verschwenderischer, konsumorientierter Lebensstil teurer und ein ressourcenarmer Lebensstil mit viel Bildung, Kunst, Kommunikation etc. preiswerter. Erst mit der Verwendung der Erträge aus der Ressourcenbesteuerung als Grundeinkommen wird dieses „Weniger“ für mehr Schichten lebbarer als heute: Mit der Gewiss-

Mit der Verwendung der Erträge aus der Ressourcenbesteuerung als Grundeinkommen wird das „Weniger“ lebbarer.

on auch in der Erwerbsökonomie stützen. Allerdings wäre eine solche Langsamkeit keineswegs zwingend – vielmehr handelt es sich um eine neu erwachsene Option. Wer weiterhin möglichst schnell, mit eventuell höherem Verbrauch innerer und äußerer natürlicher Res-

der Stimmberechtigten dafür – aus unterschiedlichen Motiven.

Indes – der Wechsel zu einem allgemeinen Grundeinkommen ist große Transformation: Es wird sich daher nur schrittweise verwirklichen lassen. Gerade mit einem aus Öko-Abgaben finanzierten Teil-

Dr. Ulrich Schachtschneider, Jahrgang 1962, absolvierte zunächst eine Ausbildung zum Stahlbetonbauer und studierte dann



Energietechnik, Soziologie und Umweltpolitik. Seither ist er als Energieberater, freiberuflicher Sozialwissenschaftler und Buchautor tätig. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören Nachhaltigkeitskonzepte und soziale Umwelt- und Energiepolitik.

www.ulrich-schachtschneider.de

Pro VI

Leistung humanisieren, Herrschaft abbauen

Teil II des Bundespolitischen Programms der ÖDP hebt stark auf das Thema „Leistung“ ab. Es stellt sich die Frage: Wie weit darf das bei einer Partei gehen, die ebenso auf Entschleunigung setzt? Was wir Leistungsgerechtigkeit nennen, muss auch Grenzen haben, denn ansonsten wird aus einem sinnvollen Prinzip ein zerstörerisches Phantom.

von Dr. Peter Hiltner

Eine der bedeutsamsten ÖDP-Forderungen im Teil II ihres Bundespolitischen Programms ist das Erziehungsgehalt. Würde diese Forderung mit einem Grundeinkommen ausgehebelt? An diesem Punkt lässt sich gleich zu Anfang die wichtige Unterscheidung machen, dass Erwerbsarbeit und Grundeinkommen ganz ver-

ben werden. Dennoch brauchen wir ein Grundeinkommen – genauer gesagt: ein „Humanökologisches Grundeinkommen“ (HöGE).

Hinzufügung einer neuen Kultur

Ein HöGE ersetzt almosenhafte Transferleistungen, nicht aber die Erwerbsarbeit und ihren Mindest-

Niemand hat ein Anrecht darauf, reich zu sein, aber jeder hat das Recht, nicht arm zu sein! Der herkömmliche Weg, dieses Recht zu sichern, besteht im Wachstumsfetischismus und im Erhalt sinnlos gewordener Arbeitsplätze. Wir wissen, dass dieser Weg nicht nur sein Ziel schlecht erreicht, sondern mittelfristig auch zum ökologischen Selbstmord führt. Das HöGE ist ein besserer Weg und verringert darüber hinaus die Fremdbestimmung und die Herrschaft von Menschen über Menschen, bei der der Zugang zu Geld eine wesentliche Rolle spielt. Schauen wir genauer hin.

Menschenwürde ist kein Verdienst

Kein Kind, das auf die Welt kommt, hat sich sein Leben verdient, und es bringt auch keine Schulden mit, die es der Gesellschaft zurückzahlen müsste: Wir bekommen unser Leben geschenkt, und das bleibt, wenn wir es recht bedenken, Gott sei Dank das ganze Leben hindurch so. „Für jeden werden die besten Früchte von einer Hand gepflückt, die nicht die seine ist“ (C.S. Lewis). Wenn man dafür der Gesellschaft durch sinnvolle Arbeit etwas zurückgibt, so dient es der „Psycho-

hygiene“ des Einzelnen wie der ganzen Gesellschaft, das in erster Linie als Akt der Dankbarkeit und der Solidarität zu sehen und nicht als Leistung, mit der man seine Existenz „rechtfertigen“ muss oder kann, um im Spiel der ökonomischen Zufälle ein existenzsicheres Einkommen zugebilligt zu bekommen – oder eben nicht.

Wer bestimmt, wann und was einer „verdient“? „Verdient“ ein

zugänglich macht, und, noch einmal, das würde die ganze Gesellschaft umwandeln: „Ich habe diese Leistung erbracht, und dafür habe ich jetzt das Recht ...“ – „Entspann dich, das Recht hast du sowieso, weil alle es haben.“

Und sollte es uns stören, wenn jemand wirklich seinen Lebenssinn darin sieht, auf dem HöGE-Kissen sorgenfrei einfach nur zu leben, statt „produktiv“ zu sein (und viel-

Vor allem im unteren Einkommensbereich muss anstelle der schwer definierbaren Leistungsgerechtigkeit eine Bedarfsgerechtigkeit treten.

Lehrer oder Bischof wirklich sein Gehalt, oder der Angestellte im Tierversuchslabor, oder der CEO einer industriellen Großschlachtereier? Und warum wird das HöGE oft als „Ruf nach dem Staat“ denunziert, beim Gehalt eines Lehrers aber heißt es, „er sorgt für sich selbst“? Denken wir darüber nach – primär selbstverständlich ist doch nicht, dass jemand „für eine Leistung etwas verdient“, sondern dass das Existenzrecht (und damit der Zugang zum notwendigen Geld) Teil

leicht noch sein halbes HöGE spendet, weil er so viel Geld gar nicht braucht), dann erinnern wir uns bitte: Wer von Kapitaleinkünften leben kann, hat die Freiheit, einfach nur zu leben, jetzt schon. Andere, die in zwei Jobs malochen müssen, um über die Runden zu kommen, haben sie nicht. Dies und der leistungslose Anteil, der in einem zigfach überdurchschnittlichen Einkommen steckt, sind akzeptierte Grenzen der Leistungsgerechtigkeit. Das ist die Jahrtausende lang geübte Herrschaft

Niemand hat ein Anrecht darauf, reich zu sein, aber jeder hat das Recht, nicht arm zu sein!

der unveräußerlichen Menschenwürde ist. In den Mosebüchern der Agrargesellschaft Altisraels ist das der Kampf um die „leistungslosen“ Rechte der Witwen und Waisen; genau die gleiche Forderung heißt in heutiger Sprache „das HöGE als Menschenrecht ins Grundgesetz“.

Mit dem HöGE hätten wir ein Instrument, das die an sich ganz natürliche Sichtweise des Zurückgebens statt Verdienens viel leichter

von Menschen über Menschen mithilfe der vom Geld genährten Denkweise, die die Selbstbestimmung für die meisten erstickt. Das HöGE würde helfen, das Geld auf seine dienende Rolle zurückzuführen: Es verwirklicht eine menschlichere Grenze der Leistungsgerechtigkeit.

ÖDP als kulturelle Avantgarde

Sind das nicht alles ÖDP-Kerngedanken? Und wo unsere Program-

BUCHTIPP

Ched Myers,
Peter Hiltner
Genug für alle
Vision
Sabbat-Ökonomie
Selbstverlag, Juli 2014
120 Seiten, 9,00 Euro
peter.hiltner@oedp.de



me das noch nicht ausdrücken, müssen wir sie da nicht bereinigen und klären? Es lohnt sich, für die wundervollen Möglichkeiten eines HöGE zu kämpfen. Und das heißt auch, ein Grundeinkommen zu verhindern, welches das Recht, nicht arm zu sein, nicht kennt, und mit dem das geldbasierte Herrschaftssystem schlimmer wird als zuvor: Grundeinkommen zu knapp bemessen, Mindestlohn beerdigt, Sozialversicherung Privatsache. Wir sind wohl die erste Generation, die es in der Hand hat, den kulturellen Entwicklungsschritt HöGE – den vielleicht größten seit Beginn der städtischen Zivilisation – zu vollziehen: Packen wir's an! ■

schiedene Ebenen sind, die einander weder ersetzen noch ausschließen, sondern ergänzen. Es erscheint in der Tat mit Blick auf viele junge Familien geboten, die häusliche Erziehungsleistung (die ja auch bei Kiga-Kindern immer noch bleibt) auf der Ebene der Erwerbsarbeit zu betrachten und durch ein Erziehungsgehalt zu honorieren. Eben- sowenig wie der außerhäusliche Teil der Erziehungsarbeit, andere Pflegearbeiten oder die Entlohnung anderer Leistungen (deren gesellschaftlicher Nutzen oft weit weniger klar ist!) sollte diese einfach auf ein Grundeinkommen abgescho-

lohn, und auch nicht das Sozialsystem (Ausnahme: Arbeitslosenversicherung). Es ist nicht bloß eine Umgestaltung von Erwerbsarbeit und Sozialsystem, sondern etwas Drittes, das als eine neue Kultur hinzukommen soll. Vor allem im unteren Einkommensbereich muss anstelle der schwer definierbaren Leistungsgerechtigkeit eine Bedarfsgerechtigkeit des „Genug für alle“ treten, die anerkennt, dass das unbedingte Existenzrecht eine Frage der Menschenwürde und nicht der Leistung ist. Unser Hartz-IV-System des „Forderns und Förderns“ ist davon weit entfernt.

Dr. Peter Hiltner, Jahrgang 1955, studierte Physik, promovierte, forschte in der Astronomie und war dann als Gymnasiallehrer und Erzieher tätig. Heute lebt er auf einem Hof und arbeitet als selbstständiger Baubiologe und Energieberater. In die ÖDP trat er 1988 ein und ist seit 2014 Vorsitzender im Kreisverband Hof-Wunsiedel sowie seit 2016 Mitglied im Bundesarbeitskreis „Humanökologisches Grundeinkommen“.



peter.hiltner@oedp.de

Pro VII

Ein Bericht aus der Zukunft

Wir schreiben das Jahr 2050. Es gibt keine Armut mehr. Und auch keine Angst davor. Denn jeder Bürger erhält Monat für Monat vom Bundesfinanzminister einen Betrag auf sein Konto überwiesen, der seine wirtschaftliche Existenz sichert. Der Betrag ist für alle gleich, unabhängig von Familienstand, Lebensform, Einkommen und Vermögen – allein fürs Mensch-Sein.

von Norbert Peter

Früher war das Phänomen der Armut, des Lebens in „prekären Verhältnissen“ weit verbreitet. Vor allem Alleinerziehende, kinderreiche Familien, Rentner und Arbeitslose mussten oft um ihre Existenz fürchten und sich einem unbarmherzigen und höchst ineffizienten Sozialsystem unterwerfen. Das massenhafte Erscheinen von „Tafeln“ zur Speisung der Bedürftigen in den Städten wurde geradezu zum Symbol dieser Entwicklung. Von Kindheit an lernten die Menschen, dass man nur besser als die anderen sein und Top-Leistungen bringen müsse, um auf dem Arbeitsmarkt erfolgreich sein und selbstbestimmt leben zu können. Psychische Erkrankungen wurden als Folge des Leistungsdrucks zum Massenphänomen. Politik und Wirtschaft waren auf ein „immer schneller, immer höher, immer mehr“ programmiert, auch um „Arbeitsplätze“ zu sichern und neue zu schaffen. Damals glaubte man noch, dass der Erwerbsarbeitsplatz eines der höchsten Güter der Menschen in unserer Gesellschaft sei und man dem die Ökologie und globale soziale Gerechtigkeit unterzuordnen habe.

Heute fühlen sich die Menschen frei. Ausbildungs- und Berufswege werden eingeschlagen, weil man dort das persönliche Potenzial ent-

falten kann, und nicht nur wegen der vermeintlichen Sicherheit des Arbeitsplatzes oder wegen des Geldes. Die Menschen bekommen Kinder, wenn sie es sich wünschen, und kümmern sich so lange und intensiv um sie, wie sie wollen. Vie-

Es bedurfte vieler Begleitmaßnahmen und eines ausgefeilten Plans zur schrittweisen Umsetzung.

le nehmen sich gerne die Zeit, sich ohne finanziellen Druck um ihre pflegebedürftigen Angehörigen zu kümmern. Andere gehen in Teilzeit einer Erwerbsarbeit nach und widmen sich ehrenamtlichen Tätigkeiten. Künstlerisch Begabte widmen sich entspannt ihren Leidenschaften. Das Leben ist langsamer und entspannter als früher. Es hat sich das Bewusstsein durchgesetzt, dass „Sein“ mehr ist als „Haben“, was sich auch in einem achtsamen Umgang mit der Umwelt und in der sozialen Verantwortung für alle Menschen zeigt.

Wie es dazu kam

Die materiellen Voraussetzungen für die Einführung eines „Human-ökologischen Grundeinkommens“ (HöGE) waren am Anfang des 21. Jahrhunderts durch die enorme Produktivität der Wirtschaft gege-

ben, welche durch die schnell fortschreitende Digitalisierung drastisch zunahm. Somit ging es nicht mehr um die Frage, ob genug Güter und Dienstleistungen bereitstehen, um allen Existenz und Teilhabe zu sichern, sondern nur noch um deren

Verteilung. Vor dem Hintergrund der Klimaerwärmung und anderer ökologischer Herausforderungen dieser Zeit entschied man sich zudem, einen großen Teil der nötigen Umverteilung mit einer bewussten Lenkungswirkung hin zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise zu verbinden. Deshalb wurden die Steuern auf Energie- und Rohstoffverbrauch sowie auf Schadstoffemissionen erhöht. Konsumenten und Produzenten mit stärkerem ökologischen Fußabdruck wurden so stärker belastet, während umweltbewusste Unternehmen und Bürger profitierten.

Einen weiteren großen Beitrag brachte der gerechtigkeitsorientierte Umbau des Steuersystems wie die Einführung von Finanztransaktionssteuern, Aufhebung der Steuerprivilegien von Kapitalerträgen, konsequente Abschaffung von Steu-

erschlupflöchern bis hin zur Einführung einer Vermögensteuer und der Erhöhung von Erbschaft- und Einkommensteuern. Das Grundeinkommen blieb von allen Steuern und Abgaben frei, dafür entfielen alle Steuerfreibeträge auf Erwerbseinkommen. Die restlichen Mittel für das Grundeinkommen mussten nicht umverteilt werden, sie ergaben sich von selbst aus den Einsparungen durch nicht mehr benötigte

Sozialleistungen und der damit verbundenen Bürokratie. Die Finanzierung des zu Beginn angesetzten Grundeinkommens von 1000 Euro pro Erwachsener und 500 Euro pro Kind – insgesamt 810 Mrd. Euro – war so gesichert.

Freilich bedeutete die Einführung des HöGE eine gesellschaftspolitische Revolution von historischer Dimension. Es bedurfte daher vieler Begleitmaßnahmen und eines

ausgefeilten Plans zur schrittweisen Umsetzung. So wurde ein neues Einwanderungs- und Einbürgerungsgesetz erarbeitet, um unkontrollierte Sozial-Zuwanderung zu vermeiden, sowie ein neues, ganzheitliches Bildungssystem entwickelt und eingeführt, um Jugendliche zu befähigen, eigenständig und eigenverantwortlich mit den neuen Freiheiten und Selbstbestimmungsmöglichkeiten umzugehen. Voraussetzungen für den Bezug eines Erwachsenen-HöGE waren ein verpflichtendes ökologisches, soziales oder sonst gemeinwohlorientiertes Jahr und der Beginn einer Berufsausbildung. Das verhinderte, dass sich Jugendliche aus damals noch verbreiteten „bildungsfernen Schichten“ mit dem HöGE einfach zufriedengaben, ohne sich für das Gemeinwohl zu engagieren.

Über die richtige Umsetzungsstrategie des HöGE wurde intensiv gerungen. Manche propagierten eine gestaffelte Einführung der Beträge, andere wollten es zu Beginn nur Rentnern und Kindern zukommen lassen. Wie wir heute wissen, fand man den richtigen Weg, weil das Ziel klar war: Gutes Leben für alle! ■

Sinn & Sein ...

Arbeit ... bewahren

Was an Arbeit ist das Mehr als nur Erwerb – ist gemeinwohlorientiert?
Sinnstiftende Arbeit! Wann ist Arbeit sinnlos – sinnentleert?
Ist Arbeit Leben? Lebensmitte? Alleiniger Lebensinhalt?
Kann Mensch ohne Arbeit sein?
Und Arbeit ohne Mensch existieren?

Leistung ... bewahren

Muss Leben verdient werden?
Durch Leistung? Durch Lebensleistung? Durch Lebensleistungsrente?
Wer misst Leistung? Wer „vermisst“ sie?
Was, wenn meine Leistung nicht abgerufen wird?
Bin ich dann ein zu Unrecht Lebender, weil Nicht-Leistender?
Bin ich dann außerhalb von Gesellschaft? Von Leistungsgesellschaft?
Ist Gesellschaft Gemeinwohl?

Umwelt ... bewahren

Wertschöpfung oder Wertschätzung?
Umwandlung von Natur und Kreatur in Kultur?
Schöpfung bewahren, statt Schöpfung umformen ... deformieren ... recyceln?
Ist das Beste, was wir tun können ... nichts?!

Denken ... bewahren

Was an unserem Denken ist real, was angeboren, was eingepflanzelt und anerzogen?
Auf Denken vertrauen oder auf Gefühle?
Warum denken wir in schweren Lebenskrisen völlig anders, werten radikal anders kurz vor unserem Lebensende?
Warum ist dann oben und vorne plötzlich nebensächlich?
Koordinatensystem verschoben ... einfach so?
Gibt es Früherkennungschancen?

Teilen ... bewahren

Arbeit ... Leben ... Zeit ... Geld ... Freud und Leid ... Umwelt und Natur ... Gott?
Sinn- und Sein-Frage
Mut haben ... die Chance nutzen zum rechtzeitigen Anders-Denken?

Bin ich ... sind wir ... nicht allein durch unser Dasein der Grund ... für ein Grundeinkommen?

von Kurt Rieder

Norbert Peter, Jahrgang 1965, studierte Volkswirtschaftslehre und ist beruflich seit 2003 als selbstständiger Finanzberater tätig, seit 2013



mit dem Schwerpunkt Nachhaltigkeit. Der ÖDP trat er 2014 bei und ist seit 2016 Vorstandsbeisitzer im Kreisverband Amberg-Sulzbach und 2. Vorsitzender des Bundesarbeitskreises „Humanökologisches Grundeinkommen“.

norbert@biomail.de

Contra I

„Wir brauchen gute Arbeit, nicht keine Arbeit“

Würde ein Grundeinkommen die Menschen tatsächlich glücklicher machen? Falls es zum Nichtstun verführt: Welche Auswirkungen hätte das auf die menschliche Psyche und Persönlichkeitsentwicklung? Und welche auf die Gesellschaft?

Interview mit Thomas Vašek

ÖkologiePolitik: Herr Vašek, warum sind Sie gegen ein Grundeinkommen?

Thomas Vašek: Ich lehne es gar nicht radikal ab, sondern stehe ihm nur skeptisch gegenüber. Und das aus zwei Gründen: Zum einen, weil ein Grundeinkommen ohne Arbeit meines Empfindens gegen zentrale Gerechtigkeitsgrundsätze verstößt. Zum anderen bin ich davon überzeugt, dass gute Arbeit zu einem guten und glücklichen Leben gehört, sodass ein starker Anreiz, nicht zu arbeiten, ziemlich kontraproduktiv ist. Aber ich bin da nicht dogmatisch und wäre auch neugierig, in der Realität zu erleben, wie Menschen tatsächlich auf ein Grundeinkommen reagieren. Es sollte durch-

„Gute Arbeit gehört zu einem guten und glücklichen Leben, sodass ein starker Anreiz, nicht zu arbeiten, ziemlich kontraproduktiv ist.“

aus einmal in einem Großversuch ausprobiert werden – räumlich und zeitlich begrenzt, in einzelnen Städten oder Regionen über mehrere Jahre.

Ist die Befreiung von Arbeit nicht ein alterer Menschheits Traum?

Zahlreiche empirische Untersuchungen zeigen, dass Menschen

ohne Arbeit in der Regel nicht glücklich, sondern unglücklich sind. Sie könnten eigentlich die freie Zeit nutzen, um sich schönen und sinnvollen Dingen zu widmen,

„Zahlreiche empirische Untersuchungen zeigen, dass Menschen ohne Arbeit in der Regel nicht glücklich, sondern unglücklich sind.“

um gute Bücher zu lesen und sich ehrenamtlich zu engagieren, doch das tun sie meist nicht. Stattdessen verfallen sie oft in Lethargie und Depression. Das hat gar nicht so viel mit einem Mangel an Geld zu tun, sondern mehr mit einem Mangel

an Struktur. Arbeit schafft wunschunabhängige Gründe, etwas zu tun, erzeugt Pflichten, erfordert Disziplin. Man muss morgens aufstehen, zur Arbeit fahren, ein bestimmtes Arbeitspensum erledigen, mit Problemen fertigwerden – egal ob man dazu gerade Lust hat oder nicht. Die wenigsten Menschen würden

es schaffen, ihr Leben ohne äußere Zwänge zu strukturieren. Und dies führt dann dazu, dass sie ihre Talente, ihre Fähigkeiten und ihre Kreativität nicht entfalten, dass sie

ihre Persönlichkeit nicht entwickeln, dass sie stagnieren oder sogar verkümmern. Unsere Persönlichkeit entwickelt sich nicht einfach so aus sich selbst heraus, sondern in starkem Maße durch die Lebensumstände: durch Begegnungen, Beziehungen, Herausforderungen, Anstrengungen und Erfahrungen – negative und positive. Und die liefert die Arbeit. Das eigentliche Leben beginnt nicht jenseits der Arbeit in der Freizeit, sondern die Arbeit ist ein ganz wesentlicher Teil eines guten Lebens.

Viele Arbeitsplätze sind langweilig und frustrierend statt erfüllend.

Das ist richtig, aber was wir brauchen, ist bessere Arbeit, wirklich gute Arbeit, nicht keine Arbeit. Wenn heute Roboter zunehmend menschliche Arbeitskraft ersetzen, dann sehe ich dies als etwas



Foto: Stefanie Füssenich

Thomas Vašek, Jahrgang 1968, studierte Mathematik und Volkswirtschaft, arbeitete anschließend als Ressortleiter beim österreichischen Nachrichtenmagazin „profil“ sowie als Chefredakteur bei den Wissenschaftsmagazinen „MIT Technology Review“ und „PM-Magazin“. 2011 gründete er die Philosophie-Zeitschrift „Hohe Luft“ und ist seither ihr Chefredakteur. Zudem veröffentlichte er mehrere Bücher, darunter 2013 „Work Life Bullshit“.

www.hoheluft-magazin.de

Positives, denn das waren dann ja auch eher stupide Tätigkeiten. Und es gibt ja noch viele Aufgaben, die nur schlecht oder gar nicht erledigt werden, z. B. in sozialen Berufen. Es wäre doch ein großer gesellschaftlicher Fortschritt, wenn Pflegekräfte

„Das eigentliche Leben beginnt nicht jenseits der Arbeit in der Freizeit, sondern die Arbeit ist ein wesentlicher Teil eines guten Lebens.“

endlich ausreichend Zeit für ihre Patienten hätten. Aber sicherlich gibt es auch viele Arbeiten, die nicht glücklich machen – teils aus objektiven Gründen, teils aus subjektiven. Die Arbeit muss zur Persönlichkeit des Arbeitenden passen und ihre Ausübung muss ihn innerlich befriedigen – und zwar die Arbeit an

sich, nicht nur der finanzielle Lohn dafür. Wer merkt, dass ihn seine Arbeit unglücklich und auf Dauer kaputt macht, der muss sie wechseln, auch wenn das oft schwierig ist.

Das Grundeinkommen würde ja eben das erleichtern.

Ja, und deswegen bin ich ja auch nicht völlig gegen ein Grundeinkommen. Es würde sicherlich die Angst, eine Arbeitsstelle zu kündigen, deutlich senken, weil man danach nicht schnell in eine prekäre Situation käme. Und umgekehrt würde das den Druck auf die Arbeitgeber erhöhen, wirklich gute Ar-

beit anzubieten: attraktive Arbeitsbedingungen, anständige Löhne.

Sie kritisierten eingangs das Grundeinkommen als ungerecht. Warum?

Weil diejenigen, die nicht arbeiten, letztlich immer auf Kosten derjenigen leben, die arbeiten. Ein Grundeinkommen verletzt das Prinzip der Gegenseitigkeit: Es ist ein Recht ohne Pflichten, eine in Anspruch genommene Leistung

ohne erbrachte oder zu erbringende Gegenleistung. Erbracht werden müssen die Leistungen jedoch trotzdem – und zwar letztlich von denjenigen, die arbeiten. Das System funktioniert nur, solange ein Großteil der Bürger weiterhin einer Arbeit nachgeht. Will ein Großteil der Bürger nur noch vom Grund-

BUCHTIPP

Thomas Vašek
Work Life Bullshit
Warum die Trennung von Arbeit und Leben in die Irre führt
Riemann,
September 2013
288 Seiten, 16,99 Euro
978-3-570-50153-5



einkommen leben, kollabiert das System. Insofern ist das oft verwendete Attribut „bedingungslos“ irre-

„Ein Grundeinkommen würde den Druck auf die Arbeitgeber erhöhen, wirklich gute Arbeit anzubieten.“

führend, denn die Bedingung ist, dass nicht jeder ausschließlich vom Grundeinkommen lebt, sondern ausreichend viele weiterhin arbeiten und so das System am Leben erhalten.

Wenn das Grundeinkommen komplett über Abgaben auf Ressourcenverbrauch und Umweltverschmutzung finanziert würde, wäre es dann immer noch ungerecht?

Das wäre sicherlich eine interessante Variante. Allerdings bliebe die Ungerechtigkeit bestehen, dass Grundeinkommensbezieher von der Arbeit anderer profitieren, während sie selbst keinen Beitrag leisten. Ein Grundeinkommen kann ich mir im Moment nur innerhalb eines Modells vorstellen, in dem weiterhin die Erwerbsarbeit im Mittelpunkt steht. Eine Möglichkeit wäre ein Grundeinkommen als Kompensation für längere Auszeiten im Rahmen eines neuartigen Arbeitsvertrags.

Herr Vašek, herzlichen Dank für das interessante Gespräch. ■

Contra II

„Ein sozialpsychologischer Großversuch“

Sind die mit dem Grundeinkommen einhergehenden Hoffnungen auf ein entspanntes Leben und auf eine menschlichere Gesellschaft realistisch? Oder drohen Schwierigkeiten, Risiken und Nebenwirkungen, die weit unterschätzt werden?

Interview mit Bernhard Suttner

ÖkologiePolitik: Herr Suttner, warum sind Sie gegen ein Grundeinkommen?

Bernhard Suttner: Es mag an meinem Alter liegen, dass ich hier skeptisch bin. Ich bin nicht davon

henden sozialpsychologischen und ökonomischen Strukturen. An die umfassende Problemlösung des bedingungslosen Grundeinkommens glaube ich nicht. Es lohnt sich weiterhin, kreativ-vielfältig für human-

cherlich ein bezahltes Sabbatjahr für alle Menschen nach etwa zehn Jahren Berufstätigkeit mit einem garantierten Rückkehrrecht in das bestehende Arbeitsverhältnis. Um die Umstrukturierungen, ohne die eine ökologische Wende nicht machbar ist, human zu gestalten, brauchen wir erhebliche Mittel für die soziale Absicherung und die Umschulung vieler Menschen. Vor allem von Kohleabbau und Kohleverbrennung „leben“ aktuell noch ganze Regionen – für die braucht es Perspektiven für die Zeit während und nach dem Kohleausstieg. Ein anderes großes Umweltproblem ist der motorisierte Individualverkehr. Der ließe sich durch einen kostenlosen ÖPNV deutlich reduzieren, was gleichzeitig auch das Menschenrecht auf Mobilität für arme

„Ich bin nicht davon überzeugt, dass sich die Vielzahl gesellschaftlicher und individueller Probleme durch eine einzige Maßnahme so einfach lösen lässt.“

überzeugt, dass sich die Vielzahl gesellschaftlicher und individueller Probleme durch eine einzige Maßnahme so einfach lösen lässt. Mich wundert die Karriere der Idee. Und mich wundert noch mehr, dass andere Ideen mit weniger riskanten Eingriffen in die über Jahrtausende gewachsenen Grundstrukturen menschlichen Verhaltens – Selbstverantwortung! Leistungsprinzip! – weit weniger Begeisterung auslösen. Die Forderung nach Bezahlung von tatsächlich geleisteter familiärer Sorge-Arbeit wird ja sogar manchmal geradezu aggressiv bekämpft.

Was schlagen Sie stattdessen vor?

Ich plädiere für ein kreatives Paket ökologisch wirksamer Sozialmaßnahmen innerhalb der beste-

ökologische Besserungen einzutreten, aber wir sollten uns nicht auf eine einzige Idee versteifen.

Welche Maßnahmen wären das?

Wer unbedingt bedingungslos Geld unter die Leute bringen will, sollte ein Startkapital für

„Es geht um die Frage: Lässt sich menschliche Gesellschaft ohne Leistungsanreize denken und organisieren?“

jede legal im Land lebende Person erwägen: eine erste Rate bei Volljährigkeit, weitere Raten nach Abschluss einer Ausbildung und bei der Familiengründung. Für ein „gutes Leben“ förderlich wäre si-

Menschen sicherstellt. Oder nehmen wir die Landwirtschaft: Deren Industrialisierung ist ökologisch und global-sozial hochproblematisch, deshalb sollte sie auf ökologische Arbeitsweise umgestellt wer-

den – um die Umwelt zu schonen, die Nahrungsqualität zu steigern und die Überschussexporte in Entwicklungsländer zu senken. Dafür brauchen die Landwirte finanzielle Anreize und langfristige Existenzsi-

Euro pro Jahr, nach Abzug der dadurch wegfallenden Sozialleistungen und Bürokratiekosten immer noch gut 500 Mrd. Euro. Das ist ein zweiter Bundeshaushalt! Ein zweiter Bundeshaushalt lässt sich nicht mit

„Ein zweiter Bundeshaushalt lässt sich nicht mit einer höheren Energiesteuer und durch die Einführung einer Finanztransaktionssteuer herbeizaubern.“

cherungsverträge. Und wenn wir die weltweite Armut reduzieren wollen, braucht es einen globalen Mindestlohn von 1,50 US-Dollar pro Stunde in allen Ländern, die am Weltmarkt teilnehmen. Diese Forderung lässt sich über Fair-Handelsabkommen durchsetzen. Mehr Verteilungsgerechtigkeit bedeutet immer auch mehr Frieden! Dieser humanökologische Ideenkatalog lässt sich bestimmt noch um viele weitere sinnvolle Maßnahmen erweitern. Allen diesen Maßnahmen gemeinsam ist: Sie hätten klar definierte sozial-ökologische Wirkungen und setzen nicht auf hoffentlich eintretende positive Verhaltensweisen oder gar auf einen „neuen Menschen“.

Schließt das eine das andere aus? Warum nicht die eben skizzierten Maßnahmen und ein Grundeinkommen realisieren?

Wünschen kann man sich viel, aber alle Maßnahmen müssen ja auch irgendwie finanziert werden. Zwar wären alle meine Vorschläge durchaus kostenintensiv, aber keiner, ja, nicht einmal alle zusammen würden einen weiteren Bundeshaushalt beanspruchen, wie das beim Grundeinkommen der Fall wäre. Man sollte sich vor Augen halten: Ein Grundeinkommen in Deutschland braucht 800 Mrd.

einer höheren Energiesteuer und durch die Einführung einer Finanztransaktionssteuer herbeizaubern! Wo soll das Geld herkommen?

Mal angenommen, es fände sich eine überzeugende Lösung für die Finanzierung. Wären Sie dann für ein Grundeinkommen?

Wohl eher nicht. Ich halte das Grundeinkommen für einen sozialpsychologischen Großversuch. Es geht um die Frage: Lässt sich menschliche Gesellschaft nicht doch ohne Leistungsanreize denken und organisieren? Die Befürworter der

„Sollten viele Menschen auf sinnvoll-selbstwirksame Tätigkeit verzichten, hätten wir eine dramatische Veränderung unserer Kultur in Richtung ‚Brot und Spiele‘.“

Grundeinkommensidee nehmen optimistisch an, dass sich die Menschen immer Erfahrungen positiver Selbstwirksamkeit suchen und verschaffen werden, selbst wenn der Notwendigkeitsimpuls der alltäglichen Daseinssicherung weggefallen ist. Das ist eine riskante Annahme. Sie wird auf einen Teil der Menschen ganz bestimmt zutreffen. Ein anderer Teil wird womöglich auf sinnvoll-



Bernhard Suttner, Jahrgang 1949, studierte Politikwissenschaft, Pädagogik sowie Christliche Gesellschaftswissenschaften und arbeitete anschließend als freiberuflicher Referent in der Erwachsenenbildung. 1978 gehörte er zu den Gründern der „Grüne Aktion Zukunft“, verließ diese 1980 wieder und gründete 1982 die ÖDP mit. Von 1991 bis 2011 war er Landesvorsitzender der ÖDP Bayern. Seit 2011 ist er ihr Fachbeauftragter für Grundsatzfragen.

BuESuttner@aol.com

selbstwirksame Tätigkeit verzichten. Sollte dieser Teil groß oder sehr groß sein, hätten wir eine dramatische

Veränderung unserer Kultur in Richtung „Brot und Spiele“ zu erwarten. „Brot und Spiele“ war die Forderung des Volkes in der verfallenden römischen Republik. „Brot und Spiele“ hieß auch das Programm der römischen Macht-Elite, mit dem man die Beteiligung des Volkes an den Entscheidungen verhinderte!

Herr Suttner, herzlichen Dank für das interessante Gespräch! ■

Contra III

„Dass es zu wenig Arbeit gibt, ist ein Märchen“

Ist die Einführung eines Grundeinkommens sinnvoll, wenn gleichzeitig viele wichtige gesellschaftliche Aufgaben nur schlecht bezahlt oder gar nicht erledigt werden? Wie würde sich die Situation dadurch verändern?

Interview mit Dr. Johannes Resch

ÖkologiePolitik: Herr Dr. Resch, warum sind Sie gegen ein Grundeinkommen?

Dr. Johannes Resch: Ein Grundeinkommen lehne ich nicht grundsätzlich ab. Ich befürworte es sogar als Leistung für Kinder. Sie sollen spielen und lernen und nicht zu

wichtige Arbeit unbezahlt ist. Ich denke da in erster Linie an die Erziehungsarbeit der Eltern, die – knapp gerechnet – rund 25 % der gesamten gesellschaftlich relevanten Arbeit ausmacht. Es gibt aber auch an vielen Schulen Lehrermangel; die Polizei ist überlastet; Alte und Kran-

Ehegattensplittings, des Kindergelds, des Elterngelds sowie zu 25 % durch höhere Verbrauchsteuern finanziert würde, dann blieben bei einer Familie mit zwei Elternteilen, drei Kindern im Alter von 0, 2 und 4 Jahren sowie einem Durchschnittsverdienst in Höhe von 32.600 Euro brutto von diesem Grundeinkommen letztlich für die ganze Familie pro Monat 851 Euro übrig. Die Ganztagsarbeit eines Elternteils wird also geringer bewertet als die Nichtarbeit des Nachbarn, der 1.000 Euro erhält. Die Familie muss mit ihren Steuern den in der Sonne

„Das Problem liegt in der falschen Gewichtung verschiedener Arbeit durch Überbewertung einerseits und Unterbewertung andererseits.“

ihrem Unterhalt beitragen müssen. Unter ursprünglichen Bedingungen sind Kinder nicht zuletzt eine Investition zur Alterssicherung der eigenen Eltern. Deshalb waren sie Privatsache und wurden von den Eltern finanziert. Heute sind Kinder aufgrund des Umlageverfahrens die Grundlage der Alterssicherung für die ganze Gesellschaft, einschließlich der hohen Krankheits- und Pflegekosten. Deshalb ist ein staatlich finanziertes Grundeinkommen für Kinder und in Ausbildung befindliche junge Erwachsene durchaus sachgerecht.

Aber was halten Sie nun von einem Grundeinkommen für alle Erwachsene?

Diese Frage sollte nicht gestellt werden, solange gesellschaftlich

ke werden oft nur mehr schlecht als recht versorgt. Hier für Abhilfe zu sorgen, ist wichtiger, als ein Grundeinkommen einzuführen.

Wird durch ein Grundeinkommen nicht auch die Erziehungsarbeit anerkannt?

Nein! Es ist psychologisch ein großer Unterschied, ob eine Leistung honoriert wird oder ob eine Zahlung bedingungslos erfolgt. Und es ist auch ein großer Unterschied, ob 68 Mio. Erwachsene ein Grundeinkommen erhalten oder 14 Mio. Eltern, die halb- oder ganztags Erziehungsarbeit leisten. Wenn jeder Erwachsene 1.000 Euro und jedes Kind 500 Euro Grundeinkommen pro Monat erhielten und dieses teilweise durch Wegfall der steuerlichen Grundfreibeträge, des

sitzenden Nachbarn alimentieren: eine schreiende Ungerechtigkeit und ein verheerendes Signal an alle potenziellen jungen Eltern.

Wird ein Grundeinkommen nicht aufgrund der zahlreichen Arbeits-

plätze, die durch Automatisierung und Digitalisierung verloren gehen, notwendig? Der Wegfall von Arbeitsplätzen in Industrie und Verwaltung ist eine Riesenchance, denn es werden dann ja die Arbeitskräfte frei,

Dadurch sind Eltern und Kinder in unserer Gesellschaft immer die Dummen – und das doppelt. Sie können weniger Kapital bilden und Kapitaleinkünfte erzielen, weil Kinder Geld kosten, und die späteren Rentenbeiträge ihrer Kinder kom-

„Die Wertschöpfung aus der Erziehungsarbeit wurde sachwidrig an Erwerbsarbeit gebunden.“

plätzen, die durch Automatisierung und Digitalisierung verloren gehen, notwendig?

Der Wegfall von Arbeitsplätzen in Industrie und Verwaltung ist eine Riesenchance, denn es werden dann ja die Arbeitskräfte frei,

„Diese leistungsfeindliche Fehlkonstruktion würde durch ein Grundeinkommen noch weiter verschlimmert.“

die wir dringend zur Vermenschlichung unserer Gesellschaft im Erziehungs-, Bildungs- und Pflegebereich in und außerhalb der Familie brauchen. Dass es zu wenig Arbeit gibt, ist ein Märchen. Das Problem liegt in der falschen Gewichtung verschiedener Arbeit durch Überbewertung einerseits und Unterbewertung andererseits. Die Wertschöpfung aus der elterlichen Erziehungsarbeit wurde sachwidrig an Erwerbsarbeit gebunden. Diese wird seitdem doppelt bezahlt – durch Lohn und Rente – und umgekehrt die Erziehungsarbeit der Eltern fast gar nicht mehr. Diese leistungsfeindliche Fehlkonstruktion würde durch ein Grundeinkommen noch weiter verschlimmert. Helmut Kohls Slogan „Leistung muss sich wieder lohnen“ ist richtig, wird aber bisher immer extrem einseitig und ungerecht interpretiert: Kapitalgewinn wird höher bewertet als Erwerbslohn und mit niedrigeren Steuern belohnt. Und die Erwerbsarbeit wird höher bewertet als die Erziehungsarbeit und mit höheren Renten belohnt.

men vor allem denjenigen zugute, die selbst keine Kinder haben. Genau besehen ist unser neoliberal und scheinsozial geprägtes System ein Fahrplan zur Zerstörung der Familie und damit letztlich der ganzen Gesellschaft. Wir brauchen

„Wir brauchen mehr leistungsbezogene Bezahlung statt weniger – allerdings mit einer anderen, gerechteren Bewertung von Leistung.“

deshalb mehr leistungsbezogene Bezahlung statt weniger – allerdings mit einer anderen, gerechteren Bewertung von Leistung.

Wie kam es dazu, dass der Leistungsbegriff derart missbraucht und pervertiert wurde?

Das liegt sicherlich auch daran, dass Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Vergangenheit von Männern



Dr. Johannes Resch, Jahrgang 1940, studierte Medizin und war in seiner Berufslaufbahn unter anderem zwei Jahrzehnte als leitender Arzt bei einem Versorgungsamt tätig. In die ÖDP trat er 1996 ein, arbeitet seither in ihrem „Bundesarbeitskreis Familie und Soziales“ mit und ist seit 2009 ihr Sprecher. Von 1998 bis 2012 war er Mitglied der ÖDP-Bundesprogrammkommission und von 2006 bis 2010 ihr Sprecher.

www.johannes-resch.de

bestimmt wurden, die mehr vom Kapitaleinsatz und von der Erwerbsarbeit her denken. Die meist von Frauen geleistete Erziehungsarbeit erschien ihnen nicht so wichtig. Das war und ist jedoch ein verhängnisvoller Irrtum. Heute prägen

zwar auch Frauen die Sozialpolitik; bei genauerem Hinsehen zeigt sich aber, dass viele von ihnen kein oder nur ein Kind haben. Aufgrund ihrer persönlichen Lebensverhältnisse haben sie dann oft die Denkweise der Männer übernommen – und damit auch deren Denkfehler.

Herr Dr. Resch, herzlichen Dank für das interessante Gespräch. ■

Contra IV

„Die soziale Unwucht wäre nicht beseitigt“

Ist ein Grundeinkommen gerecht? Welchen Einfluss hätte es auf die soziale Struktur unserer Gesellschaft? Würde sich die immer weiter fortschreitende Spaltung unserer Gesellschaft in Arm und Reich dadurch abschwächen oder gar umkehren?

Interview mit Prof. Dr. Christoph Butterwegge

ÖkologiePolitik: Herr Prof. Butterwegge, warum sind Sie gegen ein Grundeinkommen?

Prof. Dr. Christoph Butterwegge: Weil es die seit dem 19. Jahrhundert mühsam aufgebaute Sozialstaatlichkeit auf einen Schlag zerstören würde. Und weil es schlicht und

nachgehen. An den bestehenden Eigentums-, Macht- und Herrschaftsverhältnissen sowie der sich vertiefenden Kluft zwischen Arm und Reich würde sich überhaupt nichts ändern.

Kommt es nicht darauf an, wie ein Grundeinkommen finanziert wird?

„Sozialpolitik nach dem Gießkannenprinzip schafft nicht mehr soziale Gerechtigkeit.“

einfach unfair ist, wenn ein Milliardär dieselbe Summe ausgezahlt bekommt wie ein Müllwerker. Sozialpolitik nach dem Gießkannenprinzip schafft nicht mehr soziale Gerechtigkeit. Vielmehr sollte Gleiches gleich und Ungleiches ungleich behandelt werden. Würde der Staat allen Bürgern 1.000 Euro zahlen, kostet das pro Jahr 1 Billion Euro, dreimal so viel wie der Bundeshaushalt. Trotzdem verschwände weder die relative Armut noch die soziale Ausgrenzung. Die von der EU bei 60% des mittleren Einkommens angesetzte Armutsschwelle würde sich nur geringfügig nach oben verschieben und das Preisniveau steigen. Wer nicht armutsnah leben will, müsste trotz Bezug des Grundeinkommens einer Erwerbsarbeit

Die enorme Ungleichheit würde nur dann verringert, wenn man das Grundeinkommen über Gewinn- oder Vermögensteuern finanziert, was kaum zu erwarten ist. Im Gegenteil: Götz Werner, Gründer der dm-Drogeriemarktkette und prominenter Befürworter eines

„An der sich vertiefenden Kluft zwischen Arm und Reich würde sich überhaupt nichts ändern.“

Grundeinkommens, möchte sämtliche Steuerarten abschaffen, die Großunternehmer wie er zahlen müssen: die Reichensteuer, die Gewerbesteuer und die Körperschaftsteuer, also die Einkommensteuer der Kapitalgesellschaften. Refinan-

zieren möchte Werner das Grundeinkommen durch eine drastische Erhöhung der Mehrwertsteuer. Diese träge besonders kinderreiche Familien, Geringverdiener und Transferleistungsbezieher, die praktisch ihr gesamtes Einkommen für die Alltagsnotwendigkeiten ausgeben müssen.

Was wäre, wenn das Grundeinkommen komplett über Abgaben auf Ressourcenverbrauch und Umweltverschmutzung finanziert würde?

Dadurch wäre die soziale Unwucht nicht beseitigt. Ich trete zwar für eine sozialökologische Transformation der Industriegesellschaft ein, doch die dafür notwendigen Reformen dürfen nicht auf dem Rücken der Armen stattfinden.

Wenn der finanzielle Druck zum Geldverdienen sinkt, müssen dann

die Arbeitgeber nicht höhere Löhne zahlen, um für Arbeitnehmer attraktiv zu sein?

Nein. Es ist kein Zufall, dass namhafte Unternehmer und Spitzenmanager großer Konzerne zu den Verfechtern eines Grundein-



Prof. Dr. Christoph Butterwegge, Jahrgang 1951, studierte Sozial- und Rechtswissenschaften, Psychologie und Philosophie. Nach beruflichen Stationen an verschiedenen Hochschulen war er von 1998 bis 2016 Professor für Politikwissenschaft an der Universität zu Köln. Er veröffentlichte zahlreiche Artikel und Bücher über Armut, Sozialstaatlichkeit, Neoliberalismus und Rechtsextremismus. Bei der Bundespräsidentenwahl 2017 war er Kandidat der Linken.

www.christophbutterwegge.de

kommens gehören. Denn sie wären die Hauptprofiteure. Die Arbeitnehmer hingegen hätten weniger Rechte als bisher und Gewerkschaften könnten keine Gegenmacht mehr entwickeln, zumal alle übrigen Sozialleistungen aus Kostengründen abgeschafft und alle sozialpolitisch motivierten Regulierungen des Arbeitsmarktes gestrichen würden. Wahrscheinlich gäbe es keinen Kündigungsschutz, keine Flächentarifverträge und keinen Mindestlohn mehr. In der Folge würde das Lohn- und Gehaltsniveau eher sinken als steigen, fürchte ich. Das bedingungslose Grundeinkommen wäre gewissermaßen ein Kombilohn für alle Bürger, so wie Hartz IV ein Kombilohn für 1,2 Mio. Aufstocker ist.

Sinken würde jedoch der staatliche Verwaltungsaufwand.

Ein „Minimalstaat“ ist einer der großen Wünsche der Neoliberalen, die in der sozialen Gerechtigkeit nur ein Hirngespinnst sehen. Soziale Gerechtigkeit benötigt indes einen starken Sozialstaat, der Hilfebürftige finanziell unterstützt, nicht aber Wohlhabende. Um zwischen diesen beiden Gruppen differenzieren zu können, bedarf es einer leistungsfähigen Bürokratie, die rational und unvoreingenommen auf der Basis entsprechender Gesetze entscheidet. Ohne staatliche Bürokratie gibt es keine Bedarfsgerechtigkeit. Würde ein Grundeinkommen eingeführt, dann hätten die Neoliberalen ihr Hauptziel erreicht: die Zerschlagung des Sozialstaates.

Was schlagen Sie anstelle eines Grundeinkommens vor?

Statt unser jahrzehntelang bewährtes Sozialsystem zu zerstören, sollten wir seine Vorzüge bewahren und es zu einer allgemeinen, einheitlichen und solidarischen Bürgerversicherung weiterentwickeln.

„Die enorme Ungleichheit würde nur dann verringert, wenn man das Grundeinkommen über Gewinn- oder Vermögensteuern finanziert.“

„Allgemein“ bedeutet, dass die Bürgerversicherung sämtliche Sozialversicherungszweige übergreift. „Einheitlich“, dass es keine mit ihr konkurrierenden Versicherungssysteme gibt. „Solidarisch“, dass zwischen ökonomisch unterschiedlich Leistungsfähigen für einen sozialen Ausgleich gesorgt wird. Die Beiträge sollten nicht nur auf Löhne und Gehälter erhoben werden, sondern auf alle Einkommensarten, also auch Zinserträge, Dividenden, Tantiemen und Mieterlöse. Nach oben darf es

BUCHTIPP

Christoph Butterwegge
Armut
PapyRossa,
Oktober 2016
131 Seiten,
9,90 Euro
978-3-89438-625-2



weder eine Beitragsbemessung noch eine Versicherungspflichtgrenze geben, die es Gutverdienern erlauben würde, in exklusive Versicherungssysteme auszuweichen und sich so der Verantwortung für Finanzschwächere teilweise oder ganz zu entziehen. „Bürger“ bedeutet, dass alle Wohnbürger aufgenommen werden müssen, unabhängig davon, ob sie erwerbstätig sind oder nicht. Durch die Aufnahme von bisher nicht einbezogenen ökonomisch leistungsstarken Berufs-

gruppen wie Selbstständigen, Freiberuflern, Beamten, Abgeordneten und Ministern würde die Bürgerversicherung auf ein solides finanzielles Fundament gestellt. Mit einer Wertschöpfungsabgabe – auch „Maschinensteuer“ genannt – würden sich zudem eine ausgewogenere Belastung der Unternehmen und ein positiver Beschäftigungseffekt erzielen lassen.

Herr Prof. Butterwegge, herzlichen Dank für das interessante Gespräch.

Contra V

„Neoliberale Fehlentwicklungen würden *bleiben*“

Ist ein Grundeinkommen die schlüssige Antwort auf das Verschwinden der Arbeit durch Digitalisierung und Automatisierung? Oder verschwindet die Arbeit aus ganz anderen Gründen, auf die mit ganz anderen Maßnahmen zu antworten wäre?

Interview mit Gerd Zeitler

ÖkologiePolitik: Herr Zeitler, warum sind Sie gegen ein Grundeinkommen?

Gerd Zeitler: Weil die Idee des Grundeinkommens von einem falschen Wirtschaftsverständnis aus-

ab und trägt nichts zu ihrer Korrektur bei. Im Gegenteil: Es würde die Entsolidarisierung legitimieren, weil sich dann jeder ohne Not vom noch arbeitenden Teil der Ge-

Grundlage für den Verdrängungswettbewerb, der auf offenen globalen Märkten ausgetragen wird. Dieser Wettbewerb, den auch Deutschland bewusst anheizt – Stichwort: Exportweltmeister –, zwingt uns, unsere Produktionskosten mittels Zentralisierung der wirtschaftlichen Strukturen sowie sinkender Löhne, Sozial- und Umweltstandards einem Weltniveau anzupassen, das von Ländern vorgegeben wird, die das skrupelloseste Dumping betreiben. Indem die Unternehmen einen Teil ihrer Kosten auf Gesellschaft und Umwelt abwälzen, erzeugen sie eine Scheinproduktivität, die das Ausmaß der gesellschaftlichen und ökologischen Beschädigungen verdeckt. In diesem Prozess werden lokale und regionale Wirtschaftsstrukturen zunehmend zerstört. Unterbeschäftigung, Arbeitslosigkeit und Ungleichverteilung

„Der Rückgang existenzsichernder Arbeitsplätze ist das Ergebnis unseres neoliberalen Wirtschaftssystems, das sich von der Maxime gesellschaftlicher Wohlfahrt verabschiedet hat.“

geht. Die Befürworter meinen, die klassische Erwerbsarbeit für alle sei ein Auslaufmodell, weil menschliche Arbeit immer mehr durch Digitalisierung und Automatisierung ersetzt wird. Diese Annahme ist aber falsch. Denn der Rückgang existenzsichernder Arbeitsplätze ist das Ergebnis unseres neoliberalen Wirtschaftssystems, eines Systems, das sich von der Maxime gesellschaftlicher Wohlfahrt verabschiedet hat. Diese Entwicklung ist nicht „alternativlos“, wie gerne suggeriert wird, sondern wird von dem entfesselten Expansions- und Gewinnstreben einer einflussreichen industriellen Minderheit angetrieben – auf Kosten der großen Mehrheit und der Umwelt. Die Forderung nach einem Grundeinkommen lenkt von dieser Fehlentwicklung

sellschaft aushalten lassen könnte, ohne selbst einen Beitrag zu leisten. Besonders für die nachwachsende Generation wäre das ein fatales Signal. Vor allem aber würde es den Willen zur Veränderung lähmen und damit das bestehende System stabilisieren.

Was läuft denn eigentlich genau falsch in unserer Wirtschaftspolitik?

„Die Forderung nach einem Grundeinkommen lenkt von dieser Fehlentwicklung ab und trägt nichts zu ihrer Korrektur bei.“

Die industriellen Akteure sind sehr erfolgreich darin, ihre Doktrin der Deregulierung zu verbreiten, die sie beschönigend als „Liberalisierung“ bezeichnen. Das ist die

nehmen zu, Steueraufkommen und Kaufkraft sinken. Die Volkswirtschaft gerät in eine Abwärtsspirale. Ein Gleichgewicht aus Produktivität, Löhnen und Kaufkraft existiert



Gerd Zeitler, Jahrgang 1940, gestaltete nach dem Ingenieurstudium mehrere Jahrzehnte internationale Unternehmensallianzen mit und war als Dozent für Strategisches Unternehmens- und Technologiemanagement tätig. Seit den 1990er-Jahren analysiert er die neoliberale Wirtschaftstheorie. 2006 veröffentlichte er darüber sein Buch „Der Freihandelskrieg“ und seit 2008 im Internet sein „Kompendium der sozialökologischen Ökonomik“.

<https://gerdzeitler.wordpress.com>

nicht mehr: Bei steigender Produktivität lässt sich die Gleichverteilung des sinkenden Arbeitsvolumens nicht mehr durch Arbeitszeitverkürzungen aufrechterhalten und die Wirtschaftskreisläufe lassen sich nicht mehr durch Lohnerhöhungen stabilisieren. Ich nenne diese Entwicklung einen „neoliberalen Teufelskreis“. Wie jeder im Alltag beobachten kann, gibt es einerseits einen massenhaften Anstieg erzwungener Untätigkeit, andererseits können zahllose Arbeiten von hoher sozialer und ökologischer Bedeutung nicht mehr oder nur noch zu Dumpinglöhnen erledigt werden, weil sie aus öffentlichen Kassen nicht finanzierbar und privatwirtschaftlich unrentabel sind.

Entstünde bei einem Ausstieg aus dem „neoliberalen Teufelskreis“ Vollbeschäftigung?

Ja, wenn bei sozialökologischer Regelung und Steuerung zwei Voraussetzungen erfüllt wären: Die produktiven Unterschiede von Handelspartnern müssten primär durch Wechselkurse neutralisiert und die

partner ihre Importe dazu nutzen, ihre innovativen und produktiven Fähigkeiten im Binnenwettbewerb konstruktiv zu stimulieren. Der Welthandel könnte qualitatives Wachstum und Fortschritt induzie-

„Zahllose Arbeiten von hoher sozialer und ökologischer Bedeutung können nicht mehr oder nur noch zu Dumpinglöhnen erledigt werden.“

binnenwirtschaftliche Wertschöpfung zwecks allgemeiner Teilnahme und Teilhabe dezentralisiert werden. Dann wären sowohl ein allseits gewinnbringender Welthandel als auch eine leistungsgerechte Gleichverteilung von Arbeitsvolumen und Einkommen unter der Erwerbsbevölkerung ermöglicht. Produktivitätszuwächse ließen sich grundsätzlich für steigende Löhne oder für kürzere Arbeitszeiten nutzen, wären also beschäftigungsneutral. Mittels autonomer Steuerung könnten die wirtschaftlichen Kreisläufe immer wieder in ein Gleich-

ren und wäre zudem für alle Länder gewinnbringend. Im Innern müssten die Unternehmen durch eine dynamische Besteuerung nach dem Kriterium der produktionstechnischen Möglichkeiten laufend in dezentrale Strukturen gezwungen werden.

Was wäre, wenn das Grundeinkommen komplett über Abgaben auf Ressourcenverbrauch und Umweltverschmutzung finanziert würde?

Ich denke, diese beiden Dinge haben nichts miteinander zu tun und wir sollten sie völlig getrennt voneinander betrachten und bewer-

„Das unsolidarische Verhalten, zu dem ein Grundeinkommen ermuntert, würde seine zersetzende Wirkung auch durch eine ökologisch sinnvolle Finanzierung nicht verlieren.“

gewicht aus Produktivität, Löhnen und Kaufkraft gebracht werden.

Welche konkreten Maßnahmen sind denn am wichtigsten, um dem „neoliberalen Teufelskreis“ zu entkommen?

Die Wechselkurse müssten in bilateralen Handelsverträgen vereinbart und durch gegenseitig zugestandene Autonomie für Importzölle und Handelskontingente ergänzt werden. Damit könnten Handels-

ten. Das unsolidarische Verhalten, zu dem ein Grundeinkommen ermuntert, würde seine zersetzende Wirkung auch durch eine ökologisch sinnvolle Finanzierung nicht verlieren. Ökologische Abgaben sind aber natürlich absolut notwendig, damit sich unsere Marktwirtschaft zu einer sozialökologischen Marktwirtschaft entwickelt.

Herr Zeitler, herzlichen Dank für das interessante Gespräch. ■

Forschungsprojekt „Steuergerechtigkeit und Armut“

Wir verschenken Milliarden

Welche Auswirkungen hat der Steuerwettbewerb auf verschiedene Staaten? Dies wurde von einem Forschungsprojekt für Deutschland, für Kenia und für Sambia untersucht. Die Ergebnisse für Deutschland fasst ein kürzlich erschienen Buch zusammen. Es enthält darüber hinaus eine ethische Bewertung der Situation sowie konkrete Veränderungsvorschläge.

von Dr. Jörg Alt SJ

Das Forschungsprojekt „Steuergerechtigkeit und Armut“ untersuchte, inwieweit Entwicklungen im Steuerbereich zu wachsender Ungleichheit und Schiefen beitragen bzw. diese aufrechterhalten – national und international. In Deutschland wurde sie durchgeführt mit einem Schwerpunkt auf Bayern, unterstützt von den Bayerischen Staatsministerien für Finanzen, Inneres und Justiz. Kern der Datensammlung sind Interviews mit 23 offiziell benannten und 62 informellen Gesprächspartnern.

Situation

Es herrscht weitgehender Konsens, dass die Vermögensungleichheit in Deutschland zu den höchsten

Umverteilungswirkung der Sozialsysteme ebenso abnimmt wie die soziale Mobilität, d.h. die Geburt eines Kindes bestimmt zunehmend

seinen Platz in der Gesellschaft. Entwicklungen im Steuerrecht während der letzten 20 Jahre sind mitverantwortlich für die Zunahme des Wohlstandsgefälles, da sie Großverdiener und Vermögende überproportional entlastete. Die Steuerlast verschob sich von der direkten zur indirekten Besteuerung, die vor allem niedrige und mittlere

Niedrigsteuergelände ausweichen würden.

Bayern befördert den Steuerwettbewerb, indem es mehr Gestaltungsraum für die Bundesländer fordert, etwa bei der Erbschaft- und Schenkungsteuer, Grundsteuer oder Einkommensteuer.

Die Steuerverwaltung steht unter vielfachem Druck, etwa durch zunehmende nationale und internationale Komplexität im Steuerrecht, durch „haushaltsrechtliche Sparvorgaben“ oder durch wachsende Computerisierung. Dies, sowie die starke Zuwanderung von Einwohnern und Betrieben, stellt Mitarbeiter der Bayerischen Steuerverwaltung vor große Probleme: Die Bearbeitungszeit pro Steuerfall nimmt ab, der Druck zur Abarbeitung der Fälle nimmt zu. Dies

Die Steuerlast verschob sich von der direkten zur indirekten Besteuerung, die niedrige und mittlere Einkommen überproportional belastet.

geht auf Kosten der Gründlichkeit, führt zu Steuerausfällen und einem überdurchschnittlichen Krankenstand.

Weitere Computerisierung ist dabei keine Lösung: Unter „Praktikern“ der Steuerverwaltung und IT-Programmierung besteht Konsens, dass auf absehbare Zeit kein Computer gut ausgebildete und erfahrene Mitarbeiter und deren „Bauchgefühl“ ersetzen kann.

Zwar werden in Bayern inzwischen Neueinstellungen vorgenommen, es ist aber zwischen Regierung, Personalvertretung und Gewerkschaften hoch umstritten, ob diese Neueinstellungen ausreichend sind. Selbst der oberste Kassenwart, der Bayerische Oberste Rechnungshof, „hält es für erforderlich, den Per-

sonalmangel in den Finanzämtern entschiedener anzugehen. (...) Hier wird an der falschen Stelle gespart. Mit mehr Mitarbeitern würden weitaus mehr Steuern eingenommen, als das zusätzliche Personal

Bayern befördert den Steuerwettbewerb, indem es mehr Gestaltungsraum für die Bundesländer fordert.

kosten würde“ (Jahresbericht 2014).

Dass hier nicht entschiedener vorgegangen wird, bestätigt die (allerdings nur inoffiziell) vorgetragene These, dass in Bayern auch die Steuerverwaltung ein „Asset“ im Standort- und Steuerwettbewerb ist.

Die Tatsache, dass Steuerverwaltungen wichtige Informationen zu aggressiver Steuervermeidung und Steuerhinterziehung privater, betrieblicher und krimineller Vermögensinhaber nur aufgrund von Datenlecks erhalten haben, legt den Finger sodann auf internationale und strukturelle Defizite: Daten-CDs, Luxemburg Leaks oder Panama Papers enthüllen ein riesiges Ausmaß an Geldbewegungen, die heutzutage unter Einbeziehung von Steuerparadiesen der Kontrolle staatlicher und demokratischer Institutionen entzogen sind.

Der Ausdruck „illicit“ bezeichnet nicht nur eindeutig kriminelle und illegale Geldflüsse, sondern umfasst auch jene rechtlichen Grauzonen, die Behörden den Nachweis erschweren, ob etwa bestimmte Offshore-Konstrukte vielleicht dem Buchstaben, aber nicht mehr dem „Geist“ der Gesetze und der Absicht des Gesetzgebers entsprechen. Gewiefte Steuerfirmen und erst recht Betrüger wissen, dass Verwaltungen kaum Ressourcen für diese Prüfungen haben, und

richten ihre auf den ersten Blick legal aussehenden „Angebote“ daraufhin aus.

Hinzu kommt, dass die Steuerverwaltung aufgrund ihres Einblicks in die Unterlagen von Perso-

nen und Firmen im Prinzip bestens aufgestellt ist, anderen Straftaten wie z.B. Bestechung, Kapitalflucht oder Geldwäsche auf die Spur zu kommen. Das Forschungsprojekt hat jedoch nicht den Eindruck, dass hier liegendes Potenzial angemessen ausgeschöpft wird. Gesprächspartner meinen, dass dies politisch gewollt oder zumindest toleriert ist: Deutschland ist Zielland solcher Gelder und profitiert entsprechend.

Schließlich sind Schattenwirtschaft und Schwarzarbeit für milliardenschwere Verluste an Steuern und Sozialabgaben sowohl im In-

Die Bearbeitungszeit pro Steuerfall nimmt ab, der Druck zur Abarbeitung zu. Dies geht auf Kosten der Gründlichkeit.

auch Ausland verantwortlich. Die Täterstruktur hier ist sehr vielschichtig und weitgespannt: Der „einfache Bürger“, der „Brutto gleich Netto“ etwas dazuerdienen möchte, ist ebenso anzutreffen, wie der gerissene Bauunternehmer, der über Subunternehmerketten „illegale“ ausländische Billigstlöhner beschäftigt. Auch hier bestehen aufgrund rechtlicher Komplexitäten, etwa Missbrauchsmöglichkeiten im legalen Niedriglohnsektor, zahlreiche Ver-

BUCHTIPP

Jörg Alt
Wir verschenken Milliarden

Erkenntnisse des Forschungsprojekts „Steuergerechtigkeit und Armut“
Echter, Oktober 2016
208 Seiten, 16,80 Euro
978-3-429-03961-5



Jörg Alt, Patrick Zoll
(Hrsg.)

Wer hat, dem wird gegeben?

Besteuerung von Reichtum: Argumente, Probleme, Alternativen
Echter, April 2016
200 Seiten, 16,80 Euro
978-3-429-03913-4



schleierungsmöglichkeiten, die Behörden Ermittlungen erschweren. Behördenvertreter geben zu, dass sie bestenfalls an der Spitze des Eisbergs

weltweit gehört, dass Erbschaften und Schenkungen maßgeblich an der hohen Vermögenskonzentration beteiligt sind und dass die

Einkommen überproportional belastet. All dies wird u.a. damit begründet, dass private und betriebliche Großvermögen andernfalls in

Ethische Bewertung

Deregulierung und die Mobilität von Kapital im Zuge der finanziellen Globalisierung ist ein Dreh- und Angelpunkt hinter den geschilderten Missständen. Hierauf reagierten die Staaten mit Standort- und Steu-

erwettbewerb, um private und betriebliche Vermögen von Abwanderung abzuhalten bzw. anzulocken. Dies wird zunehmend kritisiert, etwa vom früheren Bundesverfassungsrichter Paul Kirchhof: Die

Auch wenn die ethische Reflexion bezüglich „Steuergerechtigkeit“ noch am Anfang steht, so gibt es viele gute Gründe für direktprogressive statt indirekte bzw. Flat-Tax-Besteuerung, die Gleich-

Gewieftete Steuerfirmen und erst recht Betrüger wissen, dass Verwaltungen kaum Ressourcen für Prüfungen haben.

Konkurrenz von Staaten um unternehmerische Ansiedlungen und Investitionen ist kein Wettbewerb. (...) Diese Rechtfertigung gilt für den Sport, für politische Wahlen und für den wirtschaftlichen Markt, jedoch nicht für Staaten.... Das Bild

behandlung von Einkommen aus Kapital und Arbeit, die Ungleichbehandlung von Arbeitseinkommen und „fundierte“ Einkommen aus Vermögensbesitz, substantielle Erbschaft- und Schenkungsteuern sowie eine konsequentere Einbeziehung

Die Staaten reagierten mit Standort- und Steuerwettbewerb, um private und betriebliche Vermögen von Abwanderung abzuhalten bzw. anzulocken.

vom Steuerwettbewerb (verfehlt) die Wirklichkeit autonomer staatlicher Steuergesetzgebung. Dieser ‚Wettbewerb‘ führte in die Selbstaufgabe. Sein Ziel wäre erreicht mit einem Nullaufkommen, dem Tod des Finanzstaates.“

Das Forschungsprojekt lehnt eine marktkonforme Demokratie ab und befürwortet einen demokratiekonformen Markt, d.h. eine Rückkehr zur sozialen Marktwirtschaft im Sinne Ludwig Erhards. Es gilt, Monopole und Oligopole ebenso zu verhindern sowie eine Besteuerung nach Leistungsfähigkeit sicherzustellen, nach der Gleiches gleich und Ungleiches ungleich behandelt wird – letzteres Kriterien, nach denen auch eine staatliche Umverteilung ausgerichtet werden muss, wenn soziale Mobilität wieder in Gang kommen soll.

künftiger Generationen in aktuelle steuerpolitische Entscheidungen.

Empfehlungen

Natürlich gibt es auch andere Wege, Armut und Ungleichheit anzugehen. Allerdings haben diese diverse Nachteile oder egoistische „Hintergedanken“, was den pragmatischen Ansatz über die Wiederherstellung

einer fairen und angemessenen Besteuerung wieder in den Vordergrund rückt.

Wie der Steuerwettbewerb Dreh- und Angelpunkt hinter den geschluderten Missständen ist, hängt sub-

ONLINETIPPS

Interview mit Dr. Jörg Alt SJ
Steuergerechtigkeit und Entwicklungshilfe
weltkirche.katholisch.de,
17.10.2016
<http://tinyurl.com/jnhwhyq>

Jesuitenmission
Steuergerechtigkeit und Armut
Forschungsprojekt, seit 2013
www.taxjustice-and-poverty.org

Jesuitenmission
Steuer gegen Armut: Finanztransaktionssteuer
Kampagne, seit 2009
www.steuer-gegen-armut.org

stanzielle Verbesserung davon ab, ob Staaten in der Lage sein werden, ihre aktuelle Konkurrenz zugunsten einer konsequenten Kooperation aufzugeben. Dann können Steuerhinterziehung und andere Formen von Illicit Financial Flows effizient bekämpft werden. Dann können national und international Rechtsharmonisierung und -klärung angegangen werden. Dann wird man ernsthaft daran arbeiten, welche Offshore-Konstrukte und Finanzprodukte primär dem Gemeinwohl dienen und welche primär der Gemeinschaft schaden. Dann wird

Das Forschungsprojekt lehnt eine marktkonforme Demokratie ab und befürwortet einen demokratiekonformen Markt.

es zur Transparenz wirtschaftlich Letztbegünstigter hinter Briefkastenfirmer und zum Austausch entsprechender Daten kommen.

Dann wird grenzübergreifende Behördenarbeit vereinfacht, wobei

man aufgrund des Subsidiaritätsprinzips in Deutschland über Folgendes nachdenken sollte:

- Schaffung von Sondereinheiten für private und betriebliche Großvermögen und deren Ansiedlung beim Bundeszentralamt für Steuern
- Zentralisierung aller Einheiten, die mit finanziellen Straftaten wie Steuervergehen zu tun haben (Steuererfahrung, Polizei, Finanzkontrolle Schwarzarbeit ...), in einer Bundesfinanzpolizei

Ein weiteres großes Thema ist die Frage von „Ökosteuern“. Diese sollten nicht mehr länger als Randthema oder Verlegenheitslösung für andere Probleme (Senkung Lohnnebenkosten, zusätzliches Geld für Sozialkassen) gesehen werden, sondern in das Zentrum steuerpolitischer Gestaltung rücken. Ein wesentlicher Schritt vorwärts wäre

Substanzielle Verbesserung hängt davon ab, ob Staaten in der Lage sein werden, ihre Konkurrenz zugunsten einer konsequenten Kooperation aufzugeben.

etwa eine konsequente Reform des Mehrwertsteuersystems nach sozialen und ökologischen Kriterien.

Da zur gerechteren Konzernbesteuerung bereits viele Vorschläge auf dem Tisch liegen bzw. verhandelt werden, nachfolgend einige Vorschläge zur Wiederherstellung einer Besteuerung von Personen nach dem Prinzip der Leistungsfähigkeit:

- Gewährleistung der gleichen Transparenz aller „Steuersubjekte“ gegenüber den Steuerbehörden – national und international; bis dahin muss der Gesetzgeber „die Steuerehrlichkeit ... durch hinreichende, die steuerliche Belastungsgleichheit gewährleistende Kontrollmöglich-

keiten abstützen“ (Bundesverfassungsgericht, 1991)

- Abschaffung der Abgeltungsteuer; Versteuerung von Kapitaleinkommen wieder über die progressive Einkommensteuer; Erhöhung von deren Spitzensatz auf 50%
- Wiedereinführung der Vermö-

„Ökosteuern“ sollten nicht mehr länger als Randthema gesehen werden, sondern in das Zentrum steuerpolitischer Gestaltung rücken.

gensteuer, um den Gemeinschaftsanteil (Infrastruktur, Sicherheit ...) am Wachstum großer Vermögen zu honorieren

- Besteuerung aller Erbschaften, die das 1.000-Fache des deutschen Medianvermögens überschreiten, mit mindestens 50%, denn „die

arbeitet wurden. Befürwortet wird jedoch die Wiederbelebung des umlagefinanzierten Generationenvertrags mit einem Beitragssystem nach Leistungsfähigkeit.

Die Vernetzung der Welt besagt allerdings auch, dass die Interessen und das Wohl armer Staaten

stets mitbedacht werden müssen: Afrikanische Staaten bräuchten keine Entwicklungshilfe, wenn denn dort faire Steuern gezahlt und Illicit Financial Flows gestoppt werden könnten. Eine mühsame Aufgabe, gewiss. Aber eine sehr lohnende, wenn man tatsächlich etwas gegen Armut, Ungleichheit, Migration und „Terrorismus“ tun möchte.

Alle hier benannten Probleme wurden politisch in die Wege geleitet. Entsprechend ist es auch möglich, sie wieder einzugrenzen oder gar zu beseitigen. ■

Dr. Jörg Alt SJ, Jahrgang 1961, trat 1981 dem Jesuitenorden bei, studierte Philosophie und Theologie, wurde 1993 zum Priester geweiht und promovierte in Soziologie. Seit 2009 ist er als Hochschulseelsorger Mitarbeiter der Jesuitenmission in Nürnberg tätig. Von dort initiierte und koordinierte er die Kampagne „Steuer gegen Armut“ für eine Finanztransaktionssteuer und arbeitet maßgeblich am Forschungsprojekt „Steuergerechtigkeit und Armut“ mit.



Multiple Chemikaliensensitivität (MCS)

Ignoranz und fehlende Aufklärung

Immer mehr Menschen leiden unter einer „Entgiftungsschwäche“. Ihr Organismus ist den unzähligen zivilisationsbedingten Schadstoffen, die täglich auf ihn einwirken, nicht mehr gewachsen. Diese „Multiple Chemikaliensensitivität“ (MCS) genannte Krankheit kann ins körperliche Elend sowie ins gesellschaftliche und soziale Abseits führen.

von Gertraud Hofmann

Felicitas G.s Auto hat über 200.000 km hinter sich und stammt noch aus dem letzten Jahrtausend. Trotz der hohen Reparaturkosten wird es immer wieder aufgepeppt. Doch mit einem Faible für angehende Oldtimer hat das nichts zu tun. Felicitas G. findet keinen geeigneten Wagen, in dem sie sitzen kann, ohne dass ihr schwindelig wird und sich die Lippen pelzig anfühlen.

Das Auto ist nur der Anfang einer Endlosreihe von Hürden im Alltag, mit denen chemikalienintolerante Menschen sich herumschlagen. Böden und Wände von Innenräumen können bei ihnen Beschwerden hervorrufen. Es muss nicht gleich das hochgiftige und längst verbotene PCB sein, das sogar in Schulen noch herumgeistert. Auch moderne Lino-leumböden stehen im Verdacht, bei manchen unter anderem Atemnot, Konzentrationsstörungen, Gelenkschmerzen, Aufputschung, Schlaflosigkeit und öfters eine schleichend zunehmende, schwer lastende Erschöpfung auszulösen. Das kann auch für andere Bodenbelagsarten und das verwendete Kleber- und Fugenmaterial gelten.

„Des einen Freud ist des anderen Leid“ – das gemütliche Teelicht und sonstiges Kerzenlicht sorgen bei vielen, auch bei Domenica Q., eher für

Von offiziellen Stellen wird auf umweltassoziierte Erkrankungen wenig Augenmerk gelegt. Nur wenige Ärzte wissen darüber Bescheid.

Leid. Ihr trug sogar der Verzehr einer einzigen, wohl pestizidhaltigen Gelben Rübe einen Fieberschub mit 40°C ein, ebenso der Versuch, Nylonstrümpfe zu tragen. Auf einen Augenarztbesuch folgten ein wochenlanges Brennen in Nase und Magen wie Feuer, kaum mögliche Nahrungsaufnahme und Schmerzen am ganzen Körper, mit denen sie sich im Bett wälzte. Ihr Umweltmediziner kannte das von anderen Patienten: Sie alle hatten Pupillen erweiternde Tropfen mit Konservierungsmitteln bekommen.

Wenig Wissen bei Ärzten, wenig Hilfe bei Behörden

Diese mehr oder weniger drastischen Beispiele zeigen den schwierigen Lebens- und oft Überlebens-

kampf der Menschen, die an Multipler Chemikaliensensitivität (MCS) erkrankt sind. Von offiziellen Stellen wird auf derartige umweltassoziierte Erkrankungen wenig Augenmerk gelegt. Auch wissen nur wenige Ärzte über das Krankheitsbild MCS mit seinen klar definierten Diagnosekriterien Bescheid. Dieses ist in der ICD-10-GM, der aktuellen gesetzlichen Krankheitsklassifikation, unter T78.4 im Kapitel XIX „Verletzungen, Vergiftungen und bestimmte andere Folgen äußerer Ursachen“ eingeordnet.

Entgegen der Gesetzeslage werden aber de facto in unserem Gesundheits-, Sozial- und letztlich auch Wirtschaftssystem Schadstoffe und ihre Gemische als maßgebliche „äußere Ursachen“ oftmals kaum anerkannt, stattdessen wird lie-

ONLINETIPPS

Deutscher Berufsverband der Umweltmediziner,
Europäische Akademie für Umweltmedizin

Offener Brief an die Deutsche Rentenversicherung

November 2015

<http://tinyurl.com/j6k7379>

Hans-Ulrich Hill
Schadstoffe an Schulen und öffentlichen Gebäuden

Toxikologie, chronische Krankheiten – und wie Behörden und Gutachter damit umgehen
März 2015

<http://tinyurl.com/px8wzux>

ber einseitig die psychosomatische Schiene gefahren. Damit verschieben sich die Grade der Behinderung, die Prozentpunkte für Erwerbsunfähigkeit und die Ausrichtung der Therapiekonzepte. Und es schwin-

Schadstoffe werden als maßgebliche „äußere Ursachen“ kaum anerkannt, stattdessen wird lieber die psychosomatische Schiene gefahren.

det vor allem die Chance auf Besserung und berufliche und soziale Wiederteilnahme.

Wegen der geringen offiziellen Rückendeckung stoßen MCS-Kranke fast nur unter einigen Angehörigen und Freunden auf Verständnis. Sie ecken mit ihrer seltsamen, für andere kaum nachvollziehbaren Überempfindlichkeit allerorts an und müssen sich ständig deswegen rechtfertigen.

Teufelskreis einer biochemischen Fehlsteuerung

Wenn aber, oft aus medizinischer Unkenntnis, primär psychologisch vorgegangen wird, reicht das nicht aus, um den aufgrund toxischer Einflüsse angestoßenen Teufelskreis einer sich selbst verstärkenden biochemischen Fehlsteuerung zu stoppen und umzukehren. Denn bei MCS wird der gesamte Haushalt des Körpers organübergreifend zu stark belastet und dadurch gestört. Die körperfremden Schadstoffe greifen in die eng miteinander verflochtenen Regelkreise des Nerven-, Hormon- und Immunsystems ein. Dadurch kommt es zu zellulärem Energieverlust, Stoffwechsellage und Zellschädigung, die durch sonstigen Stress noch mitbedingt sein und verstärkt werden können. Auch individuelle genetische Ausprägun-

gen der Entgiftungssysteme spielen eine Rolle.

Oft dauert die „Sensibilisierung“ mehrere Jahre, z. B. aufgrund von schleichend sich auswirkendem Zahnamalgam oder Pestiziden;

manchmal wird auch ein akutes Ereignis dafür verantwortlich gemacht. Meist durch einen auslösenden Trigger kommt es dann zur ausgeprägten „Sensibilität“. Die körperliche Intoleranz gegenüber toxischen Einflüssen weitet sich auf immer mehr Substanzen und Produkte aus, und zwar in immer geringerer und die statistischen Grenzwerte unterlaufender Konzentration.

Die wachsende Empfindlichkeit bei MCS kennt nicht einmal auf dem Terrain von Hygiene und Kosmetik ein Pardon. Die Betroffenen erleben höchst unfreiwillig ein Feedback ihres Körpers auf Deos, Parfüms oder Heilsalben, die sie

MCS-Kranke ecken mit ihrer für andere kaum nachvollziehbaren Überempfindlichkeit allerorts an und müssen sich ständig rechtfertigen.

bisher problemlos verwendet hatten. Mehr als nur peinlich wird es, wenn neben der freundlichen Begrüßung im Büro das morgendliche Aftershave, Haarspray oder die Augencreme von Kollegen mitgrüßen und eine bleierne Schwere, unsicheren Gang und geschwollene Hände hervorrufen. Genauso können die kosmetischen Zutaten der Mitmenschen eine ungewohnte

FILMTIPPS

Stephanie Krüger
Gefährliche Düfte
ARD, 2016, 6 min
<http://tinyurl.com/jz64p6p>

Birgit Tanner
Gift im Klassenzimmer
ZDF, 2016, 28 min
<http://tinyurl.com/zelu6w2>

Sehstörung, Kopfweg, Konzentrationsausfall, Stottern, krampfhaft flatternde Zunge und Ähnliches beschieren. Ein vielleicht originell anmutender zwischenmenschlicher Krisenfall tritt ein. Denn es prallen zwei Grundrechte aufeinander: auf (duftchemische) freie Entfaltung der Persönlichkeit und auf (biochemisch) körperliche Unversehrtheit.

„Strikt vermeiden!“ statt „Augen zu und durch!“

Gwendolyn A., einst versierte Bürokauffrau in München, notiert: „Ich liebte es, mit herkömmlichen Duschgels und Körperlotionen sowie Deos und Parfüms gut zu riechen. Meine Wäsche duftete stets

nach Weichspüler und die Wohnung war für mich nur sauber, wenn sie nach Putzmitteln roch. Jahrzehntlang machte mir das alles nichts aus.“ Bei Gwendolyn A. zeigten sich auffällige Reaktionen erstmals nach ihrem Umzug in eine soeben renovierte Wohnung, die sie mit neuen Möbeln eingerichtet hatte. Damals wusste sie noch nichts von MCS und dass die wichtigste

Richtschnur hier nicht „Augen zu und durch!“ lautet, sondern: „Strikt vermeiden!“

In ihrem neuen Domizil harnte sie fünf Wochen aus, bis immer heftigeres Herzrasen und Erstickungsanfälle sie zwangen, Hals über Kopf wieder auszuziehen. Seitdem reagiert Gwendolyn A. auf alles und jedes. Auf die Autoabgase der Großstadt und die Gülle und Pestizide auf dem Land, auf die weichge-spülte Wäsche vom Nachbarbalkon

Die körperliche Intoleranz gegenüber toxischen Einflüssen weitet sich auf immer mehr Substanzen und Produkte aus.

und die Turnmatten beim Sport. Schmerzende Augen, Schluckstörungen und Taubheitsgefühle sind zu den früheren Symptomen hinzugekommen. Computer und Telefon verursachen bei ihr, wohl wegen Strahlen und Flammschutzmitteln, schnell einen steifen Hals und torpedieren Denken und Konzentration. Ähnlich Betroffene können sich dann nur gliederpuppenartig, wie automatisiert bewegen oder leiden unter Haarausfall.

Vom Wesen her munter und gesellig, musste die fleißig sportelnde und beruflich engagierte Gwendolyn A. alles aufgeben, auch den geliebten Arbeitsplatz. Vom vertrauten München zog sie weg, aus gesundheitlichen und aus finanziellen Gründen. Aber nach knapp fünf Jahren brachen ihre Symptome wieder verstärkt durch. Zeitgleich, so fand sie heraus, waren Mobilfunksendemasten teils neu aufgestellt, teils aufgerüstet worden und sie erfuhr, dass auch mehrere Familien seitdem über Schlafstörungen klagten. MCS und Elektrohypersensitivität (EHS) treten

häufig gemeinsam auf und gemäß wissenschaftlicher Erkenntnis liegt ein ähnlicher Krankheitsmechanismus vor.

Gesellschaftliche Teilhabe kaum mehr möglich

Die folgenschwere Einbuße des Arbeitsplatzes ist nur der Anfang einer umfassenden krankheitsbedingten Exklusion. Allein die chemiebedingten Ausschlussgründe aus der Duft- und Pflege-Community ge-

nügen bereits, dass MCS-Patienten kein Konzert besuchen können und ihnen die Teilnahme an Mitglieder- versammlungen, kirchlichen Anlässen, Gruppenreisen, Familienfesten versagt ist. Überall sind sie die spielverderbenden Querulanten. Aus diesem Grund eignet sich die ausgeprägte MCS bestens für Beziehungscrashtests aller Art: beim Zeitunglesen die Druckerschwärze, beim Ausflug ins Freie die Pestizide und Baumharze, beim Fernsehen die Flammschutzmittel, in Kirchen die Antischimmelbehandlung, in Geselligkeit kleine kosmetische „Ausrutscher“. Und nicht jedem an MCS Leidenden sieht man die Symptome gleich an. In vorher schon angespannten Beziehungen liegt es deshalb nahe, dem kranken Partner Einbildung und eine wahnähnliche Realitätsferne zu unterstellen. Eine zusätzliche bittere Nuss.

Isolation und Vereinsamung, ja seelische Not können aus dieser Krankheit folgen, wie sich auch in Gwendolyn A.s Worten andeutet: „Am öffentlichen Leben kann ich so gut wie gar nicht teilnehmen,

weil auf Festen oder Veranstaltungen fast jeder parfümiert ist. Auch Verreisen ist wegen unverträglicher Räumlichkeiten und Einrichtungen problematisch. Unter diesen Bedingungen ist es schwer, neue Freundschaften zu schließen oder als Alleinstehende eine Partnerschaft einzugehen.“

Mit einer kleinen Alltagsszene führt sie das allmähliche Abbröckeln sozialer Kontakte vor Augen: „Erst neulich traf ich eine Nachbarin im Café, mit der ich mich nett unterhielt. Mir wurde auf einmal sehr schwindelig und schlecht, und als ich mich umdrehte, sah ich die Bedienung, wie sie mit Glasreiniger anfing, die Tische zu säubern. Unter einem Vorwand verabschiedete ich mich nun, denn die Wahrheit, dass ich mich bald kaum noch auf den Beinen halten konnte, hätte mir wohl niemand geglaubt.“ Häufig wird eine spontane Flucht, wie hier vor dem Putzmittel, oder ein Fernbleiben von Treffpunkten als seltsam wahrgenommen und fälschlich

ORGANISATIONEN

Chemical Sensitivity Network Deutschland
www.csn-deutschland.de

Deutscher Berufsverband der Umweltmediziner
www.dbu-online.de

Europäische Akademie für Umweltmedizin
www.europaem.eu

Europäische Gesellschaft für gesundes Bauen und Innenraumhygiene
www.eggbi.eu

Gemeinnütziges Netzwerk für Umweltkranke
www.genuk-ev.de

als seelisch depressiv bedingter „sozialer Rückzug“ interpretiert.

Hastige Fehldiagnosen statt solider Untersuchung

Eine schwer wiegende Fehldeutung ihrer Krankheit musste auch Henrike J. hinnehmen. Sie hatte viele Jahre einen Lebensmittelmarkt geleitet, bevor sie wegen Chemikalienintoleranz ihr berufliches Handtuch werfen musste. In die Umweltambulanz der Universität brachte sie einen ganzen Stapel Befunde mit, war aber schon nach 6 Minuten wieder auf dem Gang – mit der Empfehlung zur psychosomatischen Behandlung. Später nahm sich ihr Rentengutachter ganze 15 Minuten Zeit, um über die materielle Zukunft der kontaktfähigen früheren Führungsperson zu entscheiden. Henrike J. verlässt gern ihre Wohnung und geht unter Leute, auch wenn ihr die Auswirkungen der Duftchemie hinterher zu schaffen machen – aber ihr wurde gutachterlich ausgerechnet eine Agoraphobie bescheinigt.

Die folgenschwere Einbuße des Arbeitsplatzes ist nur der Anfang einer umfassenden krankheitsbedingten Exklusion.

Gutachten müssten fachlich fundiert sein. Das fängt schon bei der Ausbildung der Ärzte an, in der die klinische Umweltmedizin weitgehend unter den Tisch fällt. Außerdem gehören alle notwendigen Untersuchungen sowie alle diesbezüglich verordneten Arzneimittel in den Leistungskatalog der Versicherungen. Letzteres ist für MCS-Betroffene besonders wichtig, da die meisten Medikamente in der Roten Liste für sie krankheitsbedingt unverträglich sind. Eine Verweigerung der Leistungen läuft in der Praxis

auf unterlassene Hilfeleistung und Diskriminierung hinaus.

Mehr Forschung, Aufklärung und Vorsorge nötig

Ohne Rücksicht auf eventuelle Interessenkonflikte haben Aufklärung und Verbraucherschutz an oberster Stelle zu stehen. Das gilt für alle Bereiche. Es ist noch nicht lange her, dass im Bundestag ein Gesetz zur Erhöhung der Flugsicherheit verabschiedet wurde. Piloten sollen nun auf Drogen, Alkohol und Psychopharmaka untersucht werden. Dagegen bleiben die ins Innere fast aller Flugzeuge gelangenden, als hoch toxisch geltenden Gemische aus Schmierstoffen, Insektiziden und anderem offensichtlich unberücksichtigt – entgegen allen Erfahrungsberichten und medizinischen Fachberichten zum „aerotoxischen Syndrom“.

Vor allem im privaten Bereich sollte viel Rücksicht geübt werden. Aber nicht nur hier. Wenn Krankenhäuser, Schulen, Seniorenwohn-

BUCHTIPPS

Urs Beat Schärz
Vergiftet und vergessen
... wie mich die Umwelt krank machte
CMS, März 2016
134 Seiten, 10,00 Euro
978-3-03827-006-5



Hans-Ulrich Hill, Wolfgang Huber, Kurt E. Müller

Multiple Chemikalien-Sensitivität (MCS)
Ein Krankheitsbild der chronischen Multi-systemerkrankungen (CMI)
Shaker, Mai 2010
497 Seiten, 19,80 Euro
978-3-8322-9046-7



gesundheitlichen Reaktionen ein „Frühwarnsystem“, ja insgesamt eine Gefahr für die „Ressource Mensch“ erkennen. Dies auch in Anbetracht von nicht absehbaren, möglicherweise epigenetischen Spätfolgen durch Schadstoffeinflüsse. Dann würde auf die umweltkranken Sonderlinge ein ganz anderes Licht fallen. ■



Gertraud Hofmann,
Jahrgang 1949, war bis 2013 als Gymnasiallehrerin für die Fächer Deutsch und Latein tätig.

Seit einer Schulsanierung im Jahr 2007 ist sie von MCS selbst betroffen. Sie gründete eine Selbsthilfegruppe und engagiert sich außerdem bei GENUK e.V. ÖDP-Mitglied ist sie seit 1986.

gertr.hofmann@gmail.com

Öffentliche Beschaffung

Ungenutzte Potenziale

Mantraartig wird in Diskussionen um Umweltschutz und faire Produktionsbedingungen auf die Macht des Konsumenten hingewiesen – vor allem wenn die Politik nicht willens ist, die gesetzlichen Rahmenbedingungen entsprechend zu gestalten. Verschwiegen wird dabei meist, dass auch die öffentliche Hand im großen Umfang Waren und Dienstleistungen einkauft – und mit gutem Beispiel vorangehen könnte.

von Katharina Horn und Sonja Haider

Die Marktmacht der öffentlichen Hand ist nicht zu unterschätzen: Sie stellt mit Ausgaben von rund 260 Mrd. Euro jährlich den größten Einkäufer Deutschlands dar. 260 Mrd. Euro sind rund 13% des Bruttoinlandsprodukts. Dort, wo öffentliche Gelder ausgegeben werden, sollte demnach die Verantwortung für Mensch und Umwelt groß sein und alle Möglichkeiten, nachhaltig einzukaufen, ausgeschöpft werden. Die Kommunen haben Vorbildfunktion, besonders wenn sie so groß sind wie beispielsweise München. Als wirtschaftlich stärkste Kommune vergibt München jährlich Aufträge und beschafft Waren im Wert von mindestens 360 Mio. Euro im Bereich der „Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen“ (VOL). Dazu kommen Baumaßnahmen, die nach der „Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen“ (VOB) geregelt werden und sich auf mehrere Milliarden Euro summieren können.

EU-Gesetzesnovelle eröffnet neue Möglichkeiten

Der öffentliche Einkauf unterliegt strengen Gesetzen sowie ausgeklügelten Regeln und Abläufen. Das ist

sinnvoll, denn es gilt, Bestechung und Vorteilsnahme zu verhindern. Bisher hat es allerdings auch die Bevorzugung von nachhaltigen Produkten und Leistungen eingeschränkt. Mit der Novellierung der EU-Gesetzgebung sind dafür nun bessere Bedingungen geschaffen worden. Seit April 2016 können sich

Der öffentliche Einkauf unterliegt strengen Gesetzen sowie ausgeklügelten Regeln und Abläufen.

die Kommunen nun strategische Ziele wie „innovativ“, „sozial“ und „ökologisch“ setzen. Bedingungen zu Produktionsprozessen, zu Fragen des Lebenszyklus und der Lieferantenkette sind möglich geworden. Statt der Erfüllung selbst definierter Kriterien können auch Labels verlangt werden.

Haben nun diese besseren Rahmenbedingungen zu einem nachhaltigeren Einkaufsverhalten der Münchner Behörden geführt? Diese Frage haben die NaturFreunde Deutschlands untersucht. Alle Vergabeausschreibungen der größten Vergabestelle Münchens (Vergabestelle 1) wurden anhand ihrer

vorhandenen ökologischen und sozialen Bedingungen überprüft – vor dem Inkrafttreten der neuen EU-Gesetzgebung und danach. Die Ergebnisse sind ernüchternd. Gab es vor April 2016 schon nur einige Vergaben, die anhand von mindestens einem der relevanten Kriterien als nachhaltig eruiert worden waren, so verringerte sich dies seit Mai 2016 sogar, obwohl doch eigentlich ein Anstieg zu erwarten gewesen wäre. München verpasst damit die Chance, bessere Produkte einzufordern und einzukaufen – und damit das Verhindern z.B. von Arbeiterausbeutung oder Flussverseuchung in Entwicklungsländern.

San Francisco und Wien zeigen, wie man es macht

Bessere Ausschreibungen mit Nennung von Labels und anderer Kriterien sind von zentraler Bedeutung. Die Vergabestelle als „Einkaufsabteilung“ der Stadt und Dienstleister

für andere Abteilungen muss diese aber auch davon überzeugen.

In San Francisco, wo nachhaltige Beschaffung seit 1999 ernsthaft betrieben wird, hat man „Green Teams“ gebildet, Mitarbeiter aus betroffenen Abteilungen, die neue Produkte auf deren Tauglichkeit und Handhabung hin testen und zum Kauf empfehlen. „Champions des nachhaltigen Einkaufs“ werden jedes Jahr gekürt. Damit erreicht San Francisco nach und nach die Umstellung auf nachhaltigere Produkte und Prozesse. Außerdem machen sie ihre Entscheidungen transparent und zeigen die Kriterien und die Produkte, die diesen Kriterien ent-

sprechen, auf einer eigenen Website. Ihrem Vorbild können nun die Mitarbeiter und Bürger folgen und damit die Nachfrage weiter erhöhen.

ONLINETIPPS

ÖkoKauf Wien

Programm für die ökologische Beschaffung der Stadt Wien
www.wien.gv.at/umweltschutz/oekokauf

SF Approved

Use less, buy the right thing
www.sfapproved.org

NaturFreunde Deutschland –
 Bezirk München

Vergabemonitor: Ausschreibungspraxis München
www.nfmonitor.de

Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe

Nachwachsende Rohstoffe im Einkauf
<http://infoblatt-beschaffung.fnr.de>

Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit
Kompass Nachhaltigkeit – Öffentliche Beschaffung
<http://oeffentlichebeschaffung.kompass-nachhaltigkeit.de>

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
KOINNO – Kompetenzzentrum innovative Beschaffung
<http://de.koinno-bmwi.de>

Beschaffungsamt des Bundesministeriums des Inneren
Kompetenzstelle für nachhaltige Beschaffung
www.nachhaltige-beschaffung.info

Umweltbundesamt
Umweltfreundliche Beschaffung
www.beschaffung-info.de

Auch ÖkoKauf in Wien, das ökologische Beschaffungsprogramm der Wiener Stadtverwaltung, geht einen ähnlichen Weg und ist durch das Einkaufs- und Vergabeverhalten der Stadt Vorbild für die gesamte Stadtgesellschaft. In dem Programm, das seinen Anfang 1999 nahm, werden verbindliche Nachhaltigkeits-Krite-

Seit April 2016 können sich Kommunen strategische Ziele wie „innovativ“, „sozial“ und „ökologisch“ setzen.

rien erarbeitet, die bei der Beschaffung von Waren oder Dienstleistungen berücksichtigt werden müssen. Darüber hinaus werden relevante Zielgruppen beraten und Informationen und Positionspapiere veröffentlicht. Mit einer Einkaufskraft von jährlich ungefähr 5 Mrd. Euro kann die Stadt Wien so auch sichtbar auf Hersteller und Dienstleister einwirken. ÖkoKauf Wien wurde mehrfach ausgezeichnet und nimmt im internationalen Vergleich eine Vorreiterrolle ein.

In einer Wirkungsanalyse wurden 2013 ökologischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Nutzen von ÖkoKauf Wien nebeneinander und leicht verständlich dargestellt. Eines wird aus dem Programm und der Evaluation deutlich: Der Stadt Wien geht es wirklich darum, Umweltschutz zu praktizieren. In München beschleicht einen hingegen das Gefühl, dass es sich um Ausnahmefälle handelt, wie zum Beispiel bei fair produzierten Sportbällen, betrachtet man die kurze Aufzählung auf der stadteigenen Website.

Um den Anbietern von Waren und Dienstleistungen eine solche Einkaufspolitik wie beispielsweise in Wien nahezubringen, bedarf es einer klaren Strategie mit Zielen

und einer engen Kommunikation, wie in den oben beschriebenen Beispielen. Nur wenn Produzenten die Anforderungen kennen und verstehen, können sie ihre Produktionsprozesse ändern bzw. Beweise für ihr nachhaltiges Handeln erbringen. Verantwortung übernehmen, vernünftiger einkaufen und damit

ein Stück die Welt verbessern – die Stadt München hat noch viele Möglichkeiten und Optionen in der nachhaltigen Beschaffung. Sie muss allerdings endlich anfangen, diese auch zu nutzen! ■

Sonja Haider, Jahrgang 1964, absolvierte eine Ausbildung zur Bankkauffrau und war dann als Börsenhändlerin, als Vorstand bei „Green City“ und als deutsche Direktorin bei „Women in Europe for a Common Future“ tätig. Seit 2010 berät sie für die Umweltorganisation ChemSec Unternehmen und Investoren zu Chemikalienmanagement. In die ÖDP trat sie 2013 ein und wurde 2014 in den Münchner Stadtrat gewählt.



Katharina Horn, Jahrgang 1970, ist diplomierte Kulturmanagerin und selbstständig tätig. Seit 2014 arbeitet sie als Referentin im Stadtratsbüro der Münchner ÖDP mit dem Schwerpunkt Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.



www.stadtrat-oedp-muenchen.de

Türkei

Von der Republik zur Autokratie

Seit seinem Amtsantritt und vor allem nach dem gescheiterten Putschversuch im Juli 2016 baut Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan Demokratie und Rechtsstaatlichkeit massiv ab und erweitert dabei seine Machtfülle immer mehr. Die Menschenrechte werden vielfach missachtet und Menschenrechtsaktivisten verhaftet. Besonders katastrophal ist die Situation in den Kurdengebieten.

von Prof. Dr. Klaus Buchner MdEP

Nach dem Ende des osmanischen Reiches rief Mustafa Kemal Pascha, der spätere Atatürk, im Jahr 1923 die Republik aus. Es erfolgten tief greifende politische und gesellschaftliche Änderungen. Die Türkei sollte sich säkular und europäisch entwickeln. Sie orientierte sich dabei an den Rechtssystemen anderer europäischer Länder, führte die Gleichstellung von Mann und Frau, das Frauenwahlrecht sowie die Trennung von Staat und Religion ein. Seit 1949 ist die Türkei Mitglied im Europarat, seit 1952 in der NATO. Im Jahr 1960 putschte das Militär, 1980 ebenfalls. In der Folge wurden jeweils viele hunderttausend Menschen verhaftet und gefoltert, 14.000 verloren ihre Staatsbürgerschaft. 2005 erreichte die Türkei die Aufnahme von Verhandlungen über den Beitritt zur EU. Die EU fordert Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte. Nach Informationen der Süddeutschen Zeitung hat die Türkei zwischen 2007 und 2013 von der EU 4,8 Mrd. Euro erhalten.

Politisches System

Nach ihrer Verfassung ist die Republik Türkei ein demokratischer, laizistischer und sozialer Rechtsstaat. Die Gesetzgebung obliegt der „Großen Nationalversammlung“, wie das Parlament hier heißt. Staatspräsident ist aktuell Recep Tayyip Erdoğan, Ministerpräsident Binali Yıldırım. Der Staatspräsident hat eine enorme Machtfülle: Er ernennt den Ministerpräsidenten und auf dessen Vorschlag auch die Minister, zudem 3 von 11 Richtern des Verfassungsgerichts. Darüber



Foto: Tomschy/pixelio.de

hinaus ist er Vorsitzender des Nationalen Sicherheitsrates und Oberbefehlshaber der Armee. Er kann Gesetze auf ihre Verfassungsmäßigkeit hin überprüfen und zurückweisen. Die Regierung wird vom Ministerrat, an dessen Spitze der Ministerpräsident steht, gebildet. Für Parteien gilt eine Sperrklausel von 10%. Insgesamt gibt es 550 Abgeordnete. Das Parlament verabschiedet Gesetze und den Staatshaushalt und ratifiziert völkerrechtliche Verträge. Ein weiteres Verfassungsorgan ist der Nationale Sicherheitsrat. Er berät in Fragen der inneren und äußeren Sicherheit und achtet darauf, dass die Grundsätze der Türkischen Republik nicht verletzt werden.

Situation der Menschenrechte

Nachdem 2013 viele Bürgerinnen und Bürger im Istanbuler Gezi-Park protestiert hatten und im Juli 2016 ein Putschversuch des Militärs scheiterte, hat sich die Lage der Menschenrechte rapide verschlechtert. Laut Amnesty International wurden seit Beginn des Ausnahmezustands, der nach dem niedergeschlagenen Putsch verhängt wurde, über 160 Medien geschlossen und mehr als 130 Journalisten in Untersuchungshaft gesteckt. 375 Nichtregierungsorganisationen wurden aufge-



löst, darunter auch viele kurdische Gruppen. Die Macher der Zeitung „Ozgür Gündem“ wurden angeklagt und Menschenrechtsaktivisten verurteilt, unter ihnen der Anwalt Eren Keskin, die Schriftstellerin, Journalistin und Physikerin Aslı Erdoğan, Vorstandsmitglied des Menschenrechtsvereins IHD, sowie der Schriftsteller Necmiye Alpay.

Insbesondere die Menschen in den Kurdengebieten leiden massiv. Innerhalb weniger Monate wurden Ende des Jahres 2016 ohne konkrete Vorwürfe rund 4.600 Lehrer entlassen und als Ersatz Leute eingestellt, die keine Lehrerausbildung haben. Im September 2016 wurden 11 Radio- und 23 Fernsehstationen geschlossen. All das geschah unter dem Vorwand, die Anhänger der Gülen-Bewegung zu treffen, die Staatspräsident Erdoğan für den Putschversuch vom Juli 2016 verantwortlich macht, aber eigentlich will er vor allem seine Macht erweitern und eine Autokratie errichten, in der er unbegrenzte Machtbefugnisse erhält.

Meine Reise ins Kurdengebiet

Im Oktober 2016 war ich mit einer Delegation Parlamentarier in den Kurdengebieten unterwegs, insbesondere besuchten wir die Stadt Diyarbakir. Die Bürgerinnen und Bürger vor Ort berichteten, dass in den ersten Tagen nach ihrer Verhaf-

tung Menschen in den Gefängnissen gefoltert, Frauen sexuell missbraucht und Anwälten der Zugang zu den Gefangenen verweigert wurden. Der Stadtteil Zur (Sur) wurde – obwohl Weltkulturerbe! – völlig zerstört, weil sich in einem kleinen Teil kurdische Kämpfer befanden. Man berichtete mir, dass die türkische Armee in die Häuser eingedrungen sei, Frauen vergewal-

um seine Schwester zu rächen. Beim Abräumen des Schutts nach den Zerstörungen wurde alles einfach von Bulldozern weggeräumt, auch die Leichen. Der IS verschleppte Frauen und Kinder. Ihre Namen und Adressen wurden dem Gericht übergeben, doch das entschied nach 16 Tagen, die Sache nicht weiter zu verfolgen.

Die Eindrücke, die ich während meiner Reise in die türkischen Kurdengebiete gewann, haben mich sehr erschüttert. Wie dort mit den Menschen umgegangen wird, macht mich traurig und wütend zugleich. Meine Aufgabe als Europa-

Die Eindrücke, die ich während meiner Reise in die türkischen Kurdengebiete gewann, haben mich sehr erschüttert.

tigt und danach die Wände innen und außen beschmiert habe, um sie zu demütigen.

Die Zerstörungen von Wohnvierteln wurde nur wenige Stunden vorher angekündigt, ebenso, dass diejenigen, die sich dann noch auf den Straßen sehen ließen, erschossen würden. Die Häuser wurden von Flugzeugen aus mit Bomben angegriffen und beschossen, obwohl noch viele Menschen darin waren. Unsere Delegation wurde von zwei Männern begleitet. Der 12-jährige Sohn des einen Mannes war getötet worden, als er sich aus dem Haus gewagt hatte. Die 16-jährige Tochter des anderen war erschossen worden, weil sie außerhalb des Sperrbezirks einige zerstörte Häuser fotografiert hatte. Als ihr 7-jähriger Bruder gefragt wurde, was er tun wolle, wenn er größer sei, sagte er, er werde „in die Berge gehen“, d. h. sich dem bewaffneten Widerstand der PKK anschließen,

abgeordneter ist es, über die Situation der Menschenrechte in der Türkei aufzuklären. Ich möchte den Menschen dort vermitteln, dass sie nicht alleine sind und die Europäische Union an ihrer Seite steht. ■

Prof. Dr. Klaus Buchner,

Jahrgang 1941, war von 1973 bis 2006 als Professor an der TU München tätig und erhielt für seine wissenschaftliche Arbeit zahlreiche Auszeichnungen. In die ÖDP trat er 1983 ein, war von 2003 bis 2010 ihr Bundesvorsitzender und errang 2014 als Spitzenkandidat ein Mandat im Europaparlament, wo er nun Mitglied der Fraktion Grüne/EFA ist. Seine Themenschwerpunkte sind Auswärtige Angelegenheiten, Menschenrechte, Sicherheit und internationaler Handel.



www.klausbuchner.eu

An alle Mitglieder

von Gabriela Schimmer-Göresz



„Wer Mut sät, wird eine neue Welt ernten.“

Liebe Mitglieder, Freundinnen und Freunde einer neuen Welt,

Nicanor Perlas, der alternative Nobelpreisträger 2003 und Präsidentschaftskandidat 2010 der Philippinen, hat diesen Satz geprägt. Er setzt sich seit Jahrzehnten für gerechtere und nachhaltigere Gesellschaftsstrukturen in seiner Heimat und weltweit ein. Er konnte vieles umsetzen und ist der lebende Beweis dafür, dass scheinbar Unmögliches wahr werden kann. Seine Botschaft: Unser Einsatz für eine bessere Welt lohnt sich.

Wir haben eine breite Vertrauenskrise und eine große Demokratiemüdigkeit. Die Menschen trauen nicht nur den Eliten, sondern dem ganzen System nicht mehr. Parteien, Politiker, Manager, NGOs und auch Medien wird immer weniger vertraut. Dazu kommt, dass die Ängste der Deutschen immer größer werden. Einer Studie zufolge besteht eine tiefe Verunsicherung durch die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich, die steigende Fremdenfeindlichkeit, die Häufung von Terroranschlägen und den sogenannten Flüchtlingsstrom. Es werden wachsende soziale Unterschiede und der schwindende gesellschaftliche Zusammenhalt beklagt.

Wenn wir aufhören, die Verantwortung nach oben zu schieben; wenn wir anfangen, Verantwortung zu fühlen und danach handeln; wenn wir erkennen, dass Verantwortung und Freiheit zwei Seiten einer Medaille sind,

dann können wir auch diesen Mut aufbringen, der jede Angst bezwingt und alles möglich werden lässt. Davon bin ich felsenfest überzeugt.

Warum sollten wir das, was Nicanor Perlas gelungen ist, gemeinsam nicht auch schaffen? Beispielsweise, dass die ÖDP in allen Bundesländern bei der Bundestagswahl auf dem Stimmzettel steht als echte Wahlalternative für Lebenssicherheit, generationentauglich und nach der Maxime: Unsere Erde zuerst!

Es muss ein Ruck durch die ÖDP gehen. Noch läuft es nicht rund, noch braucht es den Einsatz vieler Mitglieder und Freunde der Erde, um alle Wahlhürden zu nehmen, um all die Tausenden von Unterstützungsunterschriften in allen Bundesländern auch für die aufgestellten Direktkandidaten zu sammeln. Lasst uns die nächsten Wochen und Monate nutzen. Ich bitte euch, geht raus, helft einander und ihr werdet erleben, dass da draußen Menschen sind, die auf uns, die auf die ÖDP warten. Auf Facebook hat eine Nutzerin gefragt: „Wo ward ihr so lange?“ Hier sind wir: Mensch vor Profit – die Gemeinwohl-Alternative für Deutschland!

Ihre

Gabriela Schimmer-Göresz
Bundesvorsitzende

Neues aus dem Bundesverband

von Dr. Claudius Moseler

Bundesvorstands-Klausurtagung in Würzburg

Im Kloster Himmelspforten in Würzburg hat sich der neu gewählte Bundesvorstand getroffen, um gemeinsam mit den leitenden hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Bundestagswahl zu planen. Unter der Leitung unseres Wahlkampfkoordinators Michael Johnne wurden die Strategie und weitere Überlegungen zur Wahlkampagne besprochen. Wichtigstes Ziel ist der bundesweite Antritt der ÖDP mit Landeslisten in möglichst allen Bundesländern. Damit dies möglich wird, müssen die erforderlichen Unterstützungsunterschriften gesammelt werden, bis zu 2.000 Stück pro Bundesland. In Arbeitsgruppen wurden mögliche Schwerpunktthemen, Zielgruppen, wichtige Kommunikationskanäle,

aber auch erste Ideen für Plakate und Werbemittel festgelegt. Der Bundestagswahlantritt steht unter dem Motto „Mensch vor Profit“. Binnen einer Woche wurde ein Strategiepapier erstellt, das am darauffolgenden Wochenende vom Bundeshauptausschuss beraten und ergänzt wurde. Auch die Landesverbände werden noch eingebunden.

Vorankündigung: Veranstaltung zum Thema EU in Frankfurt am Main

Auf Beschluss des Bundeshauptausschusses im vergangenen Jahr ist der ÖDP-Bundesverband beauftragt worden, eine Veranstaltung zum Thema „Welche EU will die ÖDP?“ einzuberufen. Dabei sollen Vertreterinnen und Vertreter des Bundesvorstandes, der Landesverbände, der Arbeitskreise und Kom-

missionen beteiligt werden. Das Programm wird derzeit zusammengestellt. Die Veranstaltung findet vom 19.–21. Mai 2017 im Frankfurter Gewerkschaftshaus, Wilhelm-Leuschner-Str. 69 – 77, 60329 Frankfurt/Main, statt.

Neuwahlen im Bundesarbeitskreis Kommunalpolitik

Der BAK Kommunalpolitik hat einen neuen Vorstand gewählt. Neuer Vorsitzender ist der rheinland-pfälzische ÖDP-Landesvorsitzende Johannes Schneider, selbst Mitglied im Verbandsgemeinderat Bernkastel-Kues. Zum Stellvertreter wurde Walter Konrad gewählt, zu Beisitzern Frank Deworetzki, Dr. Claudius Moseler und Heide Weidemann. Zum Vertreter für die Bundesprogrammkommission wurde Helmut Kauer bestimmt. Alle Gewählten haben Erfahrung mit kommunalen Mandaten. Man einigte sich darauf, das „ÖDP-Kommunal-Wiki“ (gleiche Software wie Wikipedia) als Kommunikationsplattform im Internet für Diskussion und Vernetzung zu nutzen. Alle kommunalen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger sind zur Mitarbeit herzlich eingeladen. Interessierte wenden sich bitte über die E-Mail-Adresse bak.kommunal@oedp.de an den neuen Vorstand.

Neue Internetbeauftragte des ÖDP-Bundesverbandes: Lucia Fischer

Ich hatte in den letzten Monaten vertretungsweise viele Aufgaben im Bereich des Internets übernommen. Um mich wieder stärker auf die Aufgaben eines Generalsekretärs und die politisch-strategische Arbeit konzentrieren zu können, wurde als freie Mitarbeiterin für die Internetbetreuung Lucia Fischer als Honorarkraft eingestellt. Sie übernimmt ab sofort sämtliche Aufgaben rund um das Internet (Typo3-Webseiten der ÖDP, Einrichten von Mail-Adressen usw.) sowie die Koordinierung mit dem Dienstleister für die Server-Betreuung und die Agentur, die für die Programmierung der Typo3-Webseiten verantwortlich zeichnet.

Lucia Fischer ist erreichbar unter der E-Mail-Adresse: webmaster@oedp.de



Dr. Claudius Moseler

Generalsekretär,
ÖDP Bundespolitisches und Kommunalpolitisches Büro
Neckarstr. 27–29
55118 Mainz
Tel.: (0 61 31) 67 98 20
Fax: (0 61 31) 67 98 15



politik@oedp.de

Neues aus dem Europaparlament

von Prof. Dr. Klaus Buchner

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Die Zusammenarbeit der EU mit dem Iran beschäftigt mich gerade sehr. Im Oktober hatte das Europäische Parlament einen Bericht zur Strategie gegenüber dem Iran verabschiedet. Gerade nach dem Abschluss des Nuklearabkommens ruhen die Hoffnungen vieler junger Iranerinnen und Iraner auf der Öffnung ihres Landes. Nur so kann die soziale, gesellschaftliche und wirtschaftliche Situation verbessert werden. Die iranische Führung muss im Gegenzug unbedingt die Lage der Menschenrechte verbessern. Meine Fraktion und ich fordern die Freilassung aller politischen Gefangenen und außerdem eine unabhängige und faire Justiz. Umweltschutz und die Förderung einer ökologisch nachhaltigen Entwicklung müssen ebenfalls unbedingt vorangetrieben werden.

Auch das Thema Mobilfunk hat mich gefordert: So habe ich mich gegen den Vorschlag von Bundesbildungsministerin Johanna Wanka gestellt, Schulen flächendeckend mit WLAN zu versorgen. Diese Idee ist nicht nur pädagogisch unsinnig, sondern spielt auch mit der Gesundheit. Im Rahmen des Fachs Informatik sollten die Schülerinnen und Schüler durchaus lernen, die Digitalisierung für sich zu nutzen. Eine Durchseuchung aller Schulfächer mit digitalen Inhalten ist aber nicht notwendig. Ein Buch ist für die Vermittlung von Wissen sehr viel besser geeignet als ein Bildschirm. Kinder und Jugendliche hantieren in ihrer Freizeit sowieso ständig mit Computern und Smartphones. Zahlreiche Studien kommen zu demselben Ergebnis: Schüler, die in der Schule ihr Smartphone nicht benutzen dürfen, lernen besser und fühlen sich wohler. Der Neurowissenschaftler Spitzer spricht in Bezug auf Wankas Pläne von einer Maßnahme, die zu einer Verdummung der Schüler und zu einer Bildungskatastrophe führen würde.

Ich bin außerdem dagegen, zukünftig in allen öffentlichen Verkehrsmitteln WLAN anzubieten. Da es sehr viele

elektrosensible Menschen gibt, brauchen wir „weiße Zonen“, in denen es keinen Empfang für mobile Endgeräte geben soll. In diese Abteile können sich dann Menschen zurückziehen, die elektrosensibel sind oder sich entspannen möchten. Zwar sind die Grenzwerte für Mobilfunk in Deutschland – gemessen an vielen anderen Ländern – zu hoch und belasteten unnötig die Gesundheit der Menschen, aber nicht jeder reagiert darauf mit Beeinträchtigungen. Allerdings könnte früher oder später jeder von gesundheitlichen Problemen betroffen sein, deren Ursache eine zu hohe Strahlenbelastung ist. Ich hoffe sehr, dass es irgendwann ein Umdenken gibt und die Gefahren der



Meine Mitarbeiterin Angelika Demmerschmidt (Mitte) zu Gast bei der ÖDP München-Land. Links Bernd Knatz, rechts Ursula Esau.

Strahlungen vom Gesetzgeber ernster genommen werden. Selbst der Elektronikkonzern Apple hat einräumen müssen, dass es besser sei, iPhones etwas weg vom Ohr zu halten, um die Strahlung zu minimieren.

Des Weiteren steht das Thema Massentierhaltung und Antibiotikaresistenzen ganz oben auf meiner Agenda. Im Rahmen der Kampagne „Klaus graust's“ reist meine Mitarbeiterin Angelika Demmerschmidt in viele ÖDP-Kreisverbände, um Vorträge zu halten und mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen. Mehr Infos: <http://klausgrausts.eu/>

Es grüßt Sie herzlich

Ihr

Klaus Buchner

Baden-Württemberg

Unterschriftensammlung für die Bundestagswahl und gegen CETA

In Baden-Württemberg steht derzeit die Sammlung von Unterschriften im Vordergrund, zum einen für den Volksantrag gegen CETA, dann aber auch für die Teilnahme an der Bundestagswahl. Bei beiden Sammlungen bitten wir Sie weiterhin sehr um Unterstützung. Neben der Landesliste ist bei Redaktionsschluss in etwa zehn Wahlkreisen auch die Aufstellung eines Direktkandidaten bzw. einer Direktkandidatin erfolgt. In diesen Wahlkreisen sollte unbedingt darauf geachtet werden, dass nach Möglichkeit sowohl für die Landesliste als auch für den Direktkandidaten bzw. die Direktkandidatin unterschrieben wird.

Der nächste Landesparteitag wird am Samstag, 20. Mai stattfinden. Schwerpunkt wird die Vorbereitung des Wahlkampfes zur Bundestagswahl sein. Die Frist für Anträge zum Landesparteitag ist der 25. Februar, die Frist für Änderungsanträge der 8. April 2017.

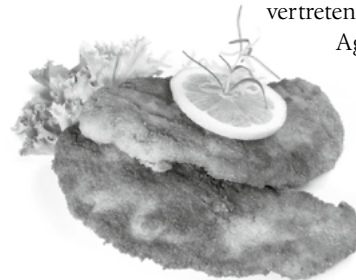
Kontakt: Landesgeschäftsführer Uli Stein
Tel.: (0711) 6364644, info@oedp-bw.de
Regionalbeauftragter Matthias Dietrich
Tel.: (07121) 880104, matthias.dietrich@oedp-bw.de

Bayern

ÖDP kritisiert geplantes Verbot der Bezeichnung „Vegetarisches Schnitzel“

Das von Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt geforderte Verbot der Bezeichnung „Vegetarisches Schnitzel“ und seine gleichzeitige Forderung nach einer Angebotspflicht für Schweinefleisch in allen Schulen offenbart nach Ansicht der bayerischen ÖDP, „woran unser Land am stärksten krank“. „Der ungezügelt Lobbyismus und die Parteispenden von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden verleiten die Politik zu interessengeleiteten Aktionen, die nicht dem Gemeinwohl dienen“, sagte die Passauer ÖDP-Kreisrätin und stellvertretende Landesvorsitzende Agnes Becker.

„Selbstverständlich entscheidet jeder selbst, was er isst. Gleichzeitig ist es aber offenkundig, dass eine Reduzierung



Trauer um Gerhard Gottschalk

Die bayerische ÖDP und die ÖDP im Kreisverband Amberg-Sulzbach trauern um Gerhard Gottschalk, der zu den ersten Mitgliedern der ÖDP in seinem Kreis gehörte und in vielen Funktionen zum Aufbau des ÖDP-Kreisverbandes beitrug. Gerhard Gottschalk starb am 29.12.2016 im Alter von nur 53 Jahren plötzlich und unerwartet nach einem Herzinfarkt.



„Gerhard war eine geradlinige Persönlichkeit mit einer außergewöhnlichen Einsatzbereitschaft und hohen Fachkompetenz in allen ökologischen und demokratischen Fragen. Wir verlieren mit ihm einen überaus engagierten Mitstreiter, einen aufrichtigen Freund und wichtigen Ratgeber. Sein plötzlicher Tod erfüllt uns mit Betroffenheit und Ratlosigkeit. Sein gelebtes Engagement für Ökologie und Erhalt der Schöpfung wird uns Vorbild und Verpflichtung sein“, schrieb ÖDP-Landesvorsitzender Klaus Mrasek in seinem Nachruf.

des Fleischkonsums sinnvoll für das Klima, für die Gesundheit und für eine Welternährung ohne Intensivlandwirtschaft ist. Dass für einen überzogenen Fleischkonsum in den reichen Ländern wertvolle Agrarflächen in den Entwicklungsländern für Futtermittelexporte verbraucht werden, ist auch ein ethisch unhaltbarer Zustand“, so Becker.

ÖDP Bayern gratuliert Roswitha Bendl zum Bundesverdienstkreuz

„Sie ist der Beweis für die gelebte Umsetzung der bayerischen Verfassung. Ihr Engagement ist mustergültig, die Auszeichnung hochverdient“, so der Landesvorsitzende der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP) in Bayern, Klaus Mrasek. Der ÖDP-Chef freut sich über die Auszeichnung von Roswitha Bendl mit dem Verdienstkreuz am Bande der Bundesrepublik Deutschland. Roswitha Bendl ist ein Urgestein der bayerischen ÖDP und war und ist auf allen Ebenen der Partei aktiv und unverzichtbar. „Die Leitidee der bayerischen Verfassung ist das Gemeinwohl. Roswitha Bendl zeigt mit



Foto: Bayerisches Kultusministerium

Staatssekretär Bernd Sibler bei der Ehrung von Roswitha Bendl.

ihrem Engagement in Kirche und Politik eine muster-gültige Umsetzung dieser Leitidee“, lobt Mrasek.

CSU-Staatssekretär Sibler geriet bei der Verleihung der Auszeichnung regelrecht ins Schwärmen. Ausdrücklich lobte er ihr Wirken für die Friedensbewegung, etwa bei Pax Christi, und ihren Einsatz gegen Waffenexporte in Krisenregionen.

Die ehemalige ÖDP-Kreis- und Stadträtin aus Erding „setzt Maßstäbe in ökologischer Politik und pflegt einen bescheidenen, sachorientierten und herzlichen Umgangsstil. Wir sind stolz darauf, dass sie für die ÖDP aktiv ist und die christlichen Werte in Kirche und Gesellschaft mit Leben erfüllt. Herzlichen Glückwunsch zur Auszeichnung“, gratuliert Stephan Treffler, stellvertretender Landesvorsitzender und ÖDP-Kreisvorsitzender in Erding.

Bezirksparteitag der ÖDP Schwaben

Bezirksrat Alexander Abt berichtete beim Bezirksparteitag der ÖDP Schwaben in Buchloe über seine Arbeit im Bezirkstag. Die Bezirksräte der ÖDP haben seit 2013 ein Ideen-Netzwerk gebildet. Die Zahl der ÖDP-Initiativen in den Bezirkstagen wurden hierdurch gesteigert. Bundesvorsitzende Gabriela Schimmer-Göresz und Bezirksvorsitzende Lucia Fischer dankten Alexander Abt für seinen Einsatz im Bezirkstag.



Goldener Reißnagel für Mut, Beharrlichkeit und Widerspruch

Die bayerische ÖDP hat bei einem Kleinen Parteitag in Erding erstmals ihren neuen Preis für Mut, Beharrlichkeit und Widerspruch verliehen: den „Goldenen Reißnagel“. Erste Preisträgerin ist die Landshuter Stadträtin Elke März-Granda. Sie erhielt die Auszeichnung aus den Händen des bayerischen ÖDP-Landesvorsitzenden Klaus Mrasek „für ihren ausdauernden und unerschrockenen Kampf gegen den Schlachthof-Giganten VION“.



Foto: ÖDP Bayern

ÖDP-Landesvorsitzender Klaus Mrasek (v. l.) überreichte den Goldenen Reißnagel an Stadträtin Elke März-Granda. Zu den ersten Gratulanten gehörten die Landshuter Stadträtin Christine Ackermann, Europaabgeordneter Prof. Dr. Klaus Buchner und ÖDP-Bezirksrat Urban Mangold.

„Der umstrittene Schlachthof-Konzern VION, der schon oft genug Probleme mit der Justiz hatte, hat auch am Standort Landshut nicht gesetzeskonform gehandelt“, so Mrasek. Verstöße gegen Tierschutz- und Hygienebestimmungen seien vom Rathaus „viel zu lange unter den Teppich gekehrt worden“.

„Doch auch ein Oberbürgermeister, der um dieses Thema allzu gern einen großen Bogen macht, stößt an seine Grenzen, wenn es unerschrockene ÖDP-Mandatsträger gibt, die zum Widerspruch aufrufen und auch den Kampf mit großen Konzernen nicht scheuen. Elke März-Granda hat das in vorbildlicher Weise getan. Sie hat die Verstöße öffentlich angeprangert. Die VION-Justitiare haben schwere juristische Geschütze aufgeföhren und sogar eine strafbewährte Unterlassungserklärung erwirkt. Doch Recherchen der Medien haben inzwischen klar bestätigt: Elke hat das Richtige getan – im Sinne der Wahrheit, zum Wohl der Tiere“, sagte der bayerische ÖDP-Chef in seiner Laudatio.

Die ÖDP sieht sich selbst als „Anti-Korruptionspartei, die wie ein Reißnagel wirkt“. Der Reißnagel ist Pro-

testsymbol in Anlehnung an das legendäre ÖDP-Wahlplakat „Auch ein kleiner Reißnagel kann einen großen Hintern bewegen“.

Mrasek: „Wer sich in der guten Tradition der ÖDP gegen Spezlwirtschaft und Skandale stemmt und für Umwelt- und Tierschutz kämpft, hat den Goldenen Reißnagel als Auszeichnung verdient!“ Elke März-Granda ermunterte die ÖDP-Delegierten, weiter Missstände anzuprangern: „Ich werde den Reißnagel stets bereithalten, auch für den gerade neu gewählten Landshuter OB.“

Petitionsübergabe: Nein zur Zersiedelung durch das neue Landesentwicklungsprogramm!

Bund Naturschutz-Vorsitzender Hubert Weiger hat zusammen mit Passaus Zweitem Bürgermeister Urban Mangold (ÖDP) und Verbändevertretern eine von 10.000 Bürgerinnen und Bürgern unterzeichnete Petition an Landtagspräsidentin Barbara Stamm übergeben. Die Initiative kritisiert die Lockerung des Anbindegebots im neuen Landesentwicklungsprogramm (LEP). Bisher verlangte das LEP die Angliederung von Gewerbegebieten an bestehende Siedlungen. Mit der von Finanzminister Söder geplanten Abschaffung dieser Regelung „droht eine massive Zersiedelung der

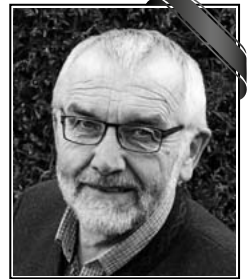


Foto: Bund Naturschutz

Petitionsübergabe im Landtag (erste Reihe v. l.): Stephanie Meier (KLJB), BN-Vorsitzender Hubert Weiger, Landtagspräsidentin Barbara Stamm, ÖDP-Bezirksrat Urban Mangold und Josef Neher, Landesvorsitzender der Katholischen Landvolkbewegung Bayern.

Ludwig Gaßner verstorben

Am 10. Januar 2017 verstarb unerwartet im Alter von 64 Jahren der Vorsitzende des Kreisverbandes Pfaffenhofen, Ludwig Gaßner. Von Beruf Dipl.-Bauingenieur, war er seit 1986 ÖDP-Mitglied und dann Gründungsmitglied des 1989 gegründeten Kreisverbandes, dessen Vorsitz er 2010 übernommen hatte. Auch seinem Engagement ist es zu verdanken, dass die ÖDP in Stadt und Kreis Pfaffenhofen seit 1996 ein fester Bestandteil der Kommunalpolitik geworden ist. Noch vergangenen Sommer war unser Europaabgeordneter Klaus Buchner auf Gaßners Einladung in Pfaffenhofen zu Gast und sprach über die geplanten Freihandelsabkommen. Um Ludwig Gaßner trauern seine Frau und seine zwei Kinder.



bayerischen Kulturlandschaft“, argumentieren die Unterzeichner der Petition im Maximilianeum.

„Die bisher geltende Regelung hatte das landesplanerische Ziel, die lebendige Vielfalt der Landschaften und den erlebbaren Wechsel von offenen Flächen und Siedlungen zu bewahren“, so Mangold. Nach Ansicht des niederbayerischen ÖDP-Vorsitzenden müsse diese Vielfalt auch weiterhin vor Zersiedlung und beliebig angeordneten Gewerbearealen bewahrt werden. „Als Kommunalpolitiker bezweifle ich, dass dieses Vorhaben von Minister Söder mit dem 2003 unter Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände gestarteten ‚Bündnis zum Flächensparen‘ vereinbar ist“, erklärte Mangold bei der Übergabe der Unterschriften an Barbara Stamm.

Im niederbayerischen Bezirkstag ist eine von Mangold beantragte entsprechende Stellungnahme des Bezirks zum LEP kürzlich von CSU und SPD abgelehnt worden.

Kontakt: ÖDP-Bayern
Heuwinkel 6, 94032 Passau
Tel.: (08 51) 93 11-31, Fax: (08 51) 93 11-92
bayern@oedp.de
www.oedp-bayern.de

Berlin**Berliner ÖDP wählt neuen Landesvorstand**

Am Samstag, den 5. November 2016 fand in Berlin-Friedrichshain der ordentliche Parteitag der ÖDP Berlin statt. Zum Landesvorsitzenden wählten die Mitglieder Manfred Tessin aus Friedenau. Der gelernte Versicherungskaufmann war bisher stellv. Landesvor-



Der neue Landesvorstand der ÖDP Berlin (v. l.): Claude Kohnen, Dr. Harald Graetschel, Florence von Bodisco, Pablo Ziller, Manfred Tessin.

sitzender und konnte davor vielfältige Erfahrungen in der Rentnerinnen- und Rentnerpartei sammeln. Für Manfred Tessin ist der Wahlantritt zur Bundestagswahl das wichtigste Ziel der nächsten Monate. Hierzu müssen 2.000 Unterstützungsunterschriften gesammelt werden. Der neue Landesvorsitzende hofft, dass viele Mitglieder sowohl mithelfen, in ihrem Freundes- und Bekanntenkreis zu sammeln, als auch bei Infoständen aktiv sind.

Als erste stellv. Landesvorsitzende wählten die Mitglieder Florence von Bodisco aus Prenzlauer Berg. Die Politikwissenschaftlerin und Mediatorin ist schon seit fast 20 Jahren Mitglied der ÖDP und hat sowohl hauptamtliche als auch ehrenamtliche Erfahrungen gesammelt. Sie möchte sich insbesondere um die Mitglieder und Interessenten kümmern und diese besser in die Parteiarbeit einbinden. Der zweite stellv. Landesvorsitzende ist Claude Kohnen, ebenfalls Politikwissenschaftler aus Prenzlauer Berg. Der gelernte Journalist wird sich insbesondere der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit widmen, um den Bekanntheitsgrad der ÖDP in der Hauptstadt zu verbessern. Bisher hatte Claude Koh-

nen das Amt des Beisitzers im Landesvorstand inne. Schatzmeister ist ab sofort Pablo Ziller aus Neukölln. Der Politikwissenschaftler und „Berlinoschwabe“ kennt sich beim Thema Fundraising und sparsamer Haushaltsführung gut aus und hat sich zum Ziel gesetzt, die Finanzen der Berliner ÖDP so zu stabilisieren, dass wir professionell Wahlkämpfe bestreiten können. Ein „ÖDP-Urgestein“ aus Spandau wählten die Mitglieder zum Beisitzer im Landesvorstand: Dr. Harald Graetschel, Biologe und ÖDP-Gründungsmitglied, möchte sich gerne programmatisch einbringen und die Ökologie wieder in den Mittelpunkt des politischen Handelns stellen. Zu Rechnungsprüfern wurden Dr. Albrecht Walsleben und Dr. Björn Benken gewählt. Als Nachrückerin im Landesschiedsgericht wählten die Mitglieder Karolina Walsleben.

*Kontakt: ÖDP Berlin
Erich-Weinert Straße 134, 10409 Berlin
Tel./Fax: (0 30) 49 85 40 50*

Brandenburg**Ausweitung industrieller Tierhaltung auch im Land Brandenburg geplant!**

Der Landesverband Brandenburg organisiert 2017 diverse Infoveranstaltungen und zeigt den Bürgerinnen und Bürgern politische Alternativen auf. Aus den Gesprächen beim Sammeln der Unterstützungsunterschriften wissen wir: Viele, die unterschreiben, würden auch deshalb die ÖDP wählen! Nur mit großer Anstrengung, dem Engagement unserer Brandenburger Mitglieder und der Hilfe aus anderen Bundesländern werden wir die erforderlichen 2.000 Unterschriften schaffen und damit in Brandenburg wählbar sein! Gratis-Unterkunft und gute Begegnungen: Helfer sind willkommen! Kontakt: torben.bertram@oedp.de

*Kontakt: ÖDP Brandenburg
Tel./Fax: (0 33 81) 79 86 37*

Hamburg**Landesvorstand bestätigt**

Auf unserem Landesparteitag am 10.12.2016 wurde der bisherige Landesvorstand im Amt bestätigt. Leider ist Michael Wikner mittlerweile von seinem Amt zurückgetreten. Der Landesvorstand setzt sich aktuell wie folgt zusammen: Landesvorsitzender ist Volker Behrendt, Stellvertreter ist Benjamin Krohn, Schatzmeister Tobias Montag und Schriftführer Martin Krause. Wir freuen

uns zudem über Alexander Witte, der dem Vorstand neu als Beisitzer zur Verfügung steht.

2016 war das erste seit vier Jahren ohne eine abgehaltene Wahl in Hamburg. Somit haben wir uns als Landesverband im Februar dieses Jahres eine verbesserte Öffentlichkeitsarbeit vorgenommen. Ein Ergebnis ist der nun schon in der dritten Ausgabe quartalsweise erscheinende Newsletter, in dem wir über Aktuelles aus dem Landesverband berichten (Anmeldung auf www.oedp-hamburg.de). Ebenfalls wurden 5 Pressemitteilungen in der Online-Version eines regional erscheinenden Wochenblattes veröffentlicht. Unter anderem ging es dabei um die Kritik an der Planung eines Gewerbegebietes im Hamburger Osten.

Für 2017 sind die Verleihung eines Nachhaltigkeitspreises, eine Filmvorführung und eine erweiterte Ausstattung unseres Infostandes (Give-aways und interaktives Spiel) in Vorbereitung. Zu den Give-aways gehören unter anderem selbst gestaltete und produzierte Buttons mit kreativen Kurzbotschaften und To-go-Becher



V. l. n. r.: Martin Krause, Volker Behrendt, Alexander Witte, Tobias Montag, Benjamin Krohn.

mit dem Aufdruck „no waste“, die gerade von uns getestet werden. Weitere Informationen dazu folgen.

Unser Ziel ist es, bei der Bundestagswahl mit einer Landesliste und möglichst vielen Direktkandidaten anzutreten. Aktuell (Stand: Mitte Januar 2017) sind 33 % der Unterschriften für die Landesliste gesammelt und 4 von 6 Direktkandidaten aufgestellt, für die ebenfalls mit gesammelt wird. Durch einen gut geplanten Wahlkampf erhoffen wir uns eine Steigerung unseres guten Bürgerschaftswahlergebnisses, größere Bekanntheit der ÖDP im Norden sowie neue Mitglieder und Aktive.

*Kontakt: ÖDP Hamburg
Curt-Bär-Weg 118, 21035 Hamburg
Tel.: (01 76) 57 39 58 93, info@oedp-hamburg.de*

Nordrhein-Westfalen**Superwahljahr in NRW**

Der Landesverband Nordrhein-Westfalen ist seit der Winterpause über den Jahreswechsel ganz auf die kommenden Wahlkämpfe in NRW (14. Mai 2017 Landtagswahl, September 2017 Bundestagswahl) ausgerichtet.

Im Dezember hat der Landesvorstand auf seiner Klausurtagung in Münster die Wahlkampfstrategie besprochen und via Abstimmungen festgelegt. Es wird moderner, jünger und auch ein bisschen frecher. Von den rund 384.000 Erstwählern bei der Landtagswahl 2012 ausgehend, sehen wir dringenden Bedarf, auch diese jungen Menschen anzusprechen und zu interessieren.

Die Landeshomepage (www.oedp-nrw.de) zeigt einen Überblick zu unseren Positionen und stellt die Kandidatinnen und Kandidaten vor. Social-Media-Plattformen wie Facebook und Twitter werden tagesaktuell gehalten und stellen die Politik der ÖDP NRW im Kontext der medialen Meldungen dar.

Zusätzlich erreichen wir große Aufmerksamkeit durch Kandidatenfotos „aus dem Alltag heraus“, die mit persönlichen Statements kombiniert werden. Die Bearbeitung einer eigenen Wahlkampf-Homepage beginnt zeitnah und wird Themen, unser Wahlmotto #menschvorprofit betreffend, gezielt in den Vordergrund stellen und aufzeigen.

Natürlich arbeitet auch unsere Basis in NRW verstärkt an unseren gemeinsamen Zielen mit. In Olpe wird zum Beispiel ein neuer Kreisverband gegründet. Ortsverbände, u.a. in Essen und Marl, sind in Planung und es beginnen Gespräche über Stadtzugehörigkeiten der Kreisverbände, um die Arbeit effektiver zu gestalten. Des Weiteren finden in den nächsten Wochen Kandidatentreffen statt, um sich auszutauschen und Bildmaterial für den Wahlkampf zu generieren.

Eine große Herausforderung ist zurzeit die Aktualisierung des Landesprogramms, das für uns das Fundament unseres Wahlkampfes ist. Aktuell erreichen uns bereits zahlreiche Änderungsanträge, z.B. zu den Bereichen Innere Sicherheit, Luftreinhaltung, Grundkommen, Bildung und Ernährung.

Die Aufstellung der Direktkandidaten ist größtenteils abgeschlossen, Formalien werden erledigt und ab Februar geht es bereits in den Kreisverbänden vor Ort „auf die Straße“. Es werden, sowohl vom Landesvorstand als auch von den Kreisverbänden selbst, Infostände und Veranstaltungen zu den Wahlen organisiert.

In Bottrop findet am 18.02.2017 der nächste Landesparteitag statt. Dort wird alles Weitere besprochen und abgestimmt, um anschließend direkt in die heiße Phase des Landtagswahlkampfes überzugehen. Klare Priorität hat die Sammlung von Unterstützungsunterschriften, bei denen wir noch Luft nach oben haben. Allerdings sind wir zuversichtlich, fristgerecht alle erforderlichen Unterschriften zusammen mit den Wahlunterlagen beim Landeswahlleiter einreichen zu können. In diesem Sinne halten wir uns klar an das „Rheinische Grundgesetz“. Hier die Paragraphen 2 und 3:

§ 2 : Et kütt wie et kütt.

§ 3 : Et hätt noch immer jot jegenge.

Sachsen

Die Weichen auf das Ziel Bundestagswahl gestellt

Fast alle Ressourcen des Landesverbandes Sachsen werden bis September 2017 für den Antritt bei der Wahl zum Deutschen Bundestag eingesetzt und für einen möglichst effizienten und fantasievollen Wahlkampf. Der Verband ist jetzt, Mitte Januar, auf einem guten Weg beim Sammeln der Unterstützungsunterschriften, aber die größte Wegstrecke liegt noch vor ihm. Gesammelt wurde bislang vor allem im Bekanntenkreis und in den größeren Städten Dresden, Leipzig und Chemnitz. Es folgen als nächstes Touren in die Orte Zwickau, Bautzen, Heidenau, Pirna, Görlitz und Freital. Wem hier unangenehme Pressemeldungen durch den Kopf gehen, kann erahnen, dass die sächsische Provinz schwieriges Terrain ist. Es wäre aber sicher verkehrt, die rechten Umtriebe als Stempel auf die „normale“ Bevölkerung zu drücken. Es gibt allerorten herzliche und offene Menschen, die – wenn sie vom politischen Engagement in der ÖDP hören (die hier fast keiner kennt) – einem Mut zusprechen und Standhaftigkeit wünschen. Mit jedem Erwähnen und Erklären, wofür die Abkürzung „ÖDP“ steht, ist dieser Name einen Wellenschlag weiter verbreitet, selbst wenn die Unterschrift verweigert wird. Als kleines Schmankerl am Rande soll nicht unerwähnt bleiben, dass Frauke Petry im Wahlkreis Ostergebirge-Sächsische Schweiz für die AfD als Direktkandidatin antritt und hier unter anderem auf den noch zu nominierenden Direktkandidaten der ÖDP – den Landesvorsitzenden Dirk Zimmermann – treffen wird. Im Dezember bekam der Landesverband auch schon mal tatkräftige Unterstützung beim Unterschriften-sammeln von Bundesvorstandsmitglied Angela Binder

und dem niedersächsischen Landesschatzmeister Iko Schneider, denen an dieser Stelle nochmals herzlich gedankt sei.

Als Vorausblick auf die geplanten Aktivitäten im ersten Halbjahr 2017 könnte der anstehende Landesparteitag genannt werden, der voraussichtlich im April stattfinden wird und bei dem der Landesvorstand neu gewählt werden muss. Auch öffentliche Vorträge zu aktuellen Themen der ÖDP sind für Leipzig und Dresden in Planung.

Kontakt: ÖDP Sachsen

Zur Pappel 8, 01728 Bannewitz

Tel.: (03 51) 417 28 21, info@oedp-sachsen.de

Thüringen

Mitgliederehrungen

Im ÖDP-Landesverband Thüringen gab es dieses Mal einige Anlässe zum Feiern. In der 23-jährigen Geschichte des Landesverbandes waren und sind die Jubilarinnen und Jubilare eine große Stütze. Der Landesvorstand gratuliert auf diesem Wege Dr. Ute Böttger, Jena, zum 60. Geburtstag; Kuno Binder, Jena, zum 75. Geburtstag; Hildegunde Koch, Breitenbach, zum 60. Geburtstag und Rolf-Klaus Niekler, Leinefelde, zum 80. Geburtstag. Gesundheit und Zufriedenheit wünscht der Landesvorstand für das neue Lebensjahr.

Alle sind langjährige ÖDP-Mitglieder mit vielfältigen Begabungen. Sie engagieren sich seit vielen Jahren für die ÖDP. Besonders in der Gründungszeit haben sie wertvolle Aufbauhilfe vor Ort geleistet. Als Kandidatin und Kandidat zu den Wahlen trugen sie dazu bei, dass die ÖDP in Thüringen wählbar ist. Beim Sammeln von Unterstützungsunterschriften trugen sie dazu bei, dass die Grundlage der Wahlzulassungen für Kommunalwahlen, Wahlen zum Bundestag und zum Europäischen Parlament geschaffen wurde. Mit Ideen für die Kommunalpolitik, beim Verteilen von Informationen, Empfehlungen-Aussprechen oder beim Plakate-Aufhängen – in alle den vielen Jahren gab es für die ÖDP immer viel zu tun. Sie haben dazu beigetragen, die ÖDP bekannt zu machen und den Menschen nahezubringen.

Wir danken herzlich für ihr Engagement und die positiven Impulse für die demokratische Entwicklung und ökologische Politik in Thüringen.

Kontakt: ÖDP Thüringen

Alte Chaussee 3, 37339 Worbis

Tel.: (03 60 74) 9 25 95, info@oedp-thueringen.de

www.oedp-thueringen.de

Wachstum ohne Grenzen?

Das wollen wir für unsere Wirtschaft nicht!

Dennoch müssen WIR als Partei weiter wachsen. Nur so können wir unsere Anliegen in die Politik tragen. Dafür brauchen wir noch mehr engagierte Mitglieder. Helfen Sie durch Ihren ÖDP-Beitritt mit, den Druck auf die politisch Verantwortlichen zu verstärken, damit der Verbrauch an Energie und Rohstoffen, an Wasser und sauberer Luft, an Natur und Steuermitteln deutlich gesenkt wird.

Beitrittsantrag

Ich beantrage die Mitgliedschaft in der Ökologisch-Demokratischen Partei und bin mindestens 14 Jahre alt.

Ich verstehe mich eher als

reguläre Mitgliedschaft Schnuppermitglied

Schnuppermitglieder sind im ersten Jahr beitragsfrei, danach werden Sie automatisch zahlendes Mitglied, solange Sie nicht kündigen. Kurz vor dem Ende der Schnuppermitgliedschaft erhalten Sie eine schriftliche Benachrichtigung. Eine Schnuppermitgliedschaft ist nur bei Neueintritten möglich und kann nicht verlängert werden.

X Pflichtfeld, bitte ausfüllen!

X
Name

X
Vorname

X
Straße/Hausnr.

.....
Kreis

X
PLZ/Ort

.....
Tel./Fax

.....
Mobil

.....
E-Mail

.....
Beruf

X
Geburtsdag

.....
Der Beitritt wurde mir empfohlen von

.....
Frühere Parteimitgliedschaften:

..... von bis

..... von bis

.....
Aktuelle Parteimitgliedschaft(en):

.....
Name der Partei(en)

Ich zahle (als Schnuppermitglied nach dem ersten Jahr) den

Familienbeitrag von 7,00 pro Monat
(bitte Familienmitglieder auf der Rückseite eintragen)

Seniorenbeitrag von 3,50 Euro pro Monat

ermäßigten Beitrag von 1 Euro pro Monat
(gilt für Schüler, Studenten, ALG-II-Empfänger)

Ich zahle freiwillig 12 Euro/ Jahr für die Mitgliederzeitschrift „ÖkologiePolitik“.

Ich zahle außerdem einen zusätzlichen jährlichen Förderbeitrag (Zuwendung) in Höhe von Euro.

Ich ermächtige die ÖDP bis auf Widerruf, meinen Beitrag von meinem Konto einzuziehen:

jährliche halbjährliche Abbuchung

.....
Kontoinhaber(in)

.....
Name der Bank

.....
Konto-Nr. BLZ

.....
BIC

.....
IBAN

.....
Zuwendungen und Mitgliedsbeiträge an politische Parteien sind

steuerlich absetzbar. Mit Ihrem Steuerausgleich bekommen Sie

unabhängig von Ihrem persönlichen Steuersatz 50 Prozent des

jeweiligen Betrags vom Finanzamt zurückerstattet (§34g EStG).

.....
Ich verpflichte mich, die Satzung der ÖDP einzuhalten und

mich für ihre Ziele einzusetzen, wie sie im Grundsatzprogramm

festgelegt sind. Unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der ÖDP

ist die gleichzeitige Mitgliedschaft bei anderen Parteien, der

Organisation Scientology oder die Zugehörigkeit zur „Reichsbürger-

bewegung“.

Ich möchte **nicht** automatisch Mitglied der „Bundesvereinigung

Junge Ökologen“ sein (nur Personen unter 33 Jahren).

X
Datum

X
Unterschrift

.....
Bitte senden Sie diesen Antrag an:

.....
ÖDP-Bundesgeschäftsstelle

.....
Pommerngasse 1 | 97070 Würzburg

.....
Tel.: (09 31) 4 04 86 - 0 | Fax: (09 31) 4 04 86 - 29

.....
info@oedp.de | www.oedp.de

Bundesparteitag in Bonn: neuer Bundesvorstand der ÖDP gewählt

Die Delegierten des Bundesparteitages in Bonn haben am 19./20.11.2016 gewählt und die Verantwortung für zwei Jahre an der Spitze der Partei in die Hände folgender Mistreiterinnen und Mitstreiter gelegt:

Bundesvorsitzende Gabriela Schimmer-Göresz herzlich. „Wir wünschen Ihnen für Ihre neuen Aufgaben viel Kraft und gutes Gelingen“, sagte Schimmer-Göresz im Namen der gesamten Partei.

Der Parteitag mit seiner ambitionierten Tagesordnung hat nicht nur den Vorstand neu gewählt, sondern auch wichtige Satzungsänderungen und programmatische Fortschreibungen vorgenommen. Auch die öffentlichkeitswirksame „Entschleunigungs-Demo“ über den Bonner Markt hat Zeit benötigt, sodass das Gros der Programm-anträge auf einem Fortsetzungsparteitag im März diskutiert und abgestimmt werden muss.

Der Bundesvorstand setzt seine wichtigste Aufgabe fort: die flächendeckende Teilnahme der ÖDP an der Bundestagswahl 2017 sowie die Organisation eines Wahlkampfes, der die ÖDP mit ihrer zentralen Botschaft „Mensch vor Profit“ für die unzufriedenen und nach einer verantwortbaren Alternative suchenden Wählerinnen und Wähler, ob jung oder alt, erkennbar und selbstverständlich auch wählbar werden lässt.

Immer wieder wurde auf dem Parteitag die Gemeinschaft beschworen und der Hoffnung Ausdruck verliehen, dass sich ob dieses Projektes alle Mitglieder angesprochen fühlen. ÖDP, das ist und bleibt eine Gemeinschaftsaufgabe. Ja, eine Verpflichtung; und die Auftraggeber sind die noch nicht geborenen Menschen-Generationen, die Lebewesen ohne Stimme – Pflanzen, Tiere, Ozeane, Böden, Wälder und die Atmosphäre.

Hermann Schweiger legt alle Parteiämter nieder

Das im November wiedergewählte, langjährige Bundesvorstandsmitglied Dr. Hermann Schweiger, der für die ÖDP auch im Ansbacher Kreistag ein Mandat innehatte, hat Anfang Februar alle Ämter niedergelegt. Er begründete dies mit Ermittlungen der Staatsanwaltschaft gegen ihn. Die Parteiführung der ÖDP sowie sein Kreisverband zeigten sich dankbar, dass Dr. Hermann Schweiger die in dieser schwierigen Situation gebotenen Konsequenzen gezogen hatte. Dadurch konnte Schweiger frühzeitig Schaden von der Partei abwenden.



Die Delegierten des Bundesparteitages in Bonn.

Bundesvorsitzende:

Gabriela Schimmer-Göresz (LV Bayern), Osterberg-Weiler (Kreis Neu-Ulm)

1. Stellv. Bundesvorsitzende:

Agnes Becker (LV Bayern), Wegscheid (Kreis Passau)

2. Stellv. Bundesvorsitzende:

Angela Binder (LV Hessen), Linsengericht (bei Frankfurt/Main)

Schatzmeister:

Christoph Raabs (LV Bayern), Neustadt (bei Coburg)

Schriftführerin:

Dr. Ellen Eigemeier (LV Rheinland-Pfalz), Mainz

Beisitzer:

Volker Behrendt (LV Hamburg), Hamburg

Dr. Manfred Link (LV Bayern), Gersthofen im Landkreis Augsburg

Urban Mangold (LV Bayern), Passau

Bei Christine Stankus, Ludwig Maier und Benjamin Jäger, die uns im vorherigen Vorstand mit Rat und Tat zur Seite standen, bedankte sich die wiedergewählte

ÖDP auf Demo „Wir haben es satt!“

Die ÖDP hat am 21.01.2017 in Berlin für eine umweltgerechte Landwirtschaft demonstriert. Ein breites Agrarbündnis hatte knapp 20.000 Menschen mobilisiert, die unter dem Motto „Wir haben es satt!“ gegen Überdüngung, Pestizideinsätze, Agrogentechnik und Massentierhaltung protestierten.

Gegen diesen Flächenbrand bot sich die ÖDP als Feuerwehr an: Mit einem Feuerwehr-Oldtimer reihte sie sich mit vielen Mitgliedern und Sympathisanten in die Reihe der Protest-Traktoren und Themenwagen ein.

Lieber Manfred Link, wie hast du den Auftritt der ÖDP auf der Demo wahrgenommen?

Insgesamt hat sich der ÖDP-Auftritt bei der Demo „Wir haben es satt!“ gelohnt. Wir konnten uns vor den Mitdemonstranten und den vielen Zuschauern am Rande der Demo mit Transparenten und Flaggen präsentieren und dadurch bekannter machen. Auch hat mich das gezeigte Interesse der Besucher am ÖDP-Infostand vor dem Brandenburger Tor angenehm berührt.

Ganz besonders hat mich begeistert, dass Menschen bei der Demo unserem roten Auto hinterhergelaufen sind und auf der montierten Theke Unterstützungsunterschriften (UU) geleistet haben.

Was sind die nächsten Meilensteine für eine erfolgreiche, flächendeckende Teilnahme der ÖDP an der Bundestagswahl 2017?

Die nächsten Meilensteine sind bereits fixiert bzw. anvisiert: Am 18.02. findet der LHA des LV BY statt, auf dem über die bayerische Landesliste abgestimmt wird, und wenige Tage danach beginnt die UU-Sammlung im südlichsten Bundesland. Mitte März werden wir die bis dahin gesammelten UU einer kritischen Prüfung unterziehen und ggf. Maßnahmen für die Rekrutierung zusätzlicher Sammlerinnen und Sammler beschließen, um das gesteckte Ziel zu erreichen.

Fortwährend sind in fast allen Bundesländern Funktionsträger, andere Mitglieder und Sympathisanten mit Sammelbrettern am Rande von Events (z.B. Hochzeitsmessen) unterwegs und zusätzlich werden Infostände aufgestellt, um sich mit Bürgerinnen und Bürgern im persönlichen Gespräch über unser Wahl-

Am Rande der Abschlusskundgebung warb die ÖDP mit einem Infostand für ihre Positionen. Dabei konnten innerhalb weniger Stunden weit über 400 Unterstützungsunterschriften für die Bundestagswahl gewonnen werden.

„2.000 Unterschriften brauchen wir allein in Berlin“, erklärt Jens-Eberhard Jahn, Landeswahlbeauftragter der ÖDP für Berlin. „Allein auf dem Demo-Wochenende haben wir über 10% davon bekommen. Die Menschen wollen, dass sie auf dem Stimmzettel eine ökologische Alternative auffinden können.“ Bis Juni müsse nun aktiv weitergesammelt werden. Jede Unterschrift zähle!



TeilnehmerInnen der Demo. Fünfter v.l.: Manfred Link, im Bundesvorstand hauptverantwortlich für die Bundestagswahl 2017.

programm auszutauschen und dabei von ihnen UU einzusammeln. Auch das Sammeln vor Universitäten hat sich als Erfolg versprechend herausgestellt. Unsere Deadline ist Ende Juni; bis dahin wollen wir mit dem Sammeln von UU durch sein.

Du koordinierst die Unterschriftensammlung und den Wahlkampf der ÖDP für die Bundestagswahl. Wie bist du mit dem bisherigen Stand der Unterstützungsunterschriften zufrieden?

Wenn ich das bisherige Sammelergebnis hochrechnen kann ich vor allem mit den Zahlen der kleinen LV nicht zufrieden sein. Wir sind mit Verzögerung gestartet. Aber nach den bisherigen Erfahrungen liefern die letzten beiden Sammelmonate überdurchschnittlich viele UU. Wir bauen auch auf die Solidarität unter den Sammlern und erwarten, dass diejenigen, die ihre LV abgeschlossen haben, die anderen unterstützen.

Wird die ÖDP bundesweit auf dem Wahlzettel stehen?

Im Prinzip ja. Nach heutigem Stand haben drei kleine Bundesländer noch nicht aufgestellt. Wir haben noch fünf Monate Zeit. Eine relativ sichere Prognose kann ich aber erst etwa Mitte Mai abgeben.

Junge Ökologen wählen neuen Bundesvorstand!

Mächtig frischer Wind in der ÖDP-Jugendorganisation

Am 12. November 2016 fand in Würzburg die Bundesversammlung der Jungen Ökologen statt. 19 Mitglieder waren anwesend und konnten ihre Vorschläge für zukünftige Aktionen einbringen. Gewählte Mitglieder

JÖ freut sich jedoch auch über verzelte Mitglieder, wie eine Gruppe von 3 Aktiven in Rheinland-Pfalz oder 2 in Hessen. Wir arbeiten derzeit an einer besseren Vernetzung der JÖler miteinander und bemühen uns mithilfe neuer Kommuni-



TeilnehmerInnen des Treffens in Würzburg im November 2016.

des neuen Vorstandes sind Christian Stadelmann (1. Vorsitzender), Emilia Kirner (1. stellvertretende Vorsitzende), Felix Sailer (2. stellvertretender Vorsitzender); Esther Wagenhäuser, Karolina Walsleben und Christoph Walsleben sind Beisitzer. Jedem der Mitglieder wurden eigene Aufgabenbereiche zugeteilt.

Die JÖ hatte in letzter Zeit einen ansehnlichen Zuwachs an Mitgliedern zu verzeichnen. Die Mitgliederanzahl stieg, vor allem durch Neugründungen in Bayern, von 108 auf 133. Auch in Nordrhein-Westfalen sind 14 Junge Aktive verzeichnet. Die

kationsmittel, die Verständigung stetig zu verbessern. Für das kommende Jahr sollen die angestoßenen Ideen umgesetzt und die Aktivität der JÖ allgemein erhöht werden.

Der Workshop zur EU-Politik, organisiert von Florence von Bodisco und Pablo Ziller, der im September in Berlin stattfand, war vielen Teilnehmern noch positiv in Erinnerung und brachte für die TeilnehmerInnen die nötige Aufbruchstimmung.

Ähnliche Veranstaltungen sollen vom Bundesvorstand der Jungen Ökologen zukünftig organisiert



werden. Inzwischen kümmert sich ein Arbeitskreis um die Planungen für einen Besuch im EU-Parlament und ein Themen-Wochenende (Zielgruppe sind Junge Ökologen und alle, die es werden wollen). Mitglieder des Arbeitskreises sind Leander Hahn, Florian Reinhart, Nadine Schuller und Felix Sailer. Viele weitere Ideen für Unternehmungen unterschiedlicher Art sind entstanden und deren Planung läuft.

Die Mitglieder der JÖ möchten auch beim ÖDP-Bundestagswahlkampf und der Unterschriften-sammlung für die dazu notwendigen Unterstützungsunterschriften ihren Beitrag leisten. Des Weiteren laufen die Planungen für ein neues Logo der JÖ.

Wer Lust hat, sich bei den Jungen Ökologen zu engagieren, meldet sich einfach bei karolina.walsleben@jungeoekologen.de oder schaut auf unsere Internetseite www.jungeoekologen.de, wo auch Links zu den sozialen Medien und den Regionalgruppen zu finden sind.

JÖ-Seminar

Am Wochenende vom **7. – 9. Juli 2017** organisieren die Jungen Ökologen ein **Seminar in Würzburg**.

Die Themen reichen von der Diskussion des human-ökologischen Grundeinkommens bis hin zur Ideensammlung für Aktionsmöglichkeiten in den Regionalverbänden. Eingeladen sind Junge Ökologen und ÖDP-Mitglieder jünger als 33. Mehr Infos gibt es auf unserer Website www.jungeoekologen.de.

Interessenten können sich auch direkt per E-Mail wenden an:

felix.sailer@jungeoekologen.de.

Der neue Vorstand der JÖ

Christian Stadelmann Bundesvorsitzender



Jahrgang 1991, studiert in Erlangen (Elektrotechnik). Zu den Jungen Ökologen kam er durch ein Mitglied, der ihn auf die ständige Überwachung durch Privatwirtschaft und Staat aufmerksam gemacht hat. Im neuen Bundesvorstand der JÖ kümmert er sich um Organisation des Vorstands, formale Dinge wie Protokolle und die Finanzen.

christian.stadelmann@jungeoekologen.de

Emilia Kirner Stellvertretende Vorsitzende



Jahrgang 1997, studiert Ernährungswissenschaften an der TU München. Kommt ursprünglich aus Hohenthann, ein Dorf in der Nähe von Landshut. Dort hat sie 2015 die JÖ Landshut gegründet und ist seitdem in der JÖ tätig. Seit Beginn des Jahres 2016 engagiert sie sich in der JÖ Niederbayern und nun auch im Bundesvorstand der JÖ.

Sie will sich besonders für den Umweltschutz einsetzen, insbesondere natürlich in Bezug auf Ernährung und Versorgung. Im JÖ-Bundesvorstand wird sie sich um die sozialen Netzwerke wie Facebook, Twitter oder Instagram kümmern. Sie will damit die junge Altersgruppe ansprechen und das geht am besten über das Internet.

emilia.kirner@jungeoekologen.de

Felix Sailer 2. stellvertretender Vorsitzender



Jahrgang 1994 und kommt aus Schwandorf (Bayern, Oberpfalz). Derzeit studiert er in Regensburg Lehramt für Grundschulen. Seit einigen Jahren ist er bei der ÖDP aktiv, sowohl in Schwandorf als auch bei den Jungen Ökologen Oberpfalz. Seine Lieblingsthemen bei der ÖDP sind das Grundeinkommen und insgesamt alles, was unser Sozialsystem betrifft.

Im Bundesvorstand der Jungen Ökologen besteht seine Aufgabe darin, Veranstaltungen auf Bundesebene zu organisieren. Außerdem unterstützt er die Regionalverbände mit Ideen und bei der Umsetzung von Aktionen vor Ort. Er freut sich über alle Anregungen, Fragen und Wünsche.

felix.sailer@jungeoekologen.de

Karolina Walsleben Beisitzerin



Jahrgang 1996, aus Berlin. Sie studiert in einem Deutsch-Französischen Studiengang. Vor circa 2 Jahren ist sie in die ÖDP eingetreten und im Moment versucht sie einen JÖ-Verband in Berlin aufzubauen.

Im Bundesvorstand der JÖ ist sie als Beisitzerin für die Information und Begrüßung neuer Mitglieder sowie für die Vernetzung der Mitglieder untereinander verantwortlich. Auch wenn es um Neugründungen von lokalen/regionalen Verbänden oder deren Verwaltung geht, ist sie Ansprechpartnerin.

karolina.walsleben@jungeoekologen.de

Christoph Walsleben Beisitzer



Jahrgang 1994 und studiert derzeit Medizin in Halle (Saale), verbrachte aber den Großteil seiner Kindheit in Berlin. Beigetreten ist er der ÖDP vor zwei Jahren und war vor Studienbeginn im Landesverband Berlin aktiv. Insbesondere interessieren ihn der Umweltschutz und der Verbraucherschutz.

Seine Aufgabe besteht darin, den Informationsfluss zwischen den Verbänden und auch zur Bundes-ÖDP zu gewährleisten. Zudem übernimmt er weitere organisatorische Aufgaben innerhalb der Partei und möchte bei allen Projekten unterstützend mitwirken.

christoph.walsleben@jungeoekologen.de

Esther Wagenhäuser Beisitzerin



Jahrgang 1988 und im Maintal aufgewachsen. Sie studierte den Bachelor Erneuerbare Energien in der Region Ansbach und beendet gerade ihr Masterstudium der elektrischen Energiesysteme an der Uni Magdeburg. Seit ihrem 16. Lebensjahr ist sie Mitglied der ÖDP und engagiert sich auf Kreis- und Bezirksebene sowie bei Landes- und Bundesparteitagen. In der JÖ ist sie seit vielen Jahren Mitglied. Unter anderem war sie bis 2016 stellvertretende Bundesvorsitzende. Neben der Kontaktpflege zur ÖDP betreut sie die Pressemeldungen für lokale und regionsübergreifende Medien sowie unsere Webseite.

esther.wagenhaeuser@jungeoekologen.de

ÖDP verhindert Geflügelmastanlage

Sind Sie dafür, dass die Stadt Schwandorf alle Möglichkeiten ergreift, damit auf dem Gebiet Kapflhof keine Geflügelmastanlage errichtet wird?

Mit dieser Fragestellung startete ein Aktionsbündnis unter maßgeblicher Mitwirkung der ÖDP ein Bürger-



Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses: ÖDP-Kreisvorsitzender und Stadtrat Alfred Damm (vorne rechts) feiert mit weiteren Unterstützern des Bürgerbegehrens das Nein zur Geflügelmastanlage.

begehren in der Stadt Schwandorf. 73,3 % der Abstimmenden unterstützten das Begehren und verpflichteten die Stadt, die Beschlüsse zur Ausweisung eines Sondergebietes wieder aufzuheben. Der CSU-Oberbürgermeister Andreas Feller sah in dem Votum erwartungsgemäß eine „Schwächung des Standortes“, doch Bürgerbegehren-Mitinitiator und ÖDP-Stadtrat Alfred Damm erklärte unmissverständlich: „Die Mehrheit hat entschieden. Dass die Schwandorfer diese Art der Massentierhaltung nicht wollen, ist ein wichtiges Zeichen. Ich bin froh, dass dieses Thema endlich ins Bewusstsein der Bürger gebracht worden ist.“ Ein Erfolg für den Tierschutz dank beharrlichen ÖDP-Engagements.

Tagung „Die europäische Handelspolitik auf dem Prüfstand“

am **28./29. April 2017**
PfalzAkademie, Lambrecht

Anmeldefrist: 22. März 2017

Alle Infos unter:
www.stiftung-oekologie-u-demokratie.de

Führungswechsel bei der ÖDP Oberbayern

Führungswechsel bei der ÖDP Oberbayern: Der bisherige Stellvertretende Bezirksvorsitzende Wilhelm Bothar, Stadtrat in Bad Aibling, führt künftig den Bezirksverband der ÖDP Oberbayern. Sein Amtsvorgänger, der Ingolstädter Stadtrat Franz Hofmaier, wird künftig gemeinsam mit der Ebersberger Kreisvorsitzenden Rosi Reindl Stellvertreter des Vorsitzenden sein. Schatzmeister des Bezirksverbandes bleibt Steffen Gölzner (Kreisverband Landsberg), das Amt der Schriftführerin übernimmt Christine Mehlo-Plath vom Kreisverband Rosenheim. Als Beisitzer vervollständigen Angela Kern (KV Freising), Sebastian Sonner (KV Mühldorf), Dieter Kreis (KV Fürstenfeldbruck) und Katharina Floßmann (KV Garmisch) das Team.

Der bisherige Vorsitzende Franz Hofmaier kritisierte in seinem Rechenschaftsbericht den nach wie vor viel zu hohen Flächenverbrauch, dankte für das Engage-



Wilhelm Bothar, ÖDP Bayern

ment gegen CETA, das Anfang kommenden Jahres mit einem Volksbegehren in eine weitere Runde mündet, und betonte, dass man Klimawandel und Energiewende nicht aussitzen könne: Jüngstes spürbares Zeichen eines Wandels seien die verbreiteten Starkregenereignisse dieses Sommers, die Handlungsstrategien vor Ort erforderlich machen.

Réaction en chaîne
Kettenreaktion
Kettingreactie **TIHANGE**
le 25 juin 2017

90 km de Chaîne humaine
TIHANGE – LIÈGE – MAASTRICHT – AACHEN

MENSCHENKETTE MENSENKETTING

„5-vor-12-Demo“ der ÖDP durch Aachen zum Kettenschluss-Ort an der Jakobskirche
Treffpunkt ab **11.30 Uhr** am Vorplatz des Hauptbahnhofs in Aachen.
Rückfragen an Kurt Rieder:
kurt.rieder@oedp.de

Seminar & Workshop 27. - 28.5.2017

Politische Kampagnen in stürmischen Zeiten

Anmeldung: bodisco@klausbuchner.eu
Ort: Nürnberg, Tagungshotel
Anmeldeschluss: 1. Mai 2017
Referenten: Florence von Bodisco
Angelika Demmerschmidt
Pablo Ziller



Veranstaltungen der ÖDP München im Frühjahr 2017

- 16. März um 19:00 Uhr** Hochschule für Philosophie (Kaulbachstr. 33)
Günter Grzega (Ex-Vorstandsvors. der Spardabank München):
„Wie verspekuliert die Finanzwirtschaft unsere Zukunft?“ – mit der Gemeinwohlökonomie zu sozialer Gerechtigkeit
- 10. April um 19 Uhr** in der Hochschule für Philosophie
Prof. Dr. Klaus Buchner (ÖDP-Europaabgeordneter)
„Risiko multiresistente Keime in Krankenhäusern“ – wie die Massentierhaltung unser Leben bedroht
- 1. Mai um 19 Uhr** im Theater Leopold 17, Leopoldstr. 17
Prof. Dr. Mausfeld (Lehrstuhlinhaber und Buchautor)
„Wie werden Meinung und Demokratie gesteuert?“ – Methoden, Wirkungen, Hintergründe
- 22. Mai um 19 Uhr** in der Hochschule für Philosophie
Rainer Stadler (Redakteur der Süddeutschen Zeitung)
„Die Ökonomisierung der Familien und ihre Folgen“ – Wertschätzung und Erziehungsgehalt statt neoliberaler Dogmen
- 19. Juni um 19 Uhr** in der Hochschule für Philosophie
Yvonne Hofstetter (IT-Unternehmerin und Buchautorin)
„Das Ende der Demokratie“ – wie Big Data und künstliche Intelligenz uns bedrohen
- Vorschau: 4. September** im Freiheiz
Daniele Ganser (Friedensforscher und Buchautor)
„Illegale Kriege“ – Hintergründe zu den wahren Interessen der Großmächte

Weitere Infos: www.oedp-muenchen.de
» Aktuelles » Termine und Vorträge

Wölfe in Niedersachsen: Bereicherung der Artenvielfalt

ÖDP fordert Verbesserung des Wolfsmanagements und besseren Schutz für Nutztierhalter.

Nach 150 Jahren des Verschwindens ist der Wolf nach Deutschland und damit auch in die niedersächsischen Wälder zurückgekehrt. Die ÖDP Niedersachsen bekennt sich ausdrücklich zum Lebensrecht der Wölfe in freier Natur. Der Artenschutz dieser bedrohten Tierart hat einen sehr hohen Stellenwert, den es zu erhalten gilt.

Gleichwohl gilt festzustellen, dass auch in Niedersachsen Risse von Nutztieren durch Wölfe Anlass zur Besorgnis geben. So wurden im Dezember 2016 in Brockhimbergen (Landkreis Uelzen) mehrere Tiere einer Damwildherde auf umzäunter Fläche durch „Blutrausch“ (Beuteschlag-Reflex) vom Wolf gerissen, ohne dass er diese vollständig gefressen hat. „Wir unterstützen eine ausgedehnte Weidetierhaltung und damit eine Verbesserung des Tierwohls in der Landwirtschaft ausdrücklich. Die Weidetierhaltung muss daher effektiv vor dem Wolf geschützt werden“, fordert der ÖDP-Landesvorsitzende Martin F. Dreß (Bad Zwischenahn). Es kann nicht sein, dass die Nutztierhalter mit diesem Problem alleingelassen werden. Auch die von Umweltminister Wenzel (B90/Grüne) geforderte Einzäunung ganzer Weidetierhaltungs-

Betriebe oder gar ganzer Regionen ist nach seiner Ansicht nicht nur unrealistisch, sondern auch unbezahlbar.

Sinnvoller wären hier Beratung und Zuschüsse zur Anschaffung



Foto: Pixabay.com

von Herdenschutzhunden, die in vielen Regionen Europas mit Wolfsbeständen erfolgreich eingesetzt werden. Ein weiteres Problem: Derzeit ist es unter Androhung von Strafe nicht erlaubt, gerissene, aber noch lebende Tiere, die qualvoll verbluten, durch einen Gnadenschuss zu erlösen, bevor nicht alle DNA-Spuren gesichert sind. „Das widerspricht meiner Auffassung

von Tierschutz!“, kritisiert Dreß. Zudem benötigen Wölfe sehr große Flächen als Lebensraum, was in einem insgesamt dicht besiedelten Land wie Deutschland schwierig ist. Gerade deshalb ist es wichtig, die Akzeptanz für den Wolf in der Bevölkerung nicht zu verlieren. Es muss besonders auf verhaltensauffällige Tiere geachtet werden. Eine sorgfältige Beobachtung und eine selektive Besenderung sollten selbstverständlich sein. Dafür muss es genügend Fachleute geben, die beurteilen können, ob ein Wolf verhaltensauffällig ist, um auch konsequentere Maßnahmen wie eine Vergrämung durchzuführen. In Ausnahmefällen und als letzte Möglichkeit sollte auch die Entnahme eines sogenannten „Problemwolves“ möglich sein.

Es muss in erster Linie darum gehen, Präventivmaßnahmen zu treffen, um Wolfsübergriffe auf Nutztiere weitestgehend zu verhindern. Gleichzeitig muss es aber auch schnellere Hilfe für die Betroffenen geben. Die potenzielle Gefahr, die vom Wolf ausgeht, darf nicht unterschätzt, aber auch nicht dramatisiert werden. Es muss ein realistisches Bild des Wolfes entstehen, damit der Wolf weiterhin von der Bevölkerung akzeptiert und als Bereicherung verstanden wird.

Herbsttreffen des BAK Christen & Ökologie

Die Mitglieder des ÖDP-Bundesarbeitskreises Christen & Ökologie trafen sich vom 28. bis 30. Oktober 2016 zu ihrer Herbst-Mitgliederversammlung im Kloster Kirchberg bei Sulz am Neckar. Der Vorstand freute sich dabei auch über zwei weitere Mitglieder, die schon lange nicht mehr gekommen waren.

Das Kloster Kirchberg ist ein ehemaliges Dominikanerinnenkloster bei Sulz am Neckar in Baden-Württemberg. 1956 erhielt die Evangelische Michaelsbruderschaft der Berneuchener Bewegung die Erlaubnis, in die ehemaligen Klostergebäude einzuziehen und ein Einkehrhaus einzurichten. Heute lädt die Hausgemeinschaft Gruppen und Einzelgäste ein zum „Aufatmen“.

Wir nahmen am liturgischen Programm des Hauses teil, beteten die Tagzeiten und feierten die Evangelische Messe am Sonntag mit. Wir erlebten drei schöne Tage bei meist gutem, aber kaltem Wetter. Vor uns stand eine sehr umfangreiche Tagesordnung. Dazu gehörte auch wieder der traditionelle Spaziergang, der diesmal ein Waldspaziergang um das Kloster herum werden sollte.

Unsere Tagung begann jedoch schon am Freitagabend mit der Auswertung der Telefonaktion, die der Vorstand des BAK im Vorfeld dieses Treffens unternommen hatte. Wir wollten mehr Informationen über das Interesse unserer Mitglieder erfahren, was uns teilweise auch gelungen ist. Danach bereiteten wir sowohl den nächsten Evangelischen Kirchentag 2017 und auch schon den Katholikentag 2018 vor.

Der Samstagabend war reserviert für die Neuwahl des Vorstands. Alle bisherigen Vorstandsmitglieder kandidierten wieder für ihre Positionen und wurden wiedergewählt. Als Vorsitzender wurde Dirk Uehlein bestätigt, sein Stellvertreter ist Martin Weinmann, als Beisitzer fungieren Michael Andres, Axel Gebhardt, Dieter Niessner und Dirk Zimmermann, der neu dazugewählt wurde.

Wir beschäftigten uns auch mit dem Positionspapier der Grünen „Weltanschauungen, Religionsgemeinschaften und Staat“. Wir haben den Inhalt in „kleinere Arbeitsbereiche“ unterteilt, bearbeiten die Kapitel und werden das Papier dann auf dem Frühjahrstreffen 2017 beraten.

Wieder war ein verlängertes Wochenende viel zu schnell vorüber. Wir freuen uns schon wieder auf das nächste Treffen im Frühjahr.

Wer Interesse an unseren Arbeitskreis gefunden hat, kann sich gerne unter bakchristen@oedp.de anmelden.



Foto: ÖDP Bundespressestelle

V.l.: Helmut Graf, Dirk Zimmermann, Martin Weinmann, Verena Föttinger, Dieter Nießner, Michael Andres, Martin Dreß, Axel Gebhardt, Walter Konrad und Dirk Uehlein.

Das nächste Treffen ist bereits terminiert. Es findet vom 24. bis 26. März 2017 im Kloster Helfta in der Lutherstadt Eisleben statt.

Schülerpraktikum in Brüssel!

Wir suchen für das EU-Büro Prof. Klaus Buchner Schülerinnen und Schüler, die das EU-Parlament in Brüssel für ca. 2 Wochen besuchen möchten. Natürlich können sich Interessierte jeder Altersgruppe bewerben.

Schreiben Sie uns bitte kurz:

- Was Sie an der politischen Arbeit in Europa interessiert.
- Wann Sie uns für ca. 2 Wochen besuchen könnten.
- Wie Sie Klaus Buchner oder die ÖDP kennengelernt haben.
- Ihren Namen, Geburtsdatum, Namen Ihrer Schule/Uni/Berufsschule und evtl., welche Lehre, Studium, Schulabschluss Sie gerade machen (Es ist nicht nötig, Lebensläufe, Zeugnisse etc. zu schicken).

Organisatorisches:

- Wir haben die Möglichkeit, Hotel- und Fahrkosten zu übernehmen.
- Praktika für Schüler unter 18 Jahren sind nur in Begleitung eines Erziehungsberechtigten möglich.
- Falls ein Schülerpraktikum möglich ist, können wir Ihnen eine Einladung schicken, damit Sie vom Unterricht befreit werden können

Bitte senden Sie eine E-Mail an
klaus.buchner@europarl.europa.eu

Zusammengestellt von Pablo Ziller

ÖDP: Industrielle Massentierhaltung abschaffen!

(21.12.2016) Längst bevor die vegane Ernährung auch von der Industrie als Trend erfasst wurde, stand die Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP) einem ausufernden Fleischkonsum, der mit vielfältigen negativen Belastungen einhergeht, kritisch gegenüber.

Agnes Becker, stellvertretende ÖDP-Bundesvorsitzende, fragt sich, wie viele Hiobsbotschaften noch nötig sind, um endlich konsequent und nachhaltig Abhilfe zu schaffen. Es gehe nicht nur um ethisch-moralische Aspekte beispielsweise beim Tierwohl. Vor allem ökologisch und aus gesundheitlichen Gründen mache es Sinn, der Fleischproduktion in industriellem Maßstab Einhalt zu gebieten. Die Liste der negativen Begleitumstände sei lang und werde immer länger. Belastungen von Luft, Böden und Wasser sorgen für eine schlechte Öko-Bilanz. Für den Anbau von meist gentechnisch verändertem Kraftfutter werden, vor allem in sog. Entwicklungsländern, Lebensräume zerstört und Hunger erzeugt, weil Flächen dem Anbau von Nahrungsmitteln entzogen werden. Das Tierleid von der Geburt über die Aufzucht bis hin zur Schlachtung sei einer zivilisierten Gesellschaft unwürdig und der eigenen Gesundheit abträglich.



Agnes Becker

Die ÖDP steht, so Becker, für die Abschaffung der Massentierhaltung und eine stetige Verbesserung des Tierschutzes. Prof. Dr. Klaus Buchner (Europaabgeordneter der ÖDP) hat daher die Kampagne „Klaus graust's“ ins Leben gerufen. Der Parlamentarier nennt die Massentierhaltung „eine fürchterliche Tierquälerei und Katastrophe für die Menschheit!“. Die industrielle Form der Tierhaltung mit zigtausenden Tieren, die auf engstem Raum in kürzester Zeit zum Schlachtgewicht gefüttert werden, bedingt den massiven Einsatz von Antibiotika. So entstehen immer mehr resistente Keime, die nicht mehr behandelt werden können. Deshalb sterben schon jetzt Menschen. Laut einer Studie der Berliner Charité werden bis 2050 weltweit mehr Menschen an multiresistenten Bakterien sterben als an Krebs. Für zahlreiche Parteimitglieder ist es bereits selbstver-

ständlich, auf Fleisch zu verzichten, den Konsum stark einzuschränken bzw. artgerecht produziertes Fleisch zu kaufen. ÖDP-Parteitage bieten den Delegierten seit Längerem nur mehr vegetarische und vegane Kost an.

ÖDP fordert breite Diskussion über Industrie 4.0

(18.01.2017) Einem aktuellen Bericht des Weltwirtschaftsforums zufolge bedrohe die Expansion des Welt Handels den Zusammenhalt westlicher Gesellschaften. Die wachsende Ungleichheit von Einkommen und Vermögen werde als das größte globale Risiko für das kommende Jahrzehnt benannt. Dies sei, so die Bundesvorsitzende der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP), Gabriela Schimmer-Göresz, nicht neu. Interessant sei allerdings, dass nicht die Globalisierung der Weltwirtschaft und deren Schattenseiten verantwortlich sein soll, sondern vorrangig der technische Fortschritt.

Was derzeit unter dem Stichwort „Industrie 4.0“ in aller Munde sei und als vierte industrielle Revolution betitelt werde, stelle Wirtschaft und Gesellschaft vor enorme Umwälzungen, verbunden mit großen Herausforderungen. Unter dieser digital-industriellen Revolution werden verschiedenste technische Erneuerungen zusammengefasst. Sie reichen von selbstfahrenden Autos, über 3-D-Drucker, (Nano-)Roboter und nicht nur untereinander, sondern auch mit dem Menschen kommunizierende Maschinen und Gegenstände, ausgestattet mit künstlicher Intelligenz. Auch wenn die Szenarien eher Science-Fiction vermuten lassen, sei, so die ÖDP-Vorsitzende, vieles bereits Realität. Es stelle sich daher dringend nicht nur die Frage nach der Technikfolgenabschätzung und der Haftung, sondern auch die Frage nach der Demokratisierung des zügig voranschreitenden Prozesses.

Die Ökologisch-Demokratische Partei sieht es daher als absolut essenziell an, unverzüglich eine intensive und breit angelegte philosophisch-gesellschaftliche Debatte über diese „Revolution“ zu führen. Nicht nur die Heilung von bisher als unheilbar geltenden Krankheiten oder Behinderungen stehe mittels dieser Entwicklungen womöglich bevor. Umgekehrt stelle sich aber auch zwingend die Frage, wie moderne Gesellschaften

mit dem massenhaften Verlust von Arbeitsplätzen und den moralischen Fragen umgehen wollen, die mit dieser „Revolution“ einhergehen.

Die ÖDP verlangt von allen politischen Akteuren, diese überfällige Debatte über Chancen und Risiken anzustoßen und damit der Forderung, künstliche Intelligenz zu demokratisieren, Nachdruck zu verleihen. Die Aussicht, in Zukunft weniger zu arbeiten, mehr Zeit für Familie und soziales Engagement zu haben, sei zwar verlockend, so Schimmer-Göresz. Wer aber nicht gleichzeitig eine Debatte darüber führe, wie der Sozialstaat künftig aufrechterhalten werden kann, der handle naiv und politisch verantwortungslos. Das Feld dessen, was ergebnisoffen diskutiert werden müsse, sei groß und müsse beispielsweise auch autonome Waffensysteme, gesteuert durch Algorithmen, einbeziehen. „Es darf nicht sein, dass wir die Folgen von unserem Tun abkoppeln. Wenn von künstlicher Intelligenz alle profitieren sollen, dann müssen auch alle in diesen demokratischen Entscheidungsprozess einbezogen werden“, so Schimmer-Göresz abschließend.

Das Elterngeld ist weder ein demografischer noch ein sozialer Erfolg!

(20.09.2016) In einer Pressemeldung des Bundesfamilienministeriums vom 30.12.2016 zum 10-jährigen „Jubiläum“ des Elterngeldgesetzes wird das Elterngeld als ein „Richtungswechsel in der Familienpolitik“ bezeichnet und behauptet, es sei ein „voller Erfolg“. Der Vorsitzende des Arbeitskreises Familie, Soziales, Gesundheit der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP), Dr. Johannes Resch, kritisiert das Familienministerium für diese Sichtweise und setzt ihr stichhaltige Argumente entgegen.

Zum Zeitpunkt seiner Einführung war die Zielvorgabe eine Erhöhung der Geburtenrate von damals 1,37 auf 1,7 bis 2015. „Der Erfolg einer Maßnahme ist an den vom Gesetzgeber gemachten Zielvorgaben zu messen. Beim Blick in die Vergangenheit wird deutlich, dass sich finanzielle Leistungen zugunsten von Eltern kleiner Kinder durchaus auf die Geburtenfreudigkeit auswirken. So sprang die Geburtenrate in der DDR nach Einführung des ‚Babyjahres‘ 1976 bis 1980 von 1,54 auf 1,94. Nach Einführung des Elterngeldes in der

Bundesrepublik 1986 stieg die Geburtenrate bis 1990 von 1,28 auf 1,45. Das sind trotz mäßiger Verbesserungen deutliche Effekte“, so Resch. Nach Einführung des Elterngeldes erfolgte jedoch über sechs Jahre keine Änderung der Geburtenrate. „Das ist ein glatter Misserfolg dieses politischen Werkzeugs!“, ist sich Resch sicher. Bei genauerem Hinsehen sei das aber nicht erstaunlich. Das Elterngeld brachte nur für eine Minderheit der Eltern einen Vorteil, nämlich für gut verdienende Eltern mit dem ersten Kind. Andere (junge in Ausbildung befindliche Eltern, Eltern mit zweitem oder weiterem Kind) hätten dagegen meist erhebliche Nachteile gegenüber dem früheren Erziehungsgeld, weil sie mit dem Mindestbetrag „abgespeist“ würden, der zudem nur ein Jahr gewährt werde, während das Erziehungsgeld zwei Jahre lang bezahlt wurde. „Damit war vom Elterngeld von vornherein keine positive Auswirkung auf die Geburtenrate zu erwarten!“, betont Resch.

Allerdings erfolgte zwischen 2012 und 2015 dann doch ein minimaler Anstieg der Geburtenziffer von 1,38 auf 1,5. Bei dem zeitlichen Abstand seit Einführung des Elterngeldes könnte das kaum als dessen Effekt gesehen werden, ist sich der ÖDP-Politiker sicher. Der Anstieg fällt aber in die Zeit, in der das inzwischen wieder abgeschaffte Betreuungsgeld gezahlt wurde. Hat das Betreuungsgeld also die Situation von Eltern im Schnitt günstiger beeinflusst als das Elterngeld? Obwohl mit 150 € monatlich, nach Meinung der ÖDP, viel zu gering bemessen, war es eben doch eine Leistung, die den Eltern direkt zugutekam.

Das Elterngeld brachte dagegen für den Großteil der Eltern keinen Vorteil oder sogar erhebliche finanzielle Nachteile. „Es dient vielmehr der Absicht, das Verhalten der Eltern in eine von der Regierung vorgegebene Richtung zu drängen, die nur ideologisch oder im Interesse der Unternehmen begründbar ist“, so Resch. Die ideologische Vorgabe, möglichst nach einem Jahr beide Eltern wieder in der Erwerbsarbeit und das Kind in der Fremdbetreuung zu sehen, bedeutete nichts anderes als eine verfassungswidrige Bevormundung der Eltern, weil es ihre Wahlfreiheit einschränke, so Resch. Bisher spreche alles dafür, dass selbst eine kleine, aber echte Leistung wie das Betreuungsgeld für Eltern mehr bewirke als ein groß angelegter Paradigmenwechsel im Sinne einer Gängelung durch den Gesetzgeber. Daher spreche sich die ÖDP für ein Erziehungsgeld aus.

Das Erziehungsgeld der ÖDP soll steuer- und sozialversicherungspflichtig sein und an alle Eltern ausbezahlt werden, unabhängig davon, ob sie ihr Kind selbst betreuen oder davon eine Fremdbetreuung finanzieren.



Dr. Johannes Resch

Foto: ÖDP-Bundespressstelle

Foto: ÖDP-Bundespressstelle

Mitglieder werben Mitglieder!

„Die Leute wissen nicht, was sie wollen, bis man es ihnen anbietet.“

(Terence Conran)

Liebe Mitglieder,

ob dieser Satz auch für eine Mitgliedschaft in der ÖDP gelten kann? Finden wir es gemeinsam heraus!

Am 1. November 2016 haben wir die Aktion „Mitglieder werben Mitglieder!“ gestartet.

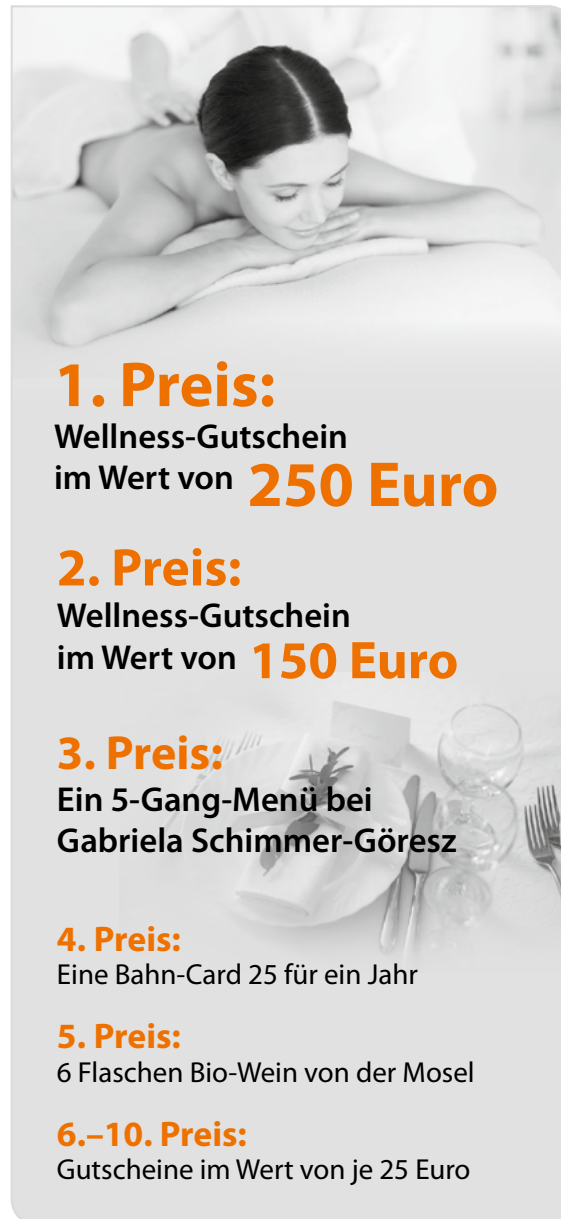
Wer, wenn nicht Sie, kann im Familien-, Freundes-, Bekannten- und Verwandtenkreis besser erklären, warum eine ÖDP-Mitgliedschaft Sinn macht? Einen mehrfachen Sinn sogar. Wäre es nicht ein deutliches Signal, entgegen dem allgemeinen Parteientrend neue Mitglieder zu gewinnen? Ein Signal, dass immer mehr Frauen und Männer einen Politikwechsel wünschen, weg von einem zerstörerischen immer Mehr ... hin zu einem Genug für alle, vor allem für unsere Kinder, unsere Enkel? Mensch vor Profit und eine ausschließlich am Gemeinwohl orientierte Politik sind möglich. Um besser wahrgenommen zu werden, um Aufmerksamkeit und Öffentlichkeit für unsere Themen zu erhalten, müssen wir mitgliederstärker werden.

Gemeinsam schaffen wir im Verlauf von 12 Monaten eine deutliche Mitgliedersteigerung. Würde jedes Mitglied nur ein weiteres Mitglied werben, würden wir die magische Grenze von 10.000 Mitgliedern in 2017 – rechtzeitig zur Bundestagswahl – überschreiten.

Es gäbe keine wirkungsvollere Bestätigung unserer Vision von einer gerechten und Frieden sichernden Gesellschaft. Wir haben es in der Hand, unsere Partei bekannt und wählbar zu machen, unseren Aktionsspielraum zu erweitern und unsere Kampagnen-Fähigkeit auszubauen. Machen Sie mit – werben Sie neue Mitglieder und gewinnen Sie einen Preis!

Alles, was Sie für die Werbeaktion benötigen (Grundsatzprogramm, Vorstellungs- oder Themen-Flugblatt und selbstverständlich den Beitrittsantrag), erhalten Sie kostenlos von der Bundesgeschäftsstelle in Würzburg (E-Mail: info@oedp.de, Tel.: 09 31/ 40 48 60). Auf Wunsch stellen wir Ihnen auch eine kleine Argumentationshilfe zur Verfügung.

Für das Gewinnspiel zählen nur Mitglieder, die eine reguläre Mitgliedschaft abschließen. Wer die meisten Mitglieder innerhalb der 12 Monate geworben hat, gewinnt den ersten Preis!



1. Preis:
Wellness-Gutschein
im Wert von **250 Euro**

2. Preis:
Wellness-Gutschein
im Wert von **150 Euro**

3. Preis:
Ein 5-Gang-Menü bei
Gabriela Schimmer-Göresz

4. Preis:
Eine Bahn-Card 25 für ein Jahr

5. Preis:
6 Flaschen Bio-Wein von der Mosel

6.–10. Preis:
Gutscheine im Wert von je 25 Euro

Foto oben: Syda Productions/shutterstock.com; Foto unten: saulich84/fotolia.com

Zum Artikel „Geld:
Eine knappe Ressource“, ÖP 172

Etwas Wesentliches übersehen

Günter Grzega beschreibt grundsätzlich richtig, was Geld ist (siehe auch englisch „guilt“, dänisch „gæld“). Er übersieht dabei aber offenbar das Wesentliche: Geld auf der einen Seite ist heute immer Schuld auf der anderen Seite, damit ist die „gravierende Unfairness in der Verteilung“ aber eben systemimmanent. Er übersieht auch, dass die Geldschöpfung durch die Geschäftsbanken prozyklisch stattfindet und kaum wirklich als dezentral bezeichnet werden kann. Die Lösung ist recht einfach: gesetzliche Zahlungsmittel einfach regelmäßig an alle verschenken.

Eric Mannes Schmidt, 65719 Hofheim am Taunus

Antwort von Günther Grzega:

Sehr geehrter Herr Mannes Schmidt, über Ihren Leserbrief freue ich mich sehr, da es grundsätzlich noch außerordentlich wenige Bürgerinnen und Bürger gibt, die sich mit dem wichtigen Thema „Wesen des Geldes“ auseinandersetzen.

Das von Ihnen erwähnte sog. „Helikopter-Geld“ spreche ich selbstverständlich auch bei Vortrags-Veranstaltungen zum „Wesen des Geldes“ an. Aber bei einem vom Umfang einfach notwendigerweise begrenzten Artikel in einer Zeitschrift kann man nicht umfassend das Geld-Thema darstellen.

Eine Aussage von Ihnen kann ich jedoch nicht nachvollziehen, nämlich den Hinweis, dass ich übersehe, dass Geld stets eine Schuld (Kredit) bedeutet. In meinem Artikel steht klar und deutlich: „Das moderne Geldsystem ist als Kreditsystem angelegt. Jedem Geldvermögen stehen in gleicher Höhe Schulden entgegen.“ Vielleicht haben Sie diese Aussagen überlesen. Aber nochmals vielen Dank für Ihr Interesse und Ihr Engagement.

Günther Grzega, 91757 Treuchtlingen

Liebe Leserinnen und Leser,

die Leserbrief-Seiten sind Ihr Forum in ÖkologiePolitik. Wir freuen uns über Ihre Zuschriften! Aber bitte bedenken Sie: In der Kürze liegt die Würze! Abdruck und Kürzungen behält sich die Redaktion vor. Bitte senden Sie Ihre Zuschriften bis zum **1. Mai 2017** an:

ÖkologiePolitik, Erich-Weinert-Str. 134, 10409 Berlin
Fax: (0 30) 49 85 40 50, presse@oedp.de

IMPRESSUM

ÖkologiePolitik erscheint dreimal im Jahr: 1. März, 1. Juli, 1. November. Die Print- und die Online-Ausgabe sind im Mitgliedsbeitrag enthalten. Nichtmitglieder können das Journal für 12,- Euro im Jahr abonnieren. Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe ist der **1. Mai 2017**.

Herausgeber

Ökologisch-Demokratische Partei
Pommeregasse 1, 97070 Würzburg
Tel.: (09 31) 4 04 86-0, Fax: (09 31) 4 04 86-29
www.oedp.de

Verantwortliche Redakteure

Günther Hartmann (gh)
Eisenacher Straße 17, 80804 München
guenther.hartmann@oedp.de

Pablo Ziller (pz)

Erich-Weinert-Straße 134, 10409 Berlin
pablo.ziller@oedp.de

Mitarbeiter dieser Ausgabe

Florence von Bodisco, Ulrich Brehme,
Prof. Dr. Klaus Buchner MdEP, Verena Föttinger,
Edgar Guhde, Sonja Haider, Dr. Peter Hiltner,
Gertraud Hofmann, Paul Holmes, Achim Hippel,
Jens-Eberhard, Jahn Katharina Horn, Simone Lettenmayer,
Susann Mai, Dr. Manfred Link, Urban Mangold,
Tobias Montag, Dr. Claudius Moseler, Norbert Peter,
Jörg Pieczewsky, Gabriela Schimmer-Göresz,
Johannes Stirnberg, Esther Wagenhäuser,
Martin Weinmann, Dirk Zimmermann,

Externe Autoren

Dr. Jörg Alt SJ, Jörn Reiners,
Dr. Ulrich Schachtschneider

Interviewpartner

Prof. Dr. Christoph Butterwegge, Dr. Johannes Resch,
Bernhard Suttner, Thomas Vašek, Gerd Zeitler

Satz

Grafikstudio Art und Weise, Heike Brückner
93138 Lappersdorf, heike.brueckner@grafikstudio-auw.de

Anschrift der Redaktion

ÖkologiePolitik –
Ökologisch-Demokratische Partei
Erich-Weinert-Straße 134, 10409 Berlin
Tel.: (0 30) 49 85 40 50, presse@oedp.de

Bankverbindung

Bank für Sozialwirtschaft,
BLZ: 700 205 00, Kto.-Nr.: 981 52 00
IBAN: DE95 700 205 00 000 981 52 01
BIC: BFSWDE33MUE

Hinweis der Redaktion

Die Meinung der Autoren und Interviewpartner ist nicht automatisch die Meinung der ÖkologiePolitik oder der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP). Die Veröffentlichung dient der innerparteilichen Information und politischen Willensbildung.

ÖkologiePolitik wird auf 100% Recycling-Papier gedruckt.

VORSCHAU

ÖkologiePolitik

im Juli 2017

Mensch vor Profit

„Die neoliberale Wirtschaftsideologie muss überwunden werden“, sagt Papst Franziskus. Sie muss überwunden werden, weil sie die Welt zur Wettkampfbühne macht und das Streben nach Profit zum zentralen Prinzip erhebt. Der entfesselte Wettbewerb beschleunigt den Alltag und erhöht den Druck. Wer nicht mehr mithalten kann, verarmt. Wer gerade noch mithalten kann, leidet an Versagens- und Abstiegsängsten. Seelische und körperliche Krankheiten, Hass und Gewalt sind die Folge. Oberstes Ziel politischen Handelns muss deshalb sein, unsere Wirtschaftsordnung vom Kopf auf die Füße zu stellen. Statt einer marktkonformen und konzerndominierten Demokratie brauchen wir einen demokratisch gelenkten und gemeinwohlorientierten Markt.

TERMINE

Sa.–So. 11.–12.03.2017	Außerordentlicher ÖDP-Bundesparteitag (in Frankfurt/M.)
So. 26.03.2017	Landtagswahl im Saarland
Sa.–So. 06.–07.05.2017	ÖDP-Bundesparteitag (in Ingolstadt)
So. 07.05.2017	Landtagswahl in Schleswig-Holstein
So. 14.05.2017	Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen
Sa. 20.05.2017	Landesparteitag der ÖDP Baden-Württemberg (noch offen)
Mi.–So. 24.–28.05.2017	Deutscher Evangelischer Kirchentag (in Berlin und Wittenberg)
Sa. 24.06.2017	Landesparteitag der ÖDP Bayern (in Moosburg)
So. 24.09.2017	Bundestagswahl
Sa. 14.10.2017	Landesparteitag der ÖDP Niedersachsen (in Lüneburg)

